

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Deutschlands  
Tageblatt Riesa.  
Gesetzl. Nr. 20.  
Vertrag Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Gewerbeamts Meißen bestimzte Blatt.

Geschäftsleitung:  
Dresden 1890.  
Girokasse:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 256.

Mittwoch, 2. November 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Voranmeldung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder nach Briefen. Für den Fall des Eintritts von Druckfehlern, Druckfehler, gegen Voranmeldung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorau zu bezahlen; eine Gewähr für das Versehen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 zum Sothe, 8 zum hohe Grundstück, 8 zum Gold-Pfennige; die 80 zum breite Nellmeier 100 Gold-Pfennige, zukommender und zahlerischer Satz 50%, Kusschlag, Post Tarife. Gewilligte Recht erlischt, wenn der Beitrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtige Unterhaltungsbeiträge können Anspruch auf Rückerstattung oder Nachleistung der Bezahlung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Gottschalks 59. Bemerkunglich für Nebentitel: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstellen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Schatten der Wahl.

Unleugbar beginnt sich das innerpolitische Leben Deutschlands immer mehr den Erfordernissen des nahenden Wahlkampfes anzupassen. Wenn in den Parlamenten die Parteien zu den zur Diskussion stehenden Fragen Stellung nehmen, so zeigt diese Stellungnahme immer stärker die Tendenz, Wahlkampflichten die Vorberathen zu lassen. Wenn der Reichskanzler spricht, oder Minister zu ihrer Gesinnungsgenossen reden, so sprechen sie nicht in ihrer Eigenschaft als Reichskanzler oder amtierender Minister, nur als Parteiführer. Es gibt keine Frage der parlamentarischen Arbeit, die heute noch nicht in das Be- reich der Wahlbeeinflussung gerückt ist. Sei es das Problem der Bevölkerungsreform, sei es die Schulfrage, sei es der noch immer nicht geführte Flaggentreit, alle diese Deutschlands Gestaltung und Befestigung dienenden Fragen sind bereits aus dem Bereich fachlicher Erwiderungen in das Bereich der Partei-Propaganda, des Wahlkampfes getreten. Die große Masse des deutschen Volkes ist nicht schuld an dieser Entwicklung des parlamentarischen Lebens. Sie hat ihr Geschick in die Hände der Parteien gelegt, hat diese Parteien zu den berühmten Vertretern ihres Willens bestimmt, kann sich daher nicht darüber wundern, dass die Partei heute alles ist, Gestalterin der staatlichen, gelebenden Arbeiten, Gestalterin der Gesetze und des Wahlkampfes, der nach ihrem Willen jetzt schon zu beginnen hat.

So ist der Wahlkampf heute mehr eine Sache der Partei als eine Sache des Volkes. Das Bismarck-System und die in der Weimarer Verfassung festgelegte Wahlordnung haben, das werden auch die unentwegtesten Bewunderer der heutigen Verfassung nicht ablehnen wollen, eine starke Förderung zwischen dem Abgeordneten- Körper und der Masse des Volkes, das ihn zu wählen hat, herbeigeführt. Wer präsentiert heute die Kandidaten zur Wahl? Doch nicht das Volk. Kann es abgestritten werden, dass nur einer ganz geheimen Elorie der Partei-Bürokratie heute das Recht vorbehalten bleibt, die Auswahl unter den Kandidaten zu treffen, die Kandidaten selbst zu nominieren und sie der Partei als Ganzes, als unbedingt zu Wählende zu präsentieren? Wohl kaum. Die Reichstagsrede in Eisen, so bedeutam sie war, war eine Wahl-Rede. Lebhaft verhält es sich mit den Reden, die in der letzten Zeit von Ministern oder führenden Politikern aller Partei-Schattierungen gehalten wurden. Sie alle sind Auffall zum Wahlkampf, Versuche, in den eigenen Reihen Ordnung zu schaffen, Auseinandersetzungen mit Gruppen innerhalb der eigenen Partei, die nicht ganz bei der Stange bleiben wollen.

Wenn wir so die Eröffnung des Wahlkampfes in Deutschland bereits zu buchen haben, so drängt sich einem die Frage auf, wie sich der Reichstag der bekannten Zentrum-Interpellation über eine Wahlreform gegenüber zu verhalten gedenkt. Die Zentrum-Anfrage will ausdrücklich die von ihr aufgeworfene Wahlreform noch in dieser Session des Reichstages einer Entscheidung entgegenführen. Die rein psychologischen Hemmungen, die das Abgeordneten-Plenum der Frage einer Wahlreform entgegenbringt, machen es jedoch recht unwahrscheinlich, dass die Zentrum-Interpellation in absehbarer Zeit zu dem Endziel führt, das sie anscheinend befürwortet. Immerhin, wenn man auch nicht recht an die baldige Verwirklichung einer Wahlreform glauben kann, so könnte man doch vielleicht hoffen, dass das Reichsparlament sich dazu verstellen wird, noch vor der Neuwahl gewisse Wänderungen in der heutigen Wahlordnung zu treffen. So dürfte es unseres Erachtens wohl keine allzu schwierige Aufgabe sein, eine Einigung für einen Beschluss zu finden, der die für ein Mandat notwendigen 60 000 Stimmen auf 80 oder 100 000 Stimmen heraufsetzt. Eine solche Beschlussfassung des Reichstages würde den heute sehr angeschwollenen Abgeordneten-Körper verkleinern, eine nicht zu verachtende Kosten-Ersparnis herbeiführen und insbesondere auch die Arbeitsfähigkeit der gegebenden Körperschaft wesentlich stärken. Weiterhin würde man es lehr begründen, wenn der Reichstag sich dazu stände, die Zusatz-Bedingungen für die Wahlvorschläge erheblich zu verschärfen. Dies würde zum mindesten der sich immer weiter ausschließenden Verplätzung der Wahlstimmen einen Damm entgegenlegen. Diese Korrekturen in der heutigen Wahl-Ordnung wären zwar nur ein Rothebel. Das belagt, dass diese Aenderungen keinesfalls mit einer Erledigung der Wahlreform gleichzustellen wären.

Im übrigen verdient es, festgestellt zu werden, dass die heutige Partei-Hierarchie weniger als ein Ergebnis einer gesteigerten Selbstüberhebung der Partei-Bürokratie bezeichnet werden kann, denn mehr als das traurige Produkt einer unverantwortlichen Gleichgültigkeit der großen Wählermassen. Die Wählermassen sind die Träger der Partei. So können sie auch, wenn sie die Energie und den festen Willen dazu haben, ihren Einfluss auf die Ausstellung der Kandidatenlisten geltend machen. Wenn sie sich selbst ausschließen, so begeben sie sich eines groben Rechtes, vielleicht des größten Rechtes, das sie überhaupt als Partei-Mitglieder haben.

Ein kurzes Wort noch zu der Flaggengesetzfrage. Es besteht die Gefahr, dass der kommende Wahlkampf wiederum unter dem äußeren Zeichen des Flaggentreites ausgefochten wird. Gibt es etwas Schändlicheres und Beschämenderes, als das Herabsetzen der neuen und alten Hoheitsfahnen in den Kassenstreit der Wahlkampfes? Die Selbstachtung des deutschen Volkes müsste sich zu den Vorberathen verdichten, doch die Flaggengesetzfrage womöglich durch Schaffung einer Einheitsfahne geschlichtet wird, noch bevor den Wahlkampfes freier Raum eesehen wird.

## Biederbeginn der Landtagsberatungen.

Mandatsniederelegung des Abg. v. Müde. — Anträge zum Reichsschulgesetz dem Rechtsausschuss überwiesen.

M. Dresden, 1. November 27.

Der Sächsische Landtag nahm heute seine durch die Sommerferien unterbrochene händige Arbeit wieder auf. Das Präsidium führt Vizepräsident Dr. Schärdt, der mittelt, dass Präsident Schwarz und die Abga. Vera und Ulrich wegen Krankheit verhindert seien, an der beratlichen Sitzung teilnehmen. Weiter teilt der Vizepräsident mit, dass der Abgeordnete Dr. Schmid, der von Sachsen verzogen sei, der Sachsischer Flammiger Oberstaats- in den Landtag eingetreten sei.

Todann gelangt ein Schreiben des Abg. Hellmuth u. Blaue (Nat.-Soz.) zur Verlehung, in dem er mitteilt, dass er sein Mandat niedergelegt. Das umfangreiche Schreiben, in dem dieser Schritt begründet wird, erreicht allezeitige Heiterkeit. Verschiedene Maßnahmen und Vorgänge, so schreibt von Blaue, hätten es ihm lange schwer gemacht, die Mitgliedschaft im Parlament zu ertragen. In letzter Zeit habe er die Überzeugung gewonnen, dass das auch in parlamentarischen Kreisen gebrauchte Wort „Parlementarismus ist organisierter Mühsiggang“ richtig sei und kein Weiterverbleib im Parlamente eine Selbsterwerbung wäre.

Zu diesem Schreiben bemerkt Vizepräsident Dr. Schärdt: Der Landtag hat bisher 47 Sitzungen abgehalten. An 19 Sitzungen ist Herr von Blaue hörbaud nicht dagewesen. Und wenn er in den übrigen Sitzungen einmal da war, dann ist er, kurz nachdem er seine Anwesenheit bestanden hatte, wieder verschwunden. Wenn er sich über die Behandlung der Unwetterkatastrophe im Landtag beschwert, so muss darauf hingewiesen werden, dass er gerade an den Sitzungen, in denen diese Angelegenheit behandelt wurde, gefehlt hat. Obwohl er keinen Sitzen in den Ausschüssen hatte, wäre es ihm unbenommen geblieben, den Ausschuss-Verhandlungen als Zuhörer beizutreten, und er hätte dort auch gehört werden können. Er ist aber nie zu einer Ausschusssitzung gekommen. Das Land wird mit mir wohl darin übereinstimmen, dass gerade Herr von Blaue einer der letzten wäre, der den Vorwurf erheben könnte: „Parlementarismus ist organisierter Mühsiggang“. (Alleinige Zustimmung.)

Den ersten Beratungsgesetzesvorschlag haben jetzt Parteien der Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten zum Reichsschulgesetzentwurf.

Abg. Arzt (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag mit den bekannten Argumenten seiner Partei. Er tritt für die weltliche Schule ein und behauptet, die Kostenfrage des Entwurfs werde viel zu wenig beachtet. Mit den von der sächsischen Regierung zum Entwurf gestellten Änderungsanträgen könne sich seine Partei nicht austreden. Die Schule muss eine Sorgfaltspflicht für das Dienstes, nicht aber eine Vorbereitungspflicht für das Dienstes sein.

Abg. Rödlicher (Komm.) legt den kommunistischen Standpunkt zu dem Entwurf dar. Er verlangt Durchsetzung des sozialistischen Reichsschulgesetzes, Ausbildung des sozialistischen Konservativen und Befreiung der Artikel 140,2 und 149 der Reichsverfassung, die die Durchführung der Einheitlichkeit und Weltlichkeit des gesamten Schulwesens verbündeten.

Abg. Dr. Siegert (Dem.) lehnt gleichfalls den Entwurf ab und fordert die Gemeinschaftsschule. Eine Bekenntnisschule und eine weltliche Schule dürfte nur dann eingerichtet werden, wenn die am Oste bestehende Gemeinschaftsschule in ihrem Klassenraum dadurch nicht beeinträchtigt werde. Diese Schulen dürfen in ihrem Aufbau nicht wesentlich hinter der am Oste bestehenden Gemeinschaftsschule zurückstehen und mindestens 80 Kinder umfassen. Eine Bekenntnisschule kann Kinder eines anderen Bekenntnisses nicht aufnehmen; ebenso nicht die weltliche Schule. Der Religionsunterricht müsse, wie jeder andere Unterricht, unter den ausdrücklichen Aufsicht des Staates stehen, oder aber es werde die Errichtung des Religionsunterrichts den Religionsdienstes selbst übertragen.

Abg. Grossmann (Dn.) begrüßt den Entwurf als die endliche Einlösung eines lange gegebenen Vertrags und weil die Deutschenationalen auch inhaltlich damit einverstanden seien. Er bedauert die Stellungnahme und die Anträge der sächsischen Regierung beim Reich. Es nützt dem Antrag der Verfassung nicht, wenn man bei jeder Wahlnahme der Reichsregierung Verfassungswidrigkeit vorwirft. Unverständlich sei die Verkündung der Elternrechte von Seiten des Lehrervereins, der doch früher dringend die Gründung von Elternvereinen gewünscht habe und, wie Aufzüge und Flugschriften zeigen, in vielen Gegenden Deutschlands auch jetzt von den Lehrern gegründet wurden, um sie für ihre Ziele einzuspannen. Die Gefahren der finanziellen Auswirkung seien weit übertrieben. Eine Wiederkehr der geistlichen Schularichtung werde von den Deutschenationalen und auch von der Geistlichkeit ausdrücklich abgelehnt. Die Gefahr der Verreibung der Volkgemeinschaft bestehe nur in der Phantasie der Gegner. Wer Imperialismus zum Weltbürgertum erziehen wolle, müsse auch an die Toleranz im eigenen Volke glauben. Aus pädagogischen Gründen seien einsam und allein Bekenntnisschulen zu bestreiten, denn

wir werden Gewähr dafür bieten, dass wahre Charakterpersönlichkeiten herangebildet werden. Nur in Bekenntnisschulen sei es möglich, dass deutsche Kultur und deutsche Charakterpersönlichkeiten ungehemmt und unverfälscht den Schülern zu gelten. Nur in der Bekenntnisschule sei der Lehrer frei und könne das beste Erziehungsmitel, nämlich die Begeisterungsfähigkeit, ungehemmt in dem Dienst der Erziehung stellen. Die Einheitlichkeit der Erziehung habe zur ersten Voraussetzung Einheitlichkeit des Deutschen, welche gegenwärtig nicht vorhanden sei und nur in der Bekenntnisschule denkbar sei. Der wahre Lehrer müsse führen sein und als solcher in einem freien Verhältnis zu den Bevölkerung. Gott, Volk und Ich leben.

### Vollbildungsmittel Dr. Kaiser

geht auf einzelne Ausregungen der Vorzeher ein. Man sollte sich davor hüten, unliebsame kulturelle Probleme durch das Vorziehen finanzeller Gräben zu verhindern. Einzelerebungen seien noch nicht erfolgt. Ein sicheres Bild werde ich erst nach Inkrafttreten des Gesetzes ergeben. Über die Frage, ob der Entwurf gegen die Verfassung verstoße, seien sich weder die Juristen noch die Pädagogen einig. Die Stellungnahme der sächsischen Regierung sei keine höfliche Abschaffung des Entwurfs, die Regierung habe sich ernstlich bewährt. Neuerungen zu erzielen, ohne den Entwurf selbst zu gefährden. Die Stellungnahme der Linksparteien zur Gemeinschaftsschule scheine weniger auf verfassungsrechtlichen, als vielmehr auf inneren Bedenken zu beruhen. Er glaubt an die Möglichkeit einer Gemeinschaftsschule und an die Möglichkeit einer einheitlichen Arbeit in der Schule. Die Bemühungen der christlichen Eltern, auch der proletarischen Kreise, gingen nicht so sehr auf konfessionelle und dogmatische Dinge, sondern vielmehr auf die Erhaltung der allgemein anerkannten Werte des Christentums. Die Bekenntnisschule müsse ermöglicht werden; damit werde durchaus nicht der Bonifatius der Konfession in unser Volk geworfen. Die evangelische Kirche würde gut tun, mit uns zu gehen, die wir eine rein staatliche Schule im Einvernehmen mit der Kirche hinsichtlich des Religionsunterrichtes im Auge haben.

Abg. Henckel (Wirtsh.-V.): Es handelt sich hier um die Frage, ob in der bestehenden Gemeinschaftsschule das sozialdemokratische Erziehungsprogramm durchgeführt oder nach der Bestimmung der Verfassung dem Elternbestimmungsrecht mehr stattgegeben werden soll. Seine Partei verlangt das letztere. Über die letzten, wichtigen Dinge könne nicht der Staat entscheiden, sondern nur der einzelne, der die Verantwortung trage.

Abg. Dr. ph. Siedmann: Die Reichsschulgesetzesgebung sei gerade für Sachen ein dringendes Erfordernis. Die sächsischen Schulverhältnisse seien auf die Dauer unhalbar geworden. Der Erziehungsbericht darf nicht ausgeschlossen werden. Er müsse wieder an einem Vertrauensverhältnis zwischen Eltern und Eltern kommen. In diesem Sinne sei seine Partei mit dem Antrag der Regierung zum Reichsschulgesetzentwurf im allgemeinen einverstanden und erkenne den Entwurf als eine geeignete Verhandlungsgrundlage an. Das Reichsschulgesetz soll nur ein Ausführungsgebot zur Reichsverfassung sein. Darum müssen auch Einzelwünsche zurückgestellt werden. Die Gemeinschaftsschule, wie sie der Entwurf vorsieht, verhindert keine Freunde nicht als verfassungswidrig anzusprechen. Er glaubt, dass der Entwurf, so viel man im einzelnen gegen die Bedenken haben könnte, im Rahmen der Reichsverfassung volle Rechtmäßigkeit gewährt. Sachen vor allem werde die Möglichkeit haben, seine verschlagenen evangelischen Schulen wieder aufzubauen. Es sei nicht Absicht des Verfassers, eine neue Form der Bekenntnisschule zu schaffen. Die Konfessionschule solle selbständige Staatschule sein, frei von der Kirche. Das Zeitalter der Konfessionschule sei noch nicht vorüber. Die Spaltung der evangelischen Kirche werde, wie aus den jüngsten Verhandlungen in Berlin vorwiegend einer Vereinigung aller evangelischen Bekenntnisse weichen müssen. Die deutsche Volksschule müsse eine deutsche Schule bleiben und der Charakter der Schule als Staatschule müsse erhalten bleiben. Die Bekenntnisschule gefährde nicht den Charakter der Staatschule. Die Kirche habe kein Recht der Mitwirkung und Aufsicht in der Schule. Nur auf dem Gebiet des Religionsunterrichts sei ein Zusammenwirken der staatlichen mit den kirchlichen Behörden notwendig. Der Kampf gegen die Reichsschulgesetzesgebung sei der Kampf für das Volksvertragsgebot.

Abg. Petrik (Altosolit) bekennst sich zur Gemeinschaftsschule, aber unter Verstärkung der Bekenntnisse und politischen Verhältnisse. Die sächsische Regierung habe von ihrem Standpunkt aus alles getan, was möglich war. Hoffentlich gelinge es, für die Anträge der sächsischen Regierung eine Mehrheit zu finden.

Abg. Siegert (Dn.) spricht dem Abg. Arzt gegenüber seine Verwunderung darüber aus, dass er, der für die weltliche Schule eintritt, sich als Gegner des Reichsschulgesetzes erwiesen habe. Sein Ziel der Erreichung der weltlichen Schule als Antragschule sei doch nur auf dem Wege eines Reichsschulgesetzes möglich. Die Abg. Arzt und Rödlicher hätten es aber klar zum Ausdruck gebracht, dass für sie die Gemeinschaftsschule nichts anderes sei als die

weltliche Schule. Der Geist von Weimar spreche sich für die Gleichberechtigung der Bekennnisschule, der Gemeinschaftsschule und der weltlichen Schule aus. Der Entwurf sehe eine einheitliche deutsche Schule vor, die auch bei jeder Gleichberechtigung bestehen könne. Die Befürchtung des Volksbildungsministers, daß ein Aussichtsrecht der Kirche über die Bekennnisschule nach dem Entwurf möglich sei, sei unbegründet. Allerdings müsse die Kirche eine Garantie haben, daß der Religionsunterricht nach ihren Grundsätzen erteilt werde. Das Unrecht, das außerdem Sachsen durch das Volksschulübergangsabkommen angetan worden sei, könne nur durch ein Reichsbeschluß wieder gutgemacht werden.

Damit schließt die Aussprache. Es folgen die Schlusssätze.

Die Anträge werden hierauf dem Reichsbaudichthof überreicht.

Der Rest der Tagesordnung soll in der nächsten Sitzung, die Donnerstag, den 2. Nov., nachmittags 18 Uhr stattfindet, erledigt werden.

### Der Nachfolger v. Müllers?

Hd. Dresden. An Stelle des aus dem städtischen Landtag austretenden Abgeordneten Hellmuth von Müllers, gestern sein Mandat niedergelegt hat, tritt Dr. med. Große, praktischer Arzt in Cölnitz bei Freiberg.

## Betterprognose für November.

Ausgegeben vom Deutschen Zentralbüro für astronomische Wetterkunde.

Director A. M. Grimm, Bad Tölz.

Der Monat ist das Gegenteil von seinem Vorgänger und bringt in der Hauptfläche windiges und feuchtes Wetter und namentlich in der zweiten Hälfte stärkeren Schneefall, besonders in den Gebirgsländern, während es an den Küstenstrichen mehr Regenstürme gibt.

Für die Pentaden können folgende Voransagen gegeben werden:

- 1.—5.: Unbeständig mit Nebel und gelegentlichen Niederschlägen.
- 6.—10.: Veränderlich, aber im allgemeinen angenehm.
- 11.—15.: Veränderlich mit wechselnder Bewölkung und wiederholten Niederschlägen.
- 16.—20.: Zu Beginn Schön, dann Niederschläge, Regenwetter und zuletzt Schneefall.
- 21.—25.: Heftiges Wetter mit Regen und Schnee.
- 26.—30.: Veränderlich mit gelegentlichen Niederschlägen. Erwärmung.

## Wetterliches und Sächsisches.

Miesa, den 2. November 1927.

\* Wettervorbericht für den 3. November. Mitgeteilt von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden. Weiterhin mild bis sehr mild. Teil unter Höhenfluß zeitweise ausflärendes Wetter. Sächs. vorübergehend unbedeutende Regenbauer. Mögliche, höhere Dagen lebhafte Winde aus Südwest.

\* Daten für den 3. November 1927. Sonnenaufgang 6.54 Uhr. Sonnenuntergang 16.32 Uhr. Mondaufgang 14.38 Uhr. Monduntergang 23.45 Uhr.

1500: der italienische Goldschmied und Bildhauer Benvenuto Cellini in Florenz geb. (gest. 1572). 1871: der Schriftsteller Hans Heinz Ewers in Düsseldorf geb. 1918: Beginn der Revolution in Deutschland mit dem Aufstand der Matrosen in Kiel; Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten.

\* Bei der Stadtparkasse Miesa mit Zweigstelle Gröba wurden im Monat Oktober 1927 auf Einlagebücher eingeschüttet 174 833 RM, in 1172 Posten — dagegen zurückgesetzt 90 849 RM, in 424 Posten. — Im Monat Oktober 1927 wurden 142 Einlagebücher ausgestellt. Das Einlageguthaben beziffert sich Ende 1927 auf rund 2 505 000 RM.

\* Heimatbuchvorträge. Nächsten Donnerstag, den 10. November, abends 8 Uhr, beginnen in Hofmanns Hotel in Miesa die neuen Heimatbuchvorträge mit einem ganz besonderen außerordentlichen Programm, in dem als Vortragende Pfarrer W. Hoffmann, Chemnitz, Kirchenmusikdirektor Franziskus Nagler, Leipzig, Schriftsteller Kurt

Krauß Windfuß, Dresden u. a. vertreten sind. — Röhrers wird noch bekanntgegeben!

\* Ludwig Beißigerber, der weltbekannte Geigen wird zum ersten Male in unserer Stadt am 8. November zu hören sein. Dieses musikalische Ereignis wird von dem funktionierenden Publikum unserer Stadt mit besonderer Freude begrüßt werden, da Beißigerber mit einem erlebten Programm aufwartet. In der Mitte des Programms steht das gewöhnliche Werk der Violinliteratur, die Chaconne von Bach. Vorher gelangt das berühmte Duettokoncert von Mozart zum Vortrag. Im zweiten Teile wird der gesetzte Geloer eine Reihe exklusiver bekannter Stücke von Mozart, Brahms, Granados, Wienawsky und Bogartini. — Der Vorverkauf ist bereits eröffnet. (S. Anzeigenteil.)

\* Die Freie Vereinigung ehem. Inf.-Regt. 102 Miesa und Umgegend hatte für den Sonntagabend in den Sternsaal zur Feier ihres diesjährigen Stiftungsfestes geladen. Man war der Einladung in weiten Kreisen unserer Einwohnerschaft gern nachgekommen, so daß der geräumige Sternsaal bis auf den letzten Platz — es mochten wohl 1000 Personen anwesend sein — gefüllt war. Die Vortragssolisten waren von dem verdienstvollen Kaufmann Herrn Paul Kübe und seinen Söhnen mit viel Eifer und Geschick ausgearbeitet worden und vertraten außergewöhnliche künstlerische Genüsse. Die Erwachsenen verfolgten denn auch mit großem Interesse die musikalischen Darbietungen und die Tanzausführungen und dürften von dem Gebotenen hochbefriedigt gewesen sein. Der konzertistische Teil wurde ausgeführt von der Stadtmusikkapelle Mühlberg unter Leitung des Herrn Stadtkapellmeisters Gläser, der den Abend mit dem Marsch „Ein Hoch dem Inf.-Regt. Nr. 102!“ von Fr. R. Götsche eröffnete. Graff im Stuhlwinkel, mit seiner Melodienführung und charakteristisch in der Instrumentierung, fand diese neue Komposition unseres einheimischen Komponisten R. Götsche dankenswerterweise. Gänstliche Darbietungen der Kapelle, einschließlich der solistischen Solos, wurden mit vorbildlicher Sauberkeit und Akkuratesse zur Ausführung gebracht, so daß über die Leistungen der Mühlberger Kapelle einstimmiges Lob herrschte und man vielleicht den Wunsch hören konnte: „Hoffentlich kommen die Mühlberger bald wieder einmal nach Miesa“. Eingestraute Ballettaufführungen biefiger und auswärtiger Kräfte unterbrachen recht angenehm die überreiche Fülle des Darbietetens. Fr. Gustav Oeffe, Mitglied der Sächs. Staatsoper zu Dresden, erntete mit ihren entzückenden Solotänzen, die in ihrer Anordnung eine Steigerung in Stil und Ausführung erkennen ließen, reichen Beifall. Als vorzülfliche Lehrmeisterin erwies sie sich in den Aufführungen anderer Schülerinnen, die im Menuett, Volk- und großes Stil schon recht gut Geschick wußten und im ganzen viel Talent verrieten. Die Leistungen dieser kleinen machten ihrer Lehrerin alle Ehre. Die musikalische Illustration zu den Tänzen bestritt Herr Walter Böttig am Klavier. Wie schon des öfteren, erkennbar auch diesmal Herr Johannes Schneider durch eine Gabe. Unter seiner Leitung stand der Märchenmarsch „Waldeslein und Märchenwirtin“, ein Bild von weltentzückender Schönheit, in welchem Fr. Gerda Oberhardt und Fr. Charlotte Göthe fortgeschrittenen können offenbarten. Auch ihnen wurde reiche Anerkennung zuteil. Ein fröhler Festball beschloß die Feier, die wohl allen Anwesenden eine schöne Erinnerung blieben wird.

\* Die Ortsgruppe Miesa des ehem. Landes-Inf.-Regt. 102 feierte in der „Gärtnerstraße“ ihr 4. Stiftungsfest mit Bannerweihe. Die Veranstaltung nahm einen sehr guten Verlauf. Ein von Fr. Dämmering vorgetragener Prolog erntete reichen Beifall. Die Segnungsansprache hielt der frühere Vorstand Kamerad Dämmering, welcher die zahlreichen Gäste, sowie die Vertreter der Ortsgruppen Dresden, Leipzig, Großenhain und Meißen, wie auch den 2. Vorständen des LV. Kamerad Barth-Schoepau willkommen hieß. Anschließend erholt die Weihe eines schönen Tischbanners. Nach einem von Frau Dämmering gehörten Festgedanke wurde das von den Frauen gestiftete Banner den Kameraden überreicht, wofür der Vorstand herzlich dankte. Sodann sprach der 2. Vorstand des LV.; er sprach zur gemeinsamen Weiterarbeit an und erinnerte an die altherwähnte Kameradschaft. Darauf ergriff der Vertreter der Ortsgruppe Dresden das Wort und überreichte unter herzlichem Grüßen eine Bannerschleife. Sodann sprach der Vertreter der Ortsgruppe Leipzig. Er gedachte ehrend der lieben gefallenen

Kameraden und überreichte einen Bannernagel. Weitere übermittelten Grüße die Vertreter der Ortsgruppen Großenhain und Meißen. Musikalische und humoristische Vorträge des weiteren zur Feier der Feierstimmung bei. Nach beendetem Vortragssalon beteiligten sich die Freunde-Nachtstunde jung und alt beisammenheit. Die schönen Stunden gingen nur allzu rasch dahin, sie werden allen Beteiligten in angenehmer Erinnerung bleiben.

\* Gegen Zugaben beim Absatz von Nahrungsmitteln. Der Einzelhandelsausschuß und der Handelsausschuß für Nahrungs- und Genußmittel haben in Übereinstimmung mit der Befreiung der Industrie- und Handelskammer zu Berlin folgende Erklärung einstimmig beschlossen: „Alle Zugaben beim Absatz von Nahrungsmitteln sind abzulehnen, weil sie die Verbraucher über den wirklichen Wert der angebotenen Ware täuschen und irreführen. Der Einzelhändler, welche Wert darauf legt, seine gute Ware preiswert in den Verkehr zu bringen, kann bei einer Zugabe wie Butter, Margarine, Zwiebackkolade, Konditoreiwaren, Kaffeebohnen und -pulpa, gewährn. Jeder reelle Kaufmann wird, wenn er seine Ware billiger abgeben kann, den Preis der Ware senken und nicht durch Zugaben, die nicht ausschließlich Reizmittel dienen, das Preisbild verschleifen.“ Auch die Verbände der Verbraucher, des Nahrungsmittel-, Einzel- und Großhandels haben die Verbraucherzeitung hierauf außerordentlich gemacht und empfohlen, wo Warenzugaben solcher Art angeboten werden, im eigenen Interesse alle diese Warenzugaben zurückzuweisen und statt dessen entsprechende Herabsetzung des Preises der gewünschten Waren oder den Gewinn der Zugabe in bar zu verlangen.

\* Drei Großprogramme der Witzag. Am Mittwoch, Donnerstag und Freitag bietet der mitteldeutsche Rundfunk, wie bereits gemeldet, besonders hervorragende Abendprogramme. Am Mittwoch wird aus der Berliner Staatsoper Bulonis Oper „Doctor Faust“ übertragen. An den beiden anderen Abenden werden Darbietungen aus dem Dresdner Begegnungsraume gesandt, und zwar am Donnerstag die Sizilianische Operette „Die Niedermäuse“, am Freitag Vorträge des Kammerlängers Richard Tauber und des Komponisten Hans Lehar. Die Darbietungen des Freitagsprogramms werden gleichzeitig auf sieben deutsche Sender übertragen, und zwar Dresden, Leipzig, Königsbrück, Frankfurt a. M., Kassel, Stuttgart und Freiburg i. B.

\* Helft der armen Bevölkerung von Schönwald! Auf den Seinerzeit erfolgten Aufruf der Hochwasserhilfe für Schönwald, Sis. Pirna, sind eine Menge Liebesgaben von nah und fern eingegangen. Das arme Volk in dem vom Hochwasser so schwer geschädigten Schönwald konnte mit dem Notwendigsten, was ihm das rastende Element geräubt hatte, wieder verfehren werden. Aber die von den Fluten darf mitgenommenen unbewohnbaren Häuser leben noch immer im gleichen Zustand. Die Hilfe vom Staat wird vergeblich erwartet. Die der Hochwasserhilfe zugängigen Geldspenden reichen noch lange nicht aus, um durchgängig beim Aufbau mitzuwirken. — Es ergeht heißholt nochmals an alle, die unsere Brüder und Schwestern nicht verlassen wollen, die herzliche Bitte, der Hochwasserhilfe für Schönwald weitere Geldspenden zur Verfügung zu stellen, damit der Bau der neuen Wohnhäuser in Angriff genommen werden kann. — Geldspenden sind zu senden an Stadtbankgirokontor der Hochwasserhilfe für Schönwald in Pirna, Nr. 3880, oder Postkonto der Stadtbank Pirna, Dresden Nr. 81 198.

\* Talsperrenschutz im Müglitztal. In einer Versammlung des Vereins für Wasserwirtschaft im Müglitztal führte der Vereinsvorstand, Ingenieur Günther, aus, daß nur der Bau von Talsperren mit genugend großen Staumauern ausreichend Schutz gegen Wasseroberflächenkatastrophen geben könnte. Zwei Monate nach der diesjährigen Katastrophe haben der Finanzminister Weber in Gemeinschaft mit Ministerialdirektor Dr. Söger und dem Vertreter des Vereins für Wasserwirtschaft Talsperrenprojekt mit einem Haushaltsumfang von 234 Millionen Kubikmeter in Aussicht gestellt, und am 12. September sogar zu einer Beurteilung des bereits ausgearbeiteten Gesamtentwurfs über die Leistungen der Anlieger zu den Talsperrenosten eingeladen. Das Müglitztal glaubte hierauf Zusagen zu haben, sah sich aber durch den weiteren Verlauf der Angelegenheit bitter enttäuscht. — Das neuerdings ausgeworfene Projekt der Errichtung von Rückhaltdämmen an Stelle von Talsperren sei zu verwerfen. Diese würden zwar einen gewissen Schutz gegen das Hochwasser bieten, aber die Wassermengen,

## Das Theater als Stütze hygienischer Volksbelehrung.

### Olaf — Tragödie eines Sportlers in 8 Bildern.

Das Bestreben der hygienischen Volksbelehrung ist seit ihrem Bestehen darauf gerichtet, möglichst weit Kreise der Bevölkerung zu erfassen und vor den der Gesundheit drohenden Gefahren zu warnen. Daß die hygienische Volksbelehrung ein täglich wichtiger werdender Behandlungsaspekt unseres Gesundheitswesens ist, darüber dürfte bei der heutigen herrschenden sozialen Not, die uns mehr denn je auf die Wichtigkeit eines gesunden Volkskörperns Wert legt, überall nur eine Meinung sein. Eines der wichtigsten, wenn nicht das wichtigste Gebiet der hygienischen Volksbelehrung ist die Aufklärung über die Gefahren des Geschlechtsverkehrs, die Geschlechtskrankheiten. Man hat bisher mit mehr oder weniger Glück ver sucht, diese Belehrung gewissermaßen verbüßt ins Volk zu tragen, indem man im Spiel den Ernst des Geistes fragen den Menschen näher zu bringen suchte. Zwei Möglichkeiten waren dazu geboten: Das Theater und der Film. Zu einer Zeit, die noch gar nicht allzu weit hinter uns liegt, folgte ein Aufklärungsfilm dem andern, ohne daß jedoch mit wenigen Ausnahmen das erste Ziel erreicht worden wäre. Man kann daher der scheinbarem Darstellung auf der Bühne sicherlich den Voraug erzielen, da hier die Kunst des Darstellers es gelingt, die wesentlichen Momente so hervorzuheben und zu gestalten, daß sie sich dem Gedächtnis fest einprägen und halten bleiben.

Um einem wirklichen Bedürfnis auf dem Gebiete der hygienischen Volksbelehrung abzuhelfen, wurde die Sporttragödie „Olaf“ geschrieben, die im vorigen Jahre mit Unterstützung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten anlässlich der Reichsgesundheitswoche im Staatl. Schauspielhaus zu Berlin zum ersten Male zur Aufführung gelangte.

Dank der Bemühungen unseres hiesigen Volkskriegeramtes ist es gelungen, auch die hiesige Einwohnerschaft mit diesem bedeutsamen Werke bekannt zu machen. Um insbesondere auch den Jugendlichen die so dringend notwendige Aufklärung angedeihen zu lassen, fand am Vormittag für die älteren Schulclasse eine Sonderaufführung statt. Am Abend war der geräumige „Stern“-Salal bis auf den letzten Platz besetzt, und viele, die noch Einsicht begehrten, mußten leider zurückgewiesen werden. — Die Wirkung des Stücks, das von hervorragenden Berliner Künstlern — 8 Damen und 8 Herren — meisterhaft wiedergegeben wurde, war eine äußerst starke. Das Publikum war von dem künstlichen Schauspiel des Helden der Spannung, der ja

seiner Unerschaffenheit der Versuchung erlegen ist, aufs tiefste ergreift.

Im folgenden sei der Inhalt des Stücks, dessen Einbruck durch die wirkungsvolle Bühnenausstattung noch verstieft wurde, geschildert:

Olaf Jung, ein bedeutender Sangstreiterläufer, ist der Held des Stücks. Nach groben Vorstufen, die das höchste von ihm erwarteten ließen und seine Rennung zu den olympischen Spielen bewirkten, bat er plötzlich verlost und ist aufzumengenbrochen. Da niemand sich dies zu erklären vermugt und persönliche Nachlässigkeit Olafs angenommen wird, droht im seiten der Sportverbände die Disqualifikation. Nur mit Mühe und Ausdauer aller persönlichen Verdienst vermag sein Freund und Trainer Tom in der entscheidenden Sitzung, zu der auch Olaf erscheint, dies zu verhindern; es soll Olaf Gelegenheit gegeben werden, bei der nächsten großen sportlichen Veranstaltung die Startausmusterung und die Farben des Verbandes zu neuem Siege zu führen. Olaf und sein Freund sind gewiß, durch gemeinsame Arbeit das Ziel zu erreichen und verlassen in hochgemuter Stimmung den Sitzungssaal.

In zweiter Stille eine häusliche Szene. Idea und Gerda, die Schwestern von Olaf und Tom, sind gleichfalls von Jugend her innigst befreundet und teilen den Wunsch, die Freundschaft durch wechselseitige Verlobung und Eheschließung mit den Brüdern zu teilen und für das ganze Leben dauernd zu machen. Die männlichen Partner werden überrumpelt und auf ihre Gefühle zart aufmerksam gemacht. Das Resultat ist gemeinsame Verlobung und Festlegung des Heiratstermins sowie der Hochzeitstreife nach Olafs Sieg in der nächsten sportlichen Veranstaltung, an dem keinerlei Zweifel gehegt werden. Scheint doch Olaf kräftiger, ausdauernder und trainierter denn je zu sein.

Das nächste Bild bringt den Umtschwung! Wir erleben als Zuschauer den Wettkampf im Stadion, wir sehen Olaf anfängliches Spieghalten, sodann sein Nachlassen und seinen völligen Zusammenbruch. Unter dem Toben und Stießen der entzückten Zuschauermenge verläßt Olaf, völlig gebrochen, den Sportplatz, sein Freund und die Schwestern folgen ihm erschüttert.

Wegen seines körperlichen Versagens sucht Olaf in Beleidigung seines Freunden Tom einen Arzt auf. Durch genaue Untersuchung wird fest der Grund seines sportlichen Misserfolges aufgedeckt: er ist syphilisatisch! Eine Siegesfeier mit nachfolgendem Sieg eines Helden, alkoholischem Exzess und Verlust mit der Verlobten führt den Keim zu der schweren Krankheit eingeschlossen, die, im Anfang nicht beachtet, sich nach längerer Zeit in ihren unheilsvoollen Folgen für bemerkbar macht. Aufklärend und tröstend zugleich spricht der Arzt zu Olaf; noch kann alles gut werden, wenn er sich gewissenhaft behandeln läßt und die Heirat so lange hinauszögert, bis völlige Heilung eingetreten ist. Olaf verspricht dies und auch sein Freund Tom gibt dem Arzt sein Wort, über der gewissenhaften Befolgung der ärztlichen Ratschläge zu wachen.

Aber die Freunde haben die Rechnung ohne die Frauen gemacht. Es erscheint den Mädchen unverständlich, eine Krankheit, von der man doch gar nicht so viel zu sprechen weiß, so gefährlich zu halten und deswegen sogar die Heirat aufzuhören. Wenn der Arzt die Ehe verbietet, nun, so muß ein anderer helfen, und da fällt Olaf Schwester die Adresse eines Wundarztes Winkelmann ein, der aus den Nordenhaarern untrügliche Diagnosen zu stellen versteht und Heilung auch in den verzweifeltesten Fällen ermöglicht. Er soll auch Olaf helfen, und willig bewegt dieser den Norden, und die zur Diagnose notwendigen Haare fallen unter Theobald Schere.

Das nächste Bild zeigt die Bar, die Olaf einstmals zum Verhängnis wurde. Alles ist noch wie ehedem, sogar die Barmeld ist dieselbe geblieben und treibt ihre alten Verführungskenntnisse. Olaf und Tom sind eine Zeitlang Zuschauer des Betriebes; erst als ein junger Bursche, ein Herrscher unseres Großstadtjugend, den Tanz und das Leben in den Nacht- und Schlemmerlokalen über alles erhebt und die belben Freunde ein. Olaf schleicht im Verlauf der Auseinandersetzung der Verführerin seine Anklagen ins Gespräch, ein zweckloses Unterfangen, denn auch sie hat eins. Mal ein Mann ungültlich gemacht und angekündigt, wie sie zu ihrer Entschuldigung auftritt. Wer ist überhaupt hier als schuldig zu bezeichnen? Mit dieser summen Anklage der Gesellschaftsmoral schließt das Bild.

Im Sprechzimmer des Kurpfuschers. Unverständlicher Unsinne, in tönen Säulen aneinander gereiht, erscheint den beiden Hölle juchzenden Männern als höchstes Wissen. Alles ist ihnen recht, wenn nur Olaf gesund wird und die Heirat baldigst stattfinden kann. Der Kurpfuscher betont die Hartlosigkeit der Erkrankung Olafs unter Hinweis auf die Unmöglichkeit und Überheblichkeit der Arzte; in wenigen Tagen wird alles durch seine Altheimittel wieder in Ordnung sein, und für eine Heirat sei diese Kleinigkeit keinesfalls ein Hindernis.

Zwischen diesem Bild und dem folgenden liegen vier Jahre. Die Warnung des Arztes hat man in den Wind geschlagen, den beweinen und erwünschten Worten des Kurpfuschers Glauben geschenkt und geheizt. Die furchtbaren Folgen erblidet der Zuschauer in diesem Aufzug: Olafs Gattin, von ihm angesetzt und durch mehrere Heilgeburten geschwächt, erwartet wieder ein Kind. Wegen ihrer großen körperlichen und seelischen Beschwerden wird der alte Arzt gerufen, der voll Mitgefühl die schweren Folgen des leichtsinnigen Handelns des Helden erblickt. Er will Olaf sprechen und ihm das Gewissen schwärzen, als dieser in sein Heim zurückkehrt. So spät, hier ist keine Hilfe mehr! Bei Olaf, der schon in der letzten Zeit Wahnsinne begangen, sich für den größten Läufer aller Zeiten hielt, bricht die Parole aus. Mit diesem furchtbaren Ende, der Verführung der Familie durch die Kugel, schließt das letzte Schauspiel

die die Zukunftsforschung für wissenschaftliche Seiten freimacht, in kürzerer Zeit ablieben lassen. Nach einer sogenannten Schauspielnachrichten waren ungenügend. Nach einer bedeutsamen Aussprache wurde eine Entscheidung angenommen, in der zum Ausdruck kommt, daß die Bewohner des Staatsgebietes im östlichen Gebiete bestrebt sind durch die abgerundete Behandlung der Tafelpersonenfrage und mit Selbstmehrheit erreichen, daß die Staatsregierung ihre lebenszeit gegebene Ausübung für einen ausreichenden Bodenwehrdienst durch den Rat von Tafelberen fordern zu wollen, als unbedingt stehend aufsteht.

\* **Bundestag ehemaliger höherer Handelschüler in Dresden.** Am 6. November findet der 5. Bundestag des Reichsverbundes Deutscher Vereine ehemaliger höherer Handelschüler u. Verbundens mit dem 10. Sitzungstag des Dresdner Bundesvereins statt. Die reichhaltige Tagesordnung sieht u. a. eine Reihe von Vorträgen über die Entwicklung und den Ausbau des höheren Handelswesens in Preußen, Sachsen und Württemberg vor. Am Sonnabend abends findet ein Festkonzert im großen Saale der Dresdner Kaufmannschaft statt.

\* **Antrag der Demokratischen Partei im Sachsenischen Landtag.** Die demokratische Fraktion hat im Sachsenischen Landtag folgenden Antrag eingereicht: "Die Regierung wird erfordert, bei der Reichsregierung unbedingt der Aufhebung oder Lockerung der Gewerbeaufsicht für eine grundlegende Förderung des allgemeinen Mieterrechts darzubringen, um dem Mieter, der seine Verhältnisse gegenüber dem Vermieter erhält und insbesondere eine angemessene Miete zahlt, nur dann gefündigt werden darf, wenn ein wichtiger Grund für die Räumung vorliegt."

\* **Wann wird es dunkel?** Wenn muß die Straßenbeleuchtung eingeschaltet werden? Wenn muß in Arbeitsbedürfnis die künstliche Beleuchtung eintreten? Diese Fragen sind nicht bedeutungslos, zumal wenn die Tage wesentlich kürzer werden. Die Gelehrten nennen die Zeit des Dunkelwerdens die "bürglerische Dämmerung". Nach Fortschritten über die Helligkeitsabnahme, die in den "Naturwissenschaften" von Röhl in Potsdam in ihren Ergebnissen veröffentlicht werden, schwankt die Helligkeit bei Sonnenuntergang in den Grenzen von 500 und 40 Meterkerzen; am Ende der Dämmerung war der Lichtwert nur noch 2 Meterkerzen, der höchste Wert gleich Null. Die größte Helligkeit handelt sich an einem wolkenlosen, dunklen Tage, die kleinste an einem dichten Regentage. Nebeltage sind leicht heller als Regentage. Die kritische Helligkeit, bei der gerade noch Unfälle zu verhindern sind, tritt nach Röhlers Beobachtungen eine Viertelstunde. Diese Grenze trat in Potsdam am hellsten Tage eine Stunde nach Sonnenuntergang ein, am dunkelsten Tage eine halbe Stunde früher. Allein durch die Witterungsverhältnisse schwankt also der Eintritt der Dunkelheit von einem Abend zum andern um eine halbe Stunde. An Regentagen müßte also die Straßenbeleuchtung bereits eine halbe Stunde früher in Gang gesetzt werden als an klaren Tagen. Die angegebenen Zahlen gelten für freies Gelände. Durch die Häuser und Bäume wird die Helligkeit stark herabgedrückt, so daß die kritische Zeit des Dunkelwerdens viel früher eintritt. Die Beleuchtung müßte in dunklen Straßen schon bei Sonnenuntergang, an klaren Tagen etwa eine halbe Stunde später erfolgen. Ein einfaches Mittel, um den Eintritt der Dunkelheit im Zimmer zu bestimmen, ist das, festzustellen, wenn eine Druckbirne undeutlich wird.

**Döbeln.** Schwerer Unglücksfall mit dem Motorrad. Vor gestern abend 7,7 Uhr fand in der oberen alten Holzindustrie Straße die Gebr. Meißner von hier, 21 und 17 Jahre alt, Söhne der Frau verm. Meißner, mit dem Motorrad schwer verunglückt. Beide haben auf einem Rad gefahren und sind von ausmörtschungskräften, davon von der Holzindustrie Straße in die Geversbergsstraße einbiegen wollen, haben die Kurve nicht heranbekommen und sind infolgedessen geradeaus die alte Döbelner Straße bereitgefahren. Unterwegs ist unglücklicherweise auch noch die Beleuchtung am Rad verblieben. Wahrscheinlich haben sie dadurch die Orientierung verloren und sind rechtsseitig mit voller Wucht an einen Straßenbaum - Kirschbaum - angefahren. Der ältere Bruder, der das Rad gelenkt hatte, hat einen Arme- und Beinbruch erlitten, während der andere, der auf dem Sozius gesessen hat, vom Rad gegen den Baum geschleudert worden ist und einen Schädelbruch davongetragen hat.

**Döbeln.** Am Donnerstag nachmittag gelang es einem Beamten der Landespolizei, einen Mann zu verhören, der schon einige Tage die Mädchen und jungen Frauen in bösiger Gegend sowie in Fleisch durch unsittliche Nieden, Bilder und Briefe belästigte, was allenfalls die Eltern von schulpflichtigen Kindern stark beängstigte und aufregte. Die Festnahme erfolgte am Rosengarten Diesbar. Bei einer Durchsuchung nach Waffen, Papieren oder dergleichen fand man außer einem Kleingeldbetrag einen starken Strick vor. Der Beamte wollte nun den Verdächtigen nach dem Amtsgericht Großenhain transportieren, in Neusehnsburg verlangte der Verhaftete, einmal austreten zu dürfen. Der Beamte führte ihn auf einen Abort in einem Bauernhaus. Hier verlor der Verhaftete, sich durch Schleuderbeschleunigung selbst zu entziehen, was ihm aber durch das schnelle Hinzuspringen des Beamten nicht gelang. Jedoch hatte er sich schon mit einem bis jetzt unaufgefundenen schweren Gegenstand den Kopf aufgerissen, weshalb seine sofortige Überführung in das Großenhainer Krankenhaus nötig wurde. Eine sofortige Operation wurde vorgenommen, die er auch überstand, jedoch ist er noch nicht vernehmungsfähig. Ob es sich hier um einen Sittlichkeitsverbrecher oder um einen geistig nicht normalen Menschen handelt, wird die Untersuchung ergeben. Der Verhaftete war gut gekleidet mit braunem Anzug, schwarzen Überzieher, trug Brillen, circa 50-60 Jahre alt und hatte etwas schlottrigen Gang.

\* **Weiden.** Ein gefährlicher Unhold festgenommen. Ein 28 Jahre alter Arbeiter George aus Gröbern hatte auf dem dortigen Tanzsaale eine um drei Jahre jüngere Arbeiterin eingeladen, mit ihm auf dessen Motorrad heimzufahren. Überraschend hatte sich das Mädchen mit auf das Motorrad gesetzt. George fuhr aber nicht nach deren Wohnung, sondern in die Würzburger Waldungen. Unterwegs hielt er an, warf das Mädchen in den Graben und verließ es zu missbrauchen. Bei dieser Tat erlitt die Arbeiterin durch Aufschlagen auf Steine eine Kopfverletzung. Der Unhold wurde von der aufständigen Gendarmerie festgenommen und dem Amtsgericht in Weiden zugeführt.

\* **Siebenlehn.** Eine Indian-Feile. Eine weite Seeroute werden vier Hühner (ein Hahn und drei Hennen, Minnow), entflammend der weithin bekannten Geflügelzucht des Herrn Anders, hier unternehmen müssen. Sie sind auftragsgemäß für eine Firma Hagedorn in Böckel bestimmt und werden nach einer Farm in Colombo Ceylon verladen.

\* **Dresden.** Sittlichkeitsverbrecher festgenommen. Von einem Beamten des 6. Polizeibezirks wurde ein 24 Jahre alter Kaufmann festgenommen, der in einem Grundstück in der Franckstraße Frauen in damals sehr unfein behauptet hatte. Bei seiner kriminalpolizeilichen Vernehmung konnte er noch vier weitere berüchtigte Fälle überführen werden. Es ist aber mit Selbstmehrheit anzunehmen, daß er noch viel öfter als er zugibt. Frauen unfein belästigt hat. Der Festgenommene ist mittelgroß, blauäugig, schmales blaues Gesicht, hat dunkles Haar und dunkles Schnurrbart und an der linken Ohrseite eine größere Narbe.

\* **Dresden.** Auto und Straßenbahn. In den seitigen Überschriften des gestrigen Dienstag erschien am Ende der Bildtafelstraße und Heinrichstraße ein selbstlos zusammenstoß zwischen einem LKW-Fahrer aus Gottschee und einem nach Weißer Hirsch verkehrenden Straßenbahnen aus der Linie 11, wodurch ziemlicher Materialschaden verursacht wurde. Die Fahrgäste des Straßenbahnsauses kamen mit dem Schaden davon, nur eine Person war anscheinend durch Glassplitter unbedingt verletzt. Der Zusammenstoß führte zu einer großen Menschenansammlung, weshalb das berheblicherweise Ueberfallkommando absperrten und vornehmlich muhte. In jener Kreuzung hat sich schon mehrere Zusammenstoß angetragen. Es erscheint dringend geboten, daß dort genau wie anderwärts an gefährdeten Stellen eine Signallampe angebracht wird, damit die Fahrgäste der Straßenbahn rechtzeitig aufmerksam werden, wenn ein Straßenbahnaus tritt.

\* **Dresden.** Im Löbtau. In einem riesigen Hotel war ein 30 Jahre alter Koch mit einer Bratengabel nach einem 15 Jahre alten Rückenmarken, das sich über ihn lustig gemacht hatte. Die Gabel drang dem Mädchen etwa 6 Centimeter in die Brust und blieb dort stecken. In schwer verletztem Zustand wurde sie nach dem Krankenhaus überführt. Der Koch wurde von der Kriminalpolizei festgenommen.

\* **Dresden.** Verhängnisvolle Schwarzfahrt. Ein Fahrer der staatlichen Kraftwagenverwaltung hat am 30. Oktober, als er nach beendeter Sonderfahrt leer nach Bautzen zurückkehrte, diese Gelegenheit zur Verhinderung einer Schwarzfahrt benutzt. Etwa um 5 Uhr nachmittags war die Sonderfahrt beendet. Der Fahrer hat in Bautzen etwa 17 Personen zur Mitfahrt gegen Bezahlung aufgesondert, ohne Fahrkarte anzugeben. Wie Fahrgäste angeben, ist der Fahrer bei dieser Aufsicht nicht mehr nüchtern gewesen. Kurz vor Bautzen ist er in langsamem Tempo links gefahren, hat einen entgegkommenden Stadtfahrer umgerissen und ist schließlich bei Kilometer 1,4 der Straße Bautzen-Moskau auf der linken Straßenseite etwa um 7 Uhr abends gegen einen Baum gerast. Hierdurch ist ein Mitfahrender durch Glassplitter, 4 weitere Insassen durch Brüllungen verletzt worden. Die Verletzten erhielten die erste Hilfe im Bayrischen Krankenhaus, auch soweit sie nicht nach Anlegen eines Verbands sofort entlassen werden konnten, ist ihr Zustand unbedenklich. Der Materialschaden ist erheblich. Der Fahrer wurde festgenommen.

\* **Dresden.** Zweiter schwerer Junge vor Gericht. Vor dem Gemeinsamen Schöffengericht hatten sich gestern zwei wiederholte und schwer vorbestrafte Verbrecher wegen Rücksichtslosigkeit, Rücksichtslosigkeit, Ohlserien, Unterhöhung und Urfundenfälschung zu verantworten, und zwar der 55 Jahre alte Kaufmann Bachmann und der 31 Jahre alte Kaufmann Böhme, beide aus Dresden. Nach vielfältiger Verhandlung unter Vorsitz des Amtsgerichtsdirektors Dr. Ackermann wurde Bachmann wegen Rücksichtslosigkeit in sieben Fällen, davon drei in Tateinheit mit gewinnstüchtiger Urfundenfälschung, Diebstahl, Ohlserien, Unterhöhung und schwerer Urfundenfälschung zu 2½ Jahren Justizhaus, 300 Mark Geldstrafe oder weiteren 20 Tagen Justizhaus und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust, der Angeklagte Böhme zu einer Ehrenstrafe von 8 Monaten Gefängnis zu einer erl. kürzlich verhängten Freiheitsstrafe und 2 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

\* **Dresden.** Rücksichtslose Autofahrt. Am Sonntag mittag wurde auf der Fahrt nach Görlitz der Kraftwagen eines hiesigen Kaufmanns von einem in rasender Fahrt überholten Auto gerast, gegen einen Baum geschockt und zerkrümmt. Die vier Insassen des Dresdner Kraftwagens wurden verletzt, darunter eine Dame schwer. Der rücksichtslose Autofahrer fuhr in demselben Tempo weiter, ohne sich um die Verletzten zu kümmern. Dem Dresden Anna, auf welche ist auf seine Ergreifung eine Belohnung ausgesetzt worden.

\* **Bautzen.** Einsturz im Kaolinwerk Cammin. 1 Totster, 1 Schwerverletzter. Am Sonnabend normittag merkten die Arbeiter des Kaolinwerkes in Cammin, daß an einer Wand in der Grube, an welcher Kaolin gebrochen wurde, sich verdeckte Risse und Sprünge zeigten. Es wurde unter Vorsicht weiter gearbeitet. Gegen 12 Uhr mittags wuchs die Gefahr, die Risse wurden weiter, es bestand die Gefahr, daß die Wand einstürzte. Die Arbeiter zogen sich zurück, waren aber doch noch der Meinung, das Gleis wegzuschaffen, bevor der Einsturz erfolgte. Wöhrden nun an der Bergung des Gleises gearbeitet wurde, stürzte schon ein Teil der Wand zusammen und verschüttete zwei Arbeiter teilweise. Die beiden sind der in den dreißiger Jahren stehende Arbeiter Petrik aus Königswartha und der in den vierziger Jahren stehende Arbeiter Miethe aus Steinig. Mit allen Mitteln versuchte man die Verschütteten zu retten. Miethe konnte hervorgezogen werden. Er hat einen Beinbruch und andere schwere Verletzungen erlitten. Vorher jedoch Petrik aus seiner Lage befreit werden konnte, häufte sich ein weiterer Teil der Wand mit mehreren tausend Tonnen auf und begrub Petrik vollständig. Gegen 3 Uhr nachmittags erfolgte seine Ausgrabung, leider war er von den Erdmassen erdrückt worden. Beide Arbeiter sind verbeizet und Väter mehrerer Kinder. Miethe wurde mittels Sanitätsauto nach dem Bautzener Krankenhaus gebracht.

\* **Leipzig.** Gestohlene "Blaubänder". In Cölnburg wurde ein Vierchen festgenommen, das mit Blauzähnen handelte, ohne einen Gewerbechein vorzeigen zu können. Es handelt sich um den Kaufmann Hans D. aus Lübeck und die Kontrollistin Irma L. aus Lübeck. Beide sind Angeklagte einer Blauzähnenhandlung in Leipzig. Es wurde ihnen bereits nachgewiesen, daß die zum Verkauf angebotenen Zähne der Firma entwendet sind. Sie leugnen trotzdem. Sie wollen die Zähne von einem gewissen Richter, unbekanntem Aufenthaltsort, gekauft erhalten haben.

\* **Leipzig.** Das Reichsgericht verworf gestern die Revision des praktischen Arztes Bröcker, der vom Schwurgericht in Köln im Juni d. J. wegen vorsätzlichen Mordes zum Tode und Verlust der bürgerlichen Ehre verurteilt worden war. Die mit angeklagte Frau Oberreuter war wegen Vorlesungsschwäche zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Ihr Ehemann, der Architekt Oberreuter, war wegen eines Herzleidens in Köln von Bröcker, der ein Blauehrenamt mit der Frau des Architekten unterhielt, behandelt worden, Frau Oberreuter hatte Bröcker ihre unglückliche Ehe geschieden und ihr Veil gelegt. Um die Frau von diesem Ehematopium zu befreien, unternahm Bröcker die Vorlesung, indem er starke Quicksilberinjektionen ausführte, an deren Folgen Oberreuter gestorben war. Daraufhin war Bröcker, nachdem er sein Amt als Arzt niedergelegt hatte, mit Frau Oberreuter nach Holland geflogen, wo beide verarbeitet wurden.

\* **Chemnitz.** Bandung eines Feuerballons inmitten der Stadt. Ein ungewöhnliches Schauspiel erlebten die Bewohner der Werkstadt von Chemnitz am Sonntag nachmittag. Gegen 1,30 Uhr landete ein unter der Führung des Herrn Bertram stehender Feuerballon glatt auf dem Luisenplatz. Das Ueberfallkommando war bald zur Stelle, sodass die Bergungsarbeiten trotz der gewaltigen Menschenmenge schnell vor sich gehen konnten.

\* **Chemnitz.** Ein ungetreuer Konkursverwalter. Wie die Blätter melden, stellte sich der hiesige Konkursverwalter und Notar Dr. Wolf den Chemnitzer Gerichtsbehörden freiwillig. Er soll etwa 8000 Mark ihm anvertrauter Gelder, die er als Konkursverwalter zu verwalten hatte, unterschlagen haben.

\* **Wunsiedel.** Ein neues Bezirkskrankenhaus. Der Bezirkssausschuss beschloß einstimmig, ein Bezirkskrankenhaus mit mindestens 200 Betten und entsprechender Erweiterungsfähigkeit zu bauen. Mit der Errichtung wird im gleichen Geschäftsjahr 1928 begonnen werden.

\* **Burgstädt.** Gründung der Gewerbe- und Hochschule für Textilindustrie in Burgstädt. Einem Markstein in der Geschichte unserer Stadt bedeutete die Einweihung der Gewerbe- und Hochschule für Textilindustrie, die am Sonnabend in Anwesenheit von Vertretern des Wirtschaftsministeriums und der Gewerbe- und Handelskammer Chemnitz, sowie des bietigen Bezirks stattfand. Nach der Begrüßungsrede von Clemensobermeister O. Richter wurde Bürgermeister Dr. Müller die Bedeutung der Hochschule für das Handwerk und das Gewerbe, Direktor Steinloß gab eine großzügige Darstellung der Geschichte der Hochschule und hob auch die Verdienste der sächsischen Industrie um die Schaffung der Schule hervor, an der Obermeister Richter das Haupterdienst bat. Die Schule ist dem Wirtschaftsministerium und dem bietigen Stadtrat als Aufsichtsbehörde unterstellt. Sie ist den Forderungen der Neuzeit entsprechend mustergültig eingerichtet, denn Wissenschaft und Praxis geben Hand in Hand, sodass jetzt ist, daß die Schule ihre Aufgaben erfüllen kann.

\* **Schneeberg.** Die alljährliche Wanderversammlung der nordböhmischen, deutschen und tschechischen Gebiets- und Wandervereine, die abwechselnd in Böhmen oder Sachsen stattfindet und sich als nationales Bindeglied zwischen den beiden Verbänden bewährt hat, wird diesmal am 12. und 13. November in Wittenberg, Böhmen, abgehalten. Warces Löscher, Böhmen, der erste Vorsitzende im Gesamtvorstand des Erzgebirgsvereins, wird einen Vortrag halten über das Thema: "Was einst uns in unseren Beziehungen?"

\* **Klingenthal.** Vor dem bietigen Landgericht begann gestern der Prozeß gegen den Tiefarzt Albert Strauß der wegen haböslicher Tötung angeklagt ist. Im vorigen Jahre waren in der Amtsgerichtsmannschaft Auerbach ca. 100 Personen nach dem Genuss von Fleisch erkrankt, von denen fünf gestorben sind. Es wurde festgestellt, daß bei dem Fleisch Hans Schubert in Klingenthal ein gepökeltes Schinken von Trüffeln durchsetzt, jedoch vom Angeklagten als trüffelfrei mit dem tierischen Stempel versehen worden war. Der Angeklagte bestreitet jede Schuld. Es sind 14 Sachverständige und 79 Zeugen geladen, sodass der Prozeß mehrere Tage dauern wird.

\* **Kirchberg i. Sa.** Ein Verbrecherklebstoff wird gekommen. Am Sonntag gelang es, ein Diebstahlklebstoff unbedenklich zu machen. In der letzten Zeit machten die bietigen Gegend gegen den Tiefarzt Albert Strauß der wegen haböslicher Tötung angeklagt ist. Im vorigen Jahre waren in der Amtsgerichtsmannschaft Auerbach ca. 100 Personen nach dem Genuss von Fleisch erkrankt, von denen fünf gestorben sind. Es wurde festgestellt, daß bei dem Fleisch Hans Schubert in Klingenthal ein gepökeltes Schinken von Trüffeln durchsetzt, jedoch vom Angeklagten als trüffelfrei mit dem tierischen Stempel versehen worden war. Der Angeklagte bestreitet jede Schuld. Es sind 14 Sachverständige und 79 Zeugen geladen, sodass der Prozeß mehrere Tage dauern wird.

\* **Witzschau.** Ein schlimmes Autounfall. Hier ereignete sich in der Gegend des Windberges ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Opel und einem Dordwagen. Kinder hatten über die Straße von einem Baum zum andern Windboden gespannt, der in der Sonne wie Stahl draht glänzte. Erschrocken bremste der Führer des Dordwagens bestigig ab, sodass der nicht hinter ihm fahrende Dordwagen mit voller Kraft auf ihn fuhr. Der Opelwagen stürzte den Damm hinunter und der Führer wurde mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht.

\* **Halle.** Verbindlichkeitserklärung eines Schießwurfs. Der vom Schießwurfsausschuss Halle fürstlich gesetzte, von den Arbeitnehmern abgelehnte, von den Arbeitgebern angenommene Arbeitszeitabredesippsch für die Metallindustrie der Larisbergwerke Halle, Magdeburg. Inhalt ist von dem Landesrichter in Magdeburg für verbindlich erklärt worden mit der Mahnung, daß für die ersten drei Überstunden eine Entschädigung von 15 statt bisher 10 Prozent gezahlt wird.

## Das Wahlprogramm des D.H.B. zur Angestelltenversicherungswahl.

Der Deutschen Nationalen Handlungsbüro-Verband hat mit den übrigen Verbänden des Hauptausschusses (G.b.W., G.b.U. und über 80 weiteren Verbänden) gemeinsam die selbständige Angestelltenversicherung geschaffen und sie im Wahlkampf 1921/22 mit Erfolg gegen die Angriffe des sozialistischen Abandes verteidigt. Auch bei der jetzt stattfindenden Wahl kämpft der D.H.B. mit den Hauptauschussverbänden um die Erhaltung und den planmäßigen Ausbau der auf die besonderen Bedürfnisse und beruhtigen Eigenarten der Angestellten zugeschnittenen Sonderversicherung. Die Hauptauschussverbände werden nicht dulden, daß der Plan des Abandes, durch unverantwortliche Erhöhung der Gegenwartslasten, die notwendigen Rücklagen aufzuebren und die Angestelltenversicherung für die Zukunft leistungsunfähig zu machen, durchgeführt wird, weil es über den Gegenwartsumbruch der Angestelltenversicherung zu dem alten, angestelltenfeindlichen Ziel des Abandes führen müßte: Verschmelzung mit der notleidenden Industriellenversicherung und Schaffung einer allgemeinen Volksfürsorge.

Die Angestellten wollen keine Verschmelzung, sie wollen keine Volksfürsorge, sie wollen vielmehr eine ihren Bedürfnissen Rechnung tragende Versicherung, die jederzeit mit ihren Rücklagen die Erfüllung aller Ansprüche garantieren kann.

Dem politischen Ziel des Abandes, die Angestellten zu proletarisieren, steht das Ziel der Hauptauschussverbände gegenüber, die Angestellten sozial und geistigartiglich in Leben des Volkes einzuleidern. Hier steht der Gemeinschaftsgebaude des D.H.B. dem Klassenkampfgedanken des Abandes gegenüber. Auch in dieser Richtung wird die Wahl eine Entscheidung bringen, die weitgehend lichtbar sein und lange nachwirken wird.

An den Spuren aller Forderungen des D.H.B. steht das Verlangen nach größter Sicherheit für die Erfüllung aller künftigen Leistungsansprüche. Im Rahmen dieser Voransetzungen fordert der D.H.B.: Verbesserung der Rentenleistungen, Erhöhung des Kindergehaltes von 90 auf 180 Mark, Herabsetzung der Alterstagsgrenze von 65 auf 60 Jahre, Herabsetzung der Wartezeit auf 60 Beitragsmonate, Ausbau der Selbstverwaltung, Ausbau des Feuerwehrfonds, Versicherungssicherung für alle Angestellten ohne Stücklohn auf die Höhe des Einkommens.

Die Liste des D.H.B. für Sachsen hat die Bezeichnung Liste "A" erhalten. Sie enthält folgende Namen: Hugo Köbel, Max Kielner, Gerhard Böttcher, Kurt Bimmer, Oskar Hirsh, Karl Wild, Arthur Möller, Georg Heile und Willy Gläser.

# Vom Rintfunk Torgnblatt

Ist die älteste, größte und verbreitetste Zeitung am Platze.  
Im Monat Oktober erschienen 25 Nummern mit insgesamt 372 Seiten.

## Inserate finden größte Beachtung und haben besten Erfolg.

Freiberger Landsmannschaft „Glückauf“ Riesa.

### Unser diesjähriges Stiftungsfest

Bestehend aus Theater, Vorträgen u. Ball, findet Sonnabend, 5. November, im Hotel zum Stern (kleiner Saal) statt. Alle Freiberger u. Unterfreibergen nebst Angehörigen werden hiermit ergeben eingeladen. Eintritt 7 Uhr. Der Bestauskuss. Die Dresdner und Chemnitzer Landsmannschaften sind alle anwesend.

### Vereinsnachrichten

Chorverein. Do. 3. 11., punt 8 Uhr, legte Proben. Samstag, 2. 11. Gefangenverein Niedertafel, Weida. Morgen abend 8 Uhr Versammlung im Saalhof Walther. Handelsverein Riesa-Weida. Donnerstag 3. Nov., abends 8 Uhr Versammlung. Café Obelweif.

### Besucht die Heimatschutz-Vorträge.

Beginn Donnerstag, 10. Novbr., abends 8 Uhr

Höpfners Hotel, Riesa.

Näheres wird noch bekannt gegeben.

### Hotel Wettiner Hof.

Donnerstag, den 8. November

### Schlachte-Fest.

10 Uhr vormittags Wellfleisch, später die bekannten Schlachtgerichte.

### Café Central

bietet ein wirtliches Künstler-Konzert. Trostel-Quartett. Neue Robelle.

### Zueht- und Milchvieh-Verkauf.

Von Sonnabend, den 5. Nov. an, steht wieder ein frisch. Transp. u. 25 Stück bester Kühe und Kalben hochtragend u. mit Rübeln, sowie prima Rüschballen sehr preiswert zum Verkauf. — Schlachtevieh wird zu höchsten Preisen angenommen. Riesa-Gröba, Fernsprecher 179. P. Richter u. Fricke.

### Prima frisches

### Fichten- und Tannenreisig

ist eingetroffen und empfiehlt in großen und kleinen Posten billig

Gärtnerei Hammelbüch, Fernsprecher 389.

Für die freundl. erwiesenen Aufmerksamkeiten zu unserer Vermählung danken herzlichst.

Anton Redzia und Frau Martha geb. Scheinert nebst Eltern.

Für die uns zu unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir allen, zugleich im Namen unserer Eltern, herzlichsten Dank.

Riesa, Friedrich-Lust-Str. 14, 1. Nov. 1927. Erich Nitsche u. Jean Frieda geb. Kubitsch.

### Umtliche S.

Sonnabend, den 5. November, vorm. 11 Uhr sollen im Finanzamt Riesa, Zimmer Nr. 20 3 Bahträder (neu), 1 Schreibmaschine H. C. G. und 1 Grammophon öffentlich meistbietend versteigert werden. Finanzamt Riesa.

Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie am der Straße Glaubig-Collm und am Feldweg nach Radeburg liegt beim Postamt in Riesa vom 4. November ab 4 Wochen aus. Dresden-R. 6. 25. Oct. 1922. Telegraphenbeamter 2.

### Voranzeige!

Dienstag, den 8. Nov., 8 Uhr, Sächsischer Hof, Konzert des weltberühmten Gelgenkünstlers Andreas

## Weißgerber.

Vorverkauf ist bereits eröffnet in der Buchhandlung Joh. Biller.



### Spezial-Wecker für festen Schlaf

Sieben Mal in kurzen Abständen wiederholend, das Beste, was es gibt

B. Kötzsch, Wettinerstr. 37

Möbelwagen — Broermann fragen.

## Roßhaar

kauft jeden Posten zu höchstem Tagespreis  
Fa. Otto Striegler

Hauptstraße 56.

Geben Sie schon Electrolyt gebaut? Wenn nicht, lassen Sie sich den Apparat unverbindlich vorführen. Sie werden überrascht sein.

## ELECTROLA

Musikapparate und Platten  
empfiehlt in großer Auswahl  
B. Zeuner, autorisierte Electrolyt-  
Verkaufsstelle Riesa, Hauptstr. 73, Telefon 686.

## 20 Waggon Tafeläpfel

sind heute eingetroffen und empfehlenswert in todeloser Ware.

Max Oehmigen, Obstgroßhandlung  
Staudach, Telefon 3 und 160.

### Zigarettenfabrik sucht Vertreter

mit etwas Kapital für Lager.  
Avalon Cigarettenfabrik G. m. b. H.  
— Leipzig W 33.

Geldsäcke gefunden, Noblenplatz 2, 1.

2 Goldsäcke frei.

zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Ginf. soub. Schloßstelle

solort gesucht.

Offeren unter F 706

an das Tageblatt Riesa.

2 leere Zimmer

1. Dezember an besseres

kindeloses Ehepaar zu vermieten

— Bismarckstr. 59.

### Was will der Lebensbund?

Erste u. größte Organisation d. Sichfindens im Zweiggebiet im In- und Auslande. Der vornehme u. diskr. Weg der gebild. Kreise. Tausende v. Anerk. v. höchst Personen und altem Adel. Aufkl. Bundeoschr. gegen 30 Pfg. verschl. ohne Aufdruck durch Verlag G. Berleiter, Dresden-A. 27, Tharandter Str. 63.

### Straffertanzen

zu vert. Standort 10, 1.

### Gut erh. Kinderwagen

verkauft Glashütte Nr. 70.

### Gut erh. Kinderwagen

zu verkaufen. Zu erfragen im Tageblatt Riesa.

### Beschlagsnahmefreie Wohnung

zu vermieten.

Offeren unter F 701

an das Tageblatt Riesa.

### Beschlagsnahmefreie Etagen-Wohnung

inmitten der Stadt, ruhige u. sonnige Lage, 3 Räume.

Bl. Rücke Bad. I. Klosett,

Balkon, Gas, Elektrisch u.

Zubehör, etwa Ende Novem-

ber 1927 beziebar.

450,- Friedensumme. Ab-

standsumme u. Baukosten-

aufschw. erwünscht. Of. u.

T 699 a. d. Tageblatt Riesa.

### Aller voran sind Paul Thiele's neueste

### Wäschemangeln

zu bringen höchste Wäschennahmen.

Wäschearbeit unverwüstlich

günstige Leihzahlungen.

Paul Thiele Chemnitz-Schloßstr. 6.

### Deckkreisig

Tanne und Fichte zum Decken und Binden

empfiehlt

Fiedlers Gärtnerei

gegenüber dem Friedhof.

Decken der Gräber wird übernommen.

### Suche Abnehmer

für 50-60 Str. Vollmilch

täglich frei Haus für Riesa.

Öffert. w. Preisangab. unt.

z 700 a. d. Tageblatt Riesa.

Morgen

Donnerstag

Schweinschläuchen.

Große Riese, Fr. Lütt-Str.

### Mittagstisch

preiswert u. reichlich bietet

Hotel Wettiner Hof.

Brötchen Hänsellein

häufig frische Beilagen.

Clemens Bürger.

Die heutige Nr. umfaßt

12 Seiten.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß verschied heute früh 1/8 Uhr nach langen schweren in großer Geduld ertragenden Leiden meine innigstgeliebte Gattin, unsere liebe gute treuegende Mutter, Schwägerin, Cousine, Tante

## Frau Ida Selma Nitsche

geb. Bennewitz

im Alter von 58 Jahren.

In tiefstem Schmerz  
der trauernde Gatte und Kinder.

Zeithain, am 2. November 1927.

Die Beerdigung findet Sonnabend nachm. 2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

### Abbruch

Paradeinlagen Seithain

Kastholz und Bretter,

elerner Säulen, Fenster, Türen

Wände u. Stobau.

Grundbodenflächen neu,

billig zu verkaufen.

## Klus unserer Heimat.

### Heimatmuseum Riesa und Umgebung.

Gründungen XXIV. — November 1927.

Von der Großhaupts-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine: Ausstellung des Hamburger Künstlers G. Maak von häuslichen Fabrikations- und Lagerräumen in Riesa-Großdöbeln; verschiedene Erzeugnisse.

Von den Erben des verstorbenen Herrn Oberlehrer Weichel, Günzbrück: 1 Steinbeil, 1 Photo der Letziger Schanze, Bild des Herrn Weichel, 1 Urkunde der Genehmigung zum Korrespondierenden Mitglied der „Aris“ in Dresden, 25 Vögel.

Von Herrn Martin Eichold: Statistische Darstellung: Riesa, der Größe nach die 15. Stadt Sachsen, 1914—1918.

Von Herrn Bernhardi Helten: 12 Stück Werbe- bzw. Feldpostkarten für die verschiedenen Kriegsanstalten 1914—1918.

Von Herrn Baumeister Schönth: Verjünnte Kasseelanne, 1 Buch, 2 alte Krubenschlösser.

Von Herrn Hynel: Grabmahl Bild vom alten Riesa, 1 Stück Stamm mit Spindelholz.

Von Herrn Studienrat Heinrich: 2 Photographien aus der Zeit des Reichstages.

Von Herrn Goldbergmeister Müller: Kanonenkugel von 1813.

Von Herrn Peter Gärtner: Münzen aus Kurachsen, vom Königreich Sachsen, von Westerwald und der Schweiz, insgesamt 10 Stück.

Von Familie Postinspektor Neubert: Sechs Patenbriefe von 1788—1834.

Von Herrn Lehrer Schmidt: Radfahrkarte von 1921.

Von Herrn Lehrer Hammel: Leie- und Leebuch für die Volksschulen, bearbeitet von Med. 1889, Dresden und Leipzig, Arnoldsche Buchhandlung, Geschichte der christlichen Religion und Kirche für den Unterricht in Stadt- und Landesbibliotheken. Von G. Schollmeyer 1818, Leipzig, Vogels Buchhandlung, Glebeblatt Nr. 27 und 37 vom Jahre 1848 (2. Jahrgang des Riesaer Tageblattes).

Von Dr. Dietrich: Alter Sädel, Votivkarte von 1801.

Von Herrn Alfred Unger: Adressbuch von Riesa 1895/96; mehrere Zeitschriften „Glück auf!“ 1924/25.

Von Herrn Siegfried Bieligt: Predigtenbuch.

Von Herrn Werkmeister Bimmler: 2 gerahmte alte Bilder.

Von Frau verm. Schnepp: Blätterblatt mit Holzklopfenfeuerung.

Von Herrn Willy Walther: 2 alte Petroleumöfen.

Von Frau Haupt: Infanterie-Heim, Blüte, Beobachtungs-

spiegel und Hirschänger (Kriegsandachten).

Von Herrn Uuno Gelhaar: Ausblätter von 1918.

Ungekannt: Pionieroffizier-Mütze, verschiedene Achselstücke.

Von Herrn Johannes Lauckner: „Dokumente einer irrfalligen Zeit“. Vom 1. Januar 1920 bis 31. Dezember 1923 bezahlte man mit je einer dieser Inflations-Marken ein Inland-Postkarten-Borso. (Die Darstellung, die eingerahmt worden ist, zeichnet sich durch übersichtliche, geschmackvolle Zusammensetzung aus.)

Allen, die ihr Interesse für die heimatliche Sache dadurch zum Ausdruck brachten, daß sie unser Heimatmuseum bereicherten, sei hierdurch herzlich gedankt. C.

## Zu dem Straßenbahnunfall in Dresden-Blauen.

Die Straßenbahn hat das Wort.

Zu dem Straßenbahnunfall vom vergangenen Sonnabend teilte die Direktion der Straßenbahn folgendes mit: Glücklicherweise stellt sich nach dem deutlichen Bericht des straßenbaulichen Friederichstadt heraus, daß es sämtlichen dort eingelieferten Verletzten besser geht. Verletzt sind nach bisheriger Feststellung 18 Personen; davon haben acht ernsthafte Verwundungen (Unterarmbruch, Mundverletzung, Kopfverletzung, Arm- und Beinverletzung) davongetragen. Dem Schmid Paul Weise aus Gittersee mußte, wie durch die bisherigen Presseberichte zum Teil schon bekanntgeworden ist, bedauerlicherweise ein Arm abgenommen werden.

Im übrigen sind die Erörterungen, die sich bei einem derartigen Unglück natürgemäß sehr umfangreich gestalten, noch in vollem Gange. Es sind nicht nur die Einrichtungen der beteiligten zwei Straßenbahnen, sondern auch die betriebs-technischen Verhältnisse der in Frage kommenden Bahnhofstraße aufs genaueste nachgeprüft worden. Dabei hat sich ergeben, daß der allgemeine Zustand, die Sonne und die Überhöhung der Gleise vollkommen in Ordnung sind, und daß die Bremsen der beteiligten Wagen funktioniert haben. Der in Frage kommende Triebwagen ist ja auch gleich nach dem Unfall von einem Straßenbahnwagenführer ordnungsgemäß nach Norden abgestellt worden, ohne daß ein anderer Triebwagen als Vorpann nötig gewesen wäre.

Die Frage, die in Abgabekreisen stark erörtert worden ist, ob nämlich auf der Serpentinenstraße behörende Gefahrenbremsen vorgegeben werden müssen, wie etwa bei den Gübler-Wagen, muß dahin beantwortet werden, daß eine solche Vorschrift dort nicht nötig und auch nach den Betriebsvorschriften nicht gefordert ist. Die Gefahrenbremse ist lediglich für die Straße Weißbühlchen—Gübler vorgesehen; dort beträgt die Steigung an einigen Stellen maximal 1:18, d. h. auf 18 Meter Straßenlänge kommt ein Meter Steigung. Die Bahn auf der Serpentinenstraße weist maximal eine Steigung von 1:28 auf; sie bleibt demnach beträchtlich hinter einer Anzahl anderer Gefäßstraßen im Dresdner Straßenbahnbereich zurück; erprobtest ist nur die Steigung der Linie 7 zwischen Arsenal und Löbtau, die den Maximalwert von 1:18 auf 300 Meter Bänge erreicht, sowie die Linie 20 zwischen Sachsdorfer und Löbtauer Straße, die eine Höhensteigung von 1:17 aufweist. Auf diesen, sowie noch auf vielen anderen ähnlichen Gefäßstraßen ist die Gefahrenbremse weder vorgeschrieben, noch bisher eingerichtet worden; trotzdem haben sich auf diesen Straßen keine Unfälle ereignet, die auf das Fehlen der dritten Bremse zurückzuführen wären.

Neben den betriebs-technischen Erörterungen ist selbstverständlich auch die Bezeichnung des beteiligten Personals, sowie die Bezeichnung der Betriebe in vollem Gange. Hierüber können wir Zeit keine näheren Mitteilungen gemacht werden, weil die Meinungen sich erst einigermaßen gefaßt haben müssen und es für alle Beteiligten unerwünscht, wenn vorzeitige Berichte veröffentlicht werden, die dann berichtigst werden müssen. Die Straßenbahndirektion wird selbstverständlich je nach Fortschritt der Erörterungen die offizielle Stellung über das Ergebnis der Ermittlungen auf dem Laufenden halten.

Grund zu irgendeiner Benutzung beim Betreten der neuen Straße besteht selbstverständlich in seiner Weise, wie denn auch der Verkehr hat nach dem Unglücksfall in völlig normaler Weise abgesetzt hat. Es sind nach dem Unglücksfall bereits wieder weit über 200 Fahrgäste und über 100 einzelne Triebwagen die Serpentinenstraße herunter und hinauf gefahren.

## Landesparteitag der Deutschen Mittelstandspartei.

### Finanzminister Weber über Wirtschafts- und Finanzprobleme.

150. Dresden, 31. Okt. Am Sonntag und Montag fand, wie bereits gestern kurz berichtet, der erste läufige Landesparteitag der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) in Dresden statt.

Der Sonntag brachte zunächst interne Tagungen, während am Montag vormitig eine große öffentliche Kundgebung im bisgesetzten Saale des Konzerthauses des Zoologischen Gartens stattfand. Der Parteivorsitzende Bäckerobermeister Kaiser-Dresden eröffnete nach Gesangsvorträgen der Dresdner Handwerkergefangene die Tagung und begrüßte die Anwesenden, unter denen sich auch der frühere demokratische Landtagsabgeordnete Minister a. D. Günther-Blauen befand. Der Vorsitzende der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes, Abgeordneter Werner, überbrachte die Grüße des Parteivorstandes, Senator Thaer die des Reichsverkehrsverbundes der Tschechoslowakei, für den Landesverband Preußen sprach Reichstagabgeordneter Wollath.

Abg. Kaiser eröffnete hierauf den Bericht der Landtagsfraktion. Er gebüche einsetzend des Ergebnisses der vorjährigen Landtagswahlen, die der Wirtschaftspartei 10 Mandate erbracht. Der läufige Mittelstand habe sich dadurch seine eigene politische Vertretung errungen und durfte dann auch keine Hände nach dem Stifter des Staates ausstrecken. Der Redner schilderte die bekannten Vorgänge bei der Regierungsbildung und die parlamentarische Tätigkeit der Fraktion und erklärte zum Schlusse, die kommenden Reichstagswahlen müßten eine starke selbständige Reichstagabstimmung der Mittelstandspartei in Errscheinung treten lassen.

Stadtverordneter Hünger-Chemnitz sprach dem Fraktionsvorsitzenden Kaiser und der gesamten Landtagsfraktion den Dank der Parteifreunde für ihre erfolgreiche Tätigkeit aus. — Landtagsabgeordneter Ahmann erhielt sodann den Bericht über die am Sonntag stattgefundenen Kommunaltagung. Die Versammelten seien sich darüber klar gewesen, daß in den Gemeinderäten die Vorstufe der großen Politik zu erledigen sei. Diese erste Tagung habe gezeigt, daß die Mittelstandspartei sich nicht mehr besserte schließen lassen wolle.

Minister a. D. Dr. Wilhelm berichtete von der Landwirtschaftstagung. In ihr sei zum Ausdruck gekommen, daß die Bauernschaft in der Mittelstandspartei das gefunden habe, was bisher in anderen Parteien vergeblich suchte. Die Tagung sei ein unvergleichlicher Beweis dafür gewesen, daß alle schaffenden Kräfte in Stadt und Land bestrebt seien, sich zu einer unumstößlichen Macht zusammenzuschließen.

Den Hauptvortrag hielt

### Finanzminister Weber

über Wirtschafts- und Finanzprobleme. Er führt u. a. aus: In dem Aufschwunge der deutschen Wirtschaft habe auch Sachsen einen erheblichen Anteil. Das erkenne man auch daran, daß die Erwerbstätigkeit in Sachsen eine noch höhere Abnahme gefunden habe, als im übrigen Reich. Der gesamte Warenverkehr habe sich günstig entwickelt. Besonders erfreulich sei, daß auch die Ausfuhr sich jetzt gesteigert habe. Auch der Rückgang der Konfus und Geschäftsaufschreibzahlen bestätige die günstige wirtschaftliche Entwicklung. Werner seien die Erfolge bei den Sparsassen in ersten Weise immer weiter auseinander, und der Geldobandbrieflauf habe sich in nicht unerheblicher Weise erhöht. Die zuständigen Vertreter der Reichsbewegung hätten in der vergangenen Woche verfügt, der wirtschaftlichen Entwicklung eine Prognose zu stellen, die stark im optimistischen Sinne ausfielen. Gegen einen zu starken Optimismus sprächen aber entschieden eine Anzahl bedeutsamer Momente, die bereits heute zu beobachten seien. Man werde deshalb die Konjunktur-Entwicklung vorsichtig und zurückhaltend bewerten müssen. Ein weit ungünstigeres Wirtschaftsbild sei in den Betrieben des gewerblichen und bäuerlichen Mittelstandes zu beobachten. Gewiß habe auch hier die allgemeine Befreiung zu einem erhöhten Umfaß geführt, der aber nicht in allen Fällen gleichbedeutend mit einer Verdienststeigerung sei.

Der gewerbliche Mittelstand brauche einen gesetzlichen Schutz, der die Entwicklung länderlicher Kräfte nicht hemme, aber andererseits ihn vor ungenügend vorgebildeten Einbringlingen schütze. Es sei entschieden zu bestreiten, wenn die günstige Entwicklung der deutschen Gesamtwirtschaft als eine Scheinblüte wie zur Zeit der Inflation hingestellt werde. Der Erholungsbrozess der Wirtschaft sei im Gegenteil seit der Stabilisierung der Währung sehr langsam vorwärtsgeschritten und sei auch durchaus noch entwicklungsfähig. Befragt erneut über die Seite der Öffentlichen Räte, die auf der Wirtschaft ruhen. In der gesamten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik liege die große Erfahrung, daß die Erhöhung der Räte an einer Drosselung führe und die deutsche Wirtschaft konkurrenzunfähig mache.

Gegenüber der zügenden Entwicklung der deutschen Wirtschaft sei im Tempo der gesamten öffentlichen Verwaltung eine ungleich rosthere Feindschaft. Die durch den Krieg zurückgebliebene Entwicklung und die während dieser Zeit unterbliebenen baulichen Verbesserungen und vor allen Dingen die Steuerüberschüsse der Jahre 1924 und 1925 hätten in der Steigerung der Ausgaben ein Tempo verursacht, das unüblich weiter fortsetzen könnte. Man habe ihm vorgesagt, daß er als älter wichtiger Staatsbetrieb bestrebt sei, die wirtschaftliche Tätigkeit dieser Betriebe zu untersuchen. Gerade dadurch, daß er in dem jüngsten Streit der Braunkohlenbergarbeiter energetisch für die Weiterleitung des Stromes aus für die Wirtschaft eingetreten sei, glaube er dem Aussehen der sozialen Stromverteilung gedenkt zu haben. Die Wahl der Ausgaben müsse in erster Linie nach dem Gesamtwohl der Wirtschaft, der Bundesfinanz und der Volkswohlfahrt erfolgen. Es sei der Zeitpunkt gekommen, da die Schwierigkeit der Geldbewirtschaftung abweichen kann, wenn die Währung gefährdet werden soll.

Die gesamte Verhöldung sei in den wenigen Jahren nach der Stabilisierung in einem Tempo vor sich gegangen, das unmöglich beibehalten werden könne. Die wirtschafts- und währungspolitischen Auswirkungen müßten in Zukunft in erster Linie die Grundlage für die Zulassung von Auslandsanleihen bilden. Die Errichtung einer rechtsstaatlichen Kontrollinstanz, wie sie der Reichskanzler verlangt, sei ablehnbar. Die gesamte mittelständische Parteiwendung dürfe ihre Hand nicht dazu vergeben, den überspannten Centralismus in Berlin zu fördern, sondern müsse bei allen ihren Vertretern voraussehen, daß sie auch in den nachgeordneten Parlamenten die Verantwortung vor dem Gesamtwohl nicht außer Acht lassen. Die Gerüchte von einer neuen Inflation seien ganz unberechtigt. Die Reichsbank sei sich entschlossen, sich nicht in eine Geldpolitik hineinzutreiben zu lassen, die eine Gefährdung der Währung nach sich ziehen könnte.

Die Gestaltung für den läufigen Staat werde für

die Haushaltspolitik habe für das Jahr 1927 bereits ein Defizit von rund 27 Millionen RM, zu dem die Ausgaben für die Unwetterkatastrophe und die Mehraufwendungen für ein halbes Jahr durch die Bevölkerungsreform hinzutreten. Zahlreiche Positionen des Staats bräuchten zwangsweise höhere Ausgaben, die aber durch Einsparungen an anderen Stellen ausgeglichen werden müssten. Eine gesetzliche Verwaltungsreform, die vor allen Dingen auch einen Abbau der Aufgaben betreite, müsse eine Balancierung des läufigen Staats kaum möglich. Der gesetzliche Mittelstand habe zweitens an der Stärkung der Kaufkraft der Bevölkerung ein hartes Interesse. Voraussetzung sei nur, daß diese Stärkung nicht an Kosten der Erhöhung der Realhonorare erfolge und damit zu einer Verschlechterung der Waren führen müsse. Deshalb sei es auch unverantwortlich, wenn man eine Teverungspolitik flüchtig an erwarten lache. Grundsätzlich für das Ausmaß der Bevölkerungssteigerung müsse die Deckungsfrage sein. Angesichts der eindringlichen Warnung des Reichsbankpräsidenten an einer geordneten und sparsamen Finanzwirtschaft wäre es unverantwortlich, wenn Reichstag und Reichsregierung die Länder zu einer Defizitwirtschaft drängen würden. Sachsen erhebe Aufruf auf eine Verzögerung des Kaufeldes aus der Eisenbahnübertragung und auf einen kleinen Aufkommen an Realhonoraren in Sachsen entsprechenden Finanzausgleich. Die läufige Regierung werde ihre Mitarbeiter an dem Steuerverhinderungsgesetz nicht versuchen, werde ihm aber nur insofern folgen können, als wirklich eine Vereinheitlichung des Reichsteuerrechts erzielt werde. Da Sachsen nicht auf das Recht der eigenen Steuerhoheit verzichten werde, sei ebenfalls selbstverständlich, daß die Erfahrungen gelehrt werden, daß es außerordentlich schmerlich ist, Koständer des Reiches zu sein.

Je mehr wir uns dem Jahre der Vollistung für die Reparationsverpflichtungen nähern, und je länger auf der Wirtschaft und auf dem Mittelstand im besonderen die starken steuerlichen Lasten ruhen, um so mehr seie es schwierig, die Ausbringung der Räte aus dem Dawesplan für die Wirtschaft unmöglich sei. Die Reichsregierung sei zwar bemüht, den Vertrag zu erfüllen, aber es müsse offen gelöst werden, daß für die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit die Räte unmöglich auf die Dauer getragen werden können. Der Mittelstand habe die hohe Staatspolitisches Aufgabe, alle wirtschaftlichen Kräfte planmäßig zusammenzufügen und unter Volk vor dem Verfall in Kapital und Arbeit zu bewahren, um es vor dem Untergange zu schützen (Lebhafte Befürchtungen).

Sodann hielt

Landtagsabgeordneter Schulze-Gentzsch seine einen Vortrag über „Familienfragen“. Der Redner verzehrte sich über das Reichsschulgesetz und legte den Standpunkt der Wirtschaftspartei dar. Der vorliegende Reichsschulgesetzwurf gebe in seinem Grundzügen nichts anderes als das, was durch den Weimarer Schulvolumenpakt über die höchsten Erziehungsziele der Schule und das Selbstbestimmungsrecht der Eltern in den Artikeln 148 bis 149 als Grundrechte des deutschen Volkes bezeichnet worden seien. Wie die Wirtschaftspartei die Einvernahme in die Privatwirtschaft ablehne und für die Individualwirtschaft eintrete, so verlange sie auch, daß nicht der Staat die Erziehung unserer Kinder in ihren höchsten Zielen bestimmt, sondern jeder Elter selbst zu entscheiden habe, ob sein Kind auf einer religiös-christlichen oder sozialdemokratischen Grundlage erzogen werden solle. Die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes befürchtet keine Verfolgung der Schule durch das Reichsschulgesetz. Von den Gegnern werden die Räte der Ausführung des Gesetzes ungemein übertrieben. Unsere materialistische Zeit braucht ein ideelles Gegenwärtiges, und das sei das Reichsschulgesetz.

Die Verkündung nahm sodann

### mehrere Entschließungen

einflimmig an. Die erste schloß sich in ihren Forderungen den Ausführungen des Finanzministers Weber an. Die Entschließung, die die Gemeindevertreter am Sonntag gefaßt hatten und die der Parteitag zu der keinen mache, lautet: Die Gemeindevertreter, die sich politisch zur Reichspartei des Deutschen Mittelstandes bekennen, halten für eine Notwendigkeit, daß die Reichspartei des deutschen Mittelstandes bei künftigen Gemeindewahlen durch Schaffung selbständiger Fraktionen die Wahrung der mittelständischen Siedlungen in den Gemeinden übernimmt. Der Kampf der mittelständischen Vertreter in den Gemeinden muß sich gegen alle Maßnahmen richten, die geplant sind, die Entwicklung der mittelständischen Wirtschaft zu untergraben, insbesondere für das Verbot des Warenhandels und jeder handwerksmäßigen Betätigung, sowie die Beteiligung an Konkurrenzentschließungen von Seiten der Gemeinden auf das entwidmete zu belämmern. Besonderes Augenmerk müssen unsere Gemeindevertreter auf Wahrung der Wohnungsräte legen und dabei auch bedacht sein, daß nicht nur Wohnräume erweitert werden, sondern auch durch Aufschaltung von gewerblichen Räumen eine weitere Entwicklung der mittelständischen Wirtschaft ermöglicht wird. Die planmäßige Bodenverzinsungswirtschaft und Abgabe des Geländes im Erdbau führt zu einer Verzehrung des Betriebskapitals der Gemeinden. Die gemeindlichen Haushaltspolitiken müssen für das nächste Jahr so aufgestellt sein, daß der Grundbau keine Ausgabe ohne Deckung endlich Wirklichkeit werde. Jedes weitere Ausweichen der Ausgaben muß mit allen parlamentarisch zur Verfügung stehenden Mitteln verhindert werden. Als Reichskanzler muß gelten, die gemeindlichen Haushaltspolitiken in ihrer Gesamtheit 10 Prozent zurückzusetzen. Einsparungsmaßnahmen der einzelnen Haushaltspositionen sind durchaus möglich. Im Interesse von Gemeinde und Staat müssen unsere Vertreter im Landes- und Reichs-Parlament daran dringen, einen Finanzausgleich herbeizuführen, der den Gemeinden vor allem eine positive Grundlage für ihre Finanzwirtschaft bietet. Die Vereinfachung unseres Steuerwesens durch eine alle Kreise erfassende Einkommenssteuer mit sozialen und gemeindlichen Ausfällen halten wir für das Gegebene.

### Die Entschließung zum Reichsschulgesetz

lautete: Die Reichspartei des deutschen Mittelstandes erkennt den vorliegenden Reichsschulgesetzwurf in seinen Grundzügen an. Insbesondere begrüßt sie, daß das in der Verfassung den Eltern gegebene Bestimmungsrecht anerkannt ist und damit in Sachen der Bekennnislosen Schule die Erziehungsfähigkeit geboten wird. Das Verhältnis der finanziellen Transparenz wird schließlich Anfang und Ende der Durchführung eines Reichsschulgesetzes bedingen.

Mit einem Schlußwort des Landesparteivorsitzenden und Vicedorträgen der Dresdner Handwerkergefangen vereinte sich die bedeutungsvolle Logung.

## Politische Tagesübersicht.

Keine Erkrankung des Reichspräsidenten. Wie die Telegrafenunion von zuhändiger Stelle erfuhr, sind die Berichte über die Erkrankung des Reichspräsidenten v. Hindenburg vollständig aus der Luft gerissen. Der Gesundheitszustand des Reichspräsidenten ist ausgesprochen.

Abschaffung der Todesstrafe in Rußland. In Erfüllung des Manifestes des Zentralrevolutionären Komitees der Sowjetunion über die Einführung der Todesstrafe beschloß das Zentralrevolutionäre Komitee der Russischen Sozialistischen Sozialdemokratischen Sowjetrepublik, den betreffenden Artikel des Strafgelebuchs Russlands abzändern und anstelle der Todesstrafe Kreisstrafen festlegen.

Eine indische Verschönerung endet. Die Polizei hat gestern in Kalkutta und im nordöstlichen Teil von Bengalen Haussuchungen abgehalten. Es wurden dabei Dokumente beschlagnahmt, die, wie man glaubt, den Beweis für eine sehr ausgedehnte revolutionäre Verschönerung liefern werden. Es ist keine Verhaftung vorgenommen worden.

Hungerstreik politischer Sträflinge im Vodar Gefängnis. Im Vodar Unterführungsgefängnis sind 300 politische Gefangene in den Hungerstreik getreten, weil man ihre Wünsche von Verlängerung des täglichen Spaziergangs und Auslosen von frischem Stroh an den Stromäden nicht berücksichtigen wollte.

Wiederwahl Mustapha Kemals zum Präsidenten der Türkei. Die Nationalversammlung, in der die Volkspartei mit 225 Abgeordneten vertreten ist, ist heute zu ihrer 2. Sitzung zusammengetreten. Mustafa Kemal Pasha wurde zum Präsidenten der Versammlung und Mustapha Kemal Pasha mit Zustimmung zum Präsidenten der Republik wieder gewählt.

Kein deutsch-russischer Block in der Abrüstungsfrage. Die Sowjet-Union hat sich jetzt bereit erklärt, in der vorbereitenden Abrüstungskommission des Völkerbundes mitzuwirken. Der Völkerbund hatte schon vor einigen Jahren auf Russland die Einladung zur Teilnahme an der Abrüstungskonferenz ergeben lassen. Sichtbarin lebte es aber damals wegen des durch die Ermordung des russischen Gesandten in der Schweiz entstandenen Konflikts ab. Schweizerischer Boden zu betreten. Sichtbarin lebte es auch damals auch schon durchblicken, daß nach seiner Auffassung die Abrüstungskommission kaum eine Gewähr dafür biete, daß die Abrüstungsfrage dort praktisch gefördert werden könnte. Wenn Russland jetzt gleichwohl seine Beteiligung an den vorbereitenden Abrüstungskommissionen aufstünden, so ist das vom deutschen Standpunkt aus wohl zu begrüßen, da immerhin dadurch die Förderung der Abrüstungsfrage erleichtert werden kann und auch die Mandataaten für ihre Abschaltung sich nicht mehr auf Russlands Weitwelt beziehen können. Die französische Presse befürchtet nun aber auch diesen Anlauf, die Vermutung auszusprechen, daß Deutschland und Russland in der Abrüstungskonferenz zusammenarbeiten werden. Diese Auffassung trifft nach der Meinung des maßgebenden deutschen Stellen in keiner Weise zu. Es besteht nicht die Absicht, in der von der französischen Presse befürchteten Weise speziell mit Russland in der Abrüstungsfrage zusammenzuarbeiten.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragserhandlungen. Wie die Morgenblätter aus Moskau melden, teilte der Vorsitzende der polnischen Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragserhandlungen Dr. Bondzinski der Presse mit, daß er nach Warschau gekommen sei, um mit der Regierung die Frage der Einsetzung einer Kommission für Auswanderungsfragen sowie die eines Abkommens über die Sozialversicherung polnischer Angehöriger in Deutschland zu besprechen. Den Abschluß eines Abkommens über die Wanderarbeiter erwarte er für die kommende Woche. In Sachen des gegenwärtigen Austausches von historischen Wertgegenständen habe man sich überzeugt, daß man diese Aktion wegen der ablehnenden Haltung der öffentlichen Meinung und der Presse, wie sie bei der Ueberbelagung von 8 Denkmalen auf Polen zu Tage getreten sei, nicht in größeren Umfange forsetzen könne.

Prinz Ni von Korea in Berlin. Prinz Ni von Korea ist in Begleitung seiner Gemahlin und mit Gefolge vom Haag kommend gestern auf dem Bahnhof Friedrichstraße eingetroffen. Der Prinz wurde vom hiesigen japanischen Botschafter, Nagao, sowie Generalrat Trautmann, vom Auswärtigen Amt und Generalstaatsrat von Bülow empfangen.

Italienische Kommentare zum Tode Hardens. Alle Blätter bringen zum Tode Maximilian Hardens kurze Kommentare und heben dessen Bedeutung als Publizist und seine Gegnerschaft zu Kaiser Wilhelm hervor. Der Korrespondent der "Tribuna", dienten Berichte über Deutschland sich durch besondere Geschäftsfähigkeit auszeichnen, versteift sich sogar zu der Behauptung, Bißmard habe Harden Dokumente für seine Kampagne gegen den Kaiser selbst ausgeliefert.

Der Zusammenschluß der Nationalliberalen und Deutschnationalen in Bayern noch nicht vollzogen. Die Nationallibrale Landespartei teilt mit: Ein Teil der Presse hat in der Berichterstattung über den Würzburger Parteitag der Deutschnationalen den Ereignissen insfern vorausgeschritten, als es den geplanten Zusammenschluß der Nationalliberalen Partei und der Deutschnationalen bereits als vollzogen meldete. Der deutschnationale Parteitag hat lediglich den Entwurf des Abkommens gebilligt, der am 20. Oktober zwischen den Führern der beiden Parteien beschlossen wurde. Landesvorstand und Vertretertag der Nationalliberalen Landespartei werden am 19. und 20. November über den Entwurf zu entscheiden haben. Es ist nach Lage der Sache allerdings zu hoffen, daß Zustimmung erfolgt.

## Rücksichtsberatung über die Reparationsfrage.

Berlin. (Presse-Meldung.) In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß das Reichskabinett wahrscheinlich schon heute nachmittags eine Sitzung abhalten wird. Die Tagesordnung umfaßt die mit dem Reparationsproblem zusammenhängenden, augenblicklich aktuellen Fragen. Dabei ist anzunehmen, daß außer den sachlichen Problemen, die durch die Redaktion Parker Gilberths aufgeworfen worden sind, auch die Einsetzung eines Reichskommissars für Reparationsfragen zur Törler steht. Wenn in der Presse auch bereits der Name des früheren Staatssekretärs Bergmann genannt wird, der bekanntlich vor einiger Zeit im Zusammenhang mit der Reparationsfrage durch sein Buch "Der Weg der Reparationen" in die Öffentlichkeit getreten ist, so dürften solche bestimmt Angaben den Tatsachen doch noch voraussetzen. Die Personfrage kann überhaupt erst eine Rolle spielen, wenn eine grundlegende Entscheidung über die Einrichtung dieses Postens getroffen worden ist. Im Augenblick aber befindet sich diese Frage noch durchaus im Stadium der Erwägungen der zuständigen Stellen. In unterrichteten Kreisen weiß man allerdings darauf hin, daß die Einsetzung eines solchen Kommissars insfern von Vorteil sein würde, als die sachliche Bearbeitung der Reparationsfragen, namentlich was die Verhandlungen mit dem Reparationsagenten anlangt, von dem Wechsel der parlamentarischen Räume in größerem Maße als bisher unabhängig gemacht und eine solche Stetigkeit für die deutschen Interessen von Nutzen sein würde. Unter diesem Gesichtspunkt gilt es auch nicht als ausgeschlossen, daß das Kabinett morgen bereits zu einer grundlegenden Entscheidung kommt.

## Rückkehr des Reichskanzlers.

Berlin. (Funkspruch.) Reichskanzler Dr. Marx ist heute früh um 8 Uhr von seiner Reise nach Westdeutschland nach Berlin zurückgekehrt.

## Susgesamt 314 Personen ertrunken.

X Rio de Janeiro. 1. November. Die Redaktion des Dampfers "Principessa Mafalda" gibt die endgültige Zahl der Opfer der Schiffskatastrophe bekannt. Danach sind 314 Personen ertrunken. Gerettet wurden 945 Personen, und zwar 50% der Passagiere der ersten Klasse, 66% der zweiten Klasse und 75% der dritten Klasse. Von der Besatzung des untergegangenen Schiffs sind 9 Offiziere und 37 Matrosen ertrunken, 11 Offiziere und 281 Matrosen gerettet. Von den umgekommenen Passagieren entfallen 27 auf die erste, 87 auf die zweite und 204 auf die dritte Klasse.

Berlin. (Funkspruch.) Nach einem Telegramm der deutschen Gesandtschaft in Rio de Janeiro ist, wie mitgeteilt wird, der Deutsche Karl Volkmann dort eingetroffen. Dagegen liegen keine Nachrichten vor über die Deutschen von Blaau, Schneider und Rappus.

## Zum Untergang der Principessa Mafalda.

X Rom. Eugenio Selani meldet aus Rio de Janeiro, daß dort Trauerfeierabendungen für die Opfer des Unterganges der Principessa Mafalda von den verschiedenen Seiten veranstaltet werden, u. a. von den brasilianischen Botschaften, den wissenschaftlichen Abteilungen, den Akademien, den diplomatischen Vertretern aller Nationalitäten. Alle Feierabendungen stimmen darin überein, daß die Haltung der Offiziere und der Mannschaft des untergegangenen Dampfers heldenhaft gewesen ist. Die brasilianische Presse erkennt die schnelle und vollkommene Organisation des von den italienischen Botschaften geleiteten Hilfswerks für die Überlebenden an. Der Dampfer Duca degli Abruzzi wird die Überlebenden, deren Heimat Argentinien war, an Bord nehmen. Die in Brasilien wohnenden Italiener haben sich bereit erklärt, die Waisen und Witwen in ihre Häuser aufzunehmen.

## Deutschlands Wehrlosigkeit.

Frankösische Denkmals- und Ministerreden sahen immer und immer wieder fort, die Gefahr eines neu erstarften Deutschlands und der hierdurch gewordene Bedrohung Frankreichs drängend an die Wand zu malen. Wie lächerlich alle diese Behauptungen sind, das geht schon allein aus einigen wenigen Jahren hervor. Deutschland hat ein Heer von 100 000 Mann, das im Kriegsfall durch Reserven nicht erweitert werden kann. Deutschland hat keine Militärflugzeuge, keine Tanks, keine schweren Geschütze, keine Munitionsvorräte. Also ihm fehlt alles, was sein Heer im Hinblick auf die mod. Kriegstechnik im Ersten Weltkrieg schlagfähig machen könnte. Dagegen besitzt Frankreich seine voll ausgebildete Reserve, die innerhalb weniger Tage ein französisches Heer von 4 Millionen auf die Beine stellen kann. Es verfügt über 18 000 leichte und 15 000 schwere Maschinengewehre, über 1420 leichte und 1560 schwere Geschütze, über 8000 leichte und 100 schwere Kampfwagen, sowie über 2200 Militärflugzeuge. Eine Gegenüberstellung der militärischen "Stärke" Deutschlands und der aufs äußerste angelaufenen Wehrmacht Frankreichs muß zu Schlüssen führen, die als die idealste Sicherheit Frankreichs gegenüber seinem Nachbar gezeichnet werden können. Wenn also die französischen Militärs Deutschland immer noch als Vorwand für die Unmöglichkeit einer französischen Abwehr bezeichnen, so gelten sie damit nur, daß sie einen Vorwand suchen, der ihnen so reizliche Abrüstungsfrage aus dem Wege zu geben.

## Gemeindewahlen in England.

X London. Im ganzen Lande mit Ausnahme des Kreises London wurden gestern Neuwahlen für ein Drittel der Stadträte vorgenommen. Nach den letzten Wahlergebnissen der Gemeindewahlen erzielte die Arbeiterpartei einen Steinbruch von 93 Sitzen, der reine Verlust der Konser-vativen beträgt 68, der Liberalen 31 und der Unabhän-gigen 9.

## Die nächste Sitzung des Reichsrates.

X Berlin. (Funkspruch.) Nach einem Telegramm der deutscher Gesandtschaft in Rio de Janeiro ist, wie mitgeteilt wird, der Deutsche Karl Volkmann dort eingetroffen. Dagegen liegen keine Nachrichten vor über die Deutschen von Blaau, Schneider und Rappus.

## Ein neuer Reichsminister für Reparationen?

Xd. Berlin. Die Reichsregierung hat anlässlich des letzten Amtesfalls mit dem Generalagenten der Reparationskommission den Gedanken erwogen, die Reparationsangelegenheiten in einem besonderen Reichsministerium zu vereinigen, das in eigner Bildungsgruppe mit dem Reichsfinanzministerium, dem Auswärtigen Amt und dem Reichsgerichtsministerium arbeiten und den Verkehr mit dem Reparationsagenten befahren soll. Nach der "Voss. Bltg." ist die Schaffung eines Reichsministeriums für Reparationsangelegenheiten in den Besprechungen mit Warmer Gilbert bereits vereinbart worden. In Aussicht genommen ist für die neue Stelle der frühere Staatssekretär Bergmann, der während seiner Tätigkeit in Paris und in Berlin zahlreich mit den Reparationsfragen befaßt gewesen ist. Bergmann würde also als Reichsminister wieder in den aktiven Reichsdienst zurückkehren. Auch in Frankreich weiß man bereits davon, daß Bergmann Reparationsminister werden soll. In einem Artikel des Pariser "Petit Journal" wird die Frage aufgeworfen, ob die Reichsregierung die Gedanken teile, die Bergmann in seinem Buch "Der Weg der Reparationen" entwickelt hat. Die leitende Idee Bergmanns sei, daß Deutschland sich durch eine große Anleihe von den Verpflichtungen aus dem Darmabkommen befreie. Das seje allerdings voraus, daß die Gesamtsumme der Reparationen vorher fixiert werde.

## Preußens Finanzen.

Xd. Berlin. Die preußischen Staatsentnahmen betragen nach amtlicher Mitteilung vom April bis Ende September ds. J. 1286,4 Millionen. Im einzelnen sieht sich die Summe wie folgt zusammen: Staatsanteil an den Reichsteuerüberweisungen 340,8 Millionen, Grundvermögenssteuer 100,2 Millionen, Staatsanteil der Hansa-Steuer 222,8 Millionen, sonstige Einnahmen 557,6 Millionen.

Die Ausgaben betragen in demselben Zeitraum 1298 Millionen. Die Ausgaben übersteigen also die Einnahmen um 61,6 Millionen. Ende September waren 75,5 Millionen Mark schwender Schakanweisungen im Umlauf.

## Parteitag der österreichischen Sozialdemokraten.

X Wien, 1. November. Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Österreichs nahm heute einstimmig eine Entschließung an, in der betont wird, die Sozialdemokratie habe wiederholt erklärt, daß sie jederzeit zu ernsten Verhandlungen über eine Abrüstung bereit sei. Mit den bürgerlichen Parteien sei keine Koalition möglich, solange diese glaubten, die Sozialdemokratie von dem den Interessen der Arbeiterschaft entsprechenden Anteil an der Staatsmacht ausliegen zu können. Der Parteitag warnt die Bauernchaft, sich gegen die Arbeiterschaft missbrauchen zu lassen. Die Sozialdemokratie strebe keine Diktatur der Arbeit über die Bauern, sondern das Bündnis der Arbeiter und Bauern gegen Großkapitalismus und Großgrundbesitz. Zum Schluß werden die Arbeiter aufgefordert, keine Demonstrationen ohne Befehl der Gesamtheit und keinen Streik in lebenswichtigen Betrieben ohne Zustimmung der Gewerkschaften durchzuführen.

In einer weiteren Erklärung des Parteitages wird das Komitee zur Förderung der internationalen Gewerkschaftseinheit als kommunistische Gruppierung und die Beteiligung zu diesem Komitee als unvereinbar mit der Mitgliedschaft der Sozialdemokratischen Partei bezeichnet.

erner beschloß der Parteitag, am 12. November Demonstrationen der ganzen Arbeiterschaft in Österreich zu veranstalten, in denen gegen den Faschismus und für die Republik Stellung genommen werden soll.

## Kommissionsarbeiten in Genf.

X Genf. Das Hygiene-Komitee des Völkerbundes ist am Montag in Genf zusammengetreten. Vizepräsident Kurumi-Japan gab seine Befriedigung über den Empfang von höheren Sanitätsbeamten aus etwa 80 Ländern bei ihrer Studienteile durch Deutschland Ausdruck. Der Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. Hämäläni, Mitglied des Hygiene-Komitees, dankte Kurumi und hob die Bedeutung dieser Studienteile für die in Frage kommenden Länder hervor.

X Genf. Das Wirtschaftskomitee des Völkerbundes, welches am 27. September durch den Völkerbundsrat reorganisiert worden ist, wird am 29. November zusammengetreten zur Kenntnisnahme der Arbeiten der diplomatischen Konferenz für die Verbesserung von Maßnahmen gegen Einfuhr- und Ausfuhrverbote und Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen, sowie um Kenntnis zu nehmen von den Ergebnissen der Arbeit des Sachverständigen-Komitees für die Vereinheitlichung der Postnominalat. Das Finanzkomitee wird ebenfalls am 29. November zusammengetreten. Es wird sich mit dem gegenwärtigen Stand der Verhandlungen über die Aufnahme einer Anleihe zugunsten Bulgariens beschäftigen. Am 30. November endlich wird die Kommission zur Vorbereitung der Internationalen Abrüstungskonferenz zu ihrer vierten Tagung in Genf zusammengetreten. Man hält es für wahrscheinlich, daß das mit dem Studium der Schiedsgerichts- und der Sicherheitsfrage betraute Sonderkomitee zu Beginn des Jahres 1928 zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten wird.

## Geplante Ozeanflüge.

X Hoboken. Chamberlin erklärte gestern, daß er nach seinem Probeflug mit dem Flugzeug "Dawn" die Überzeugung gewonnen, daß es flugfähig sei, so werde er versuchen, die "Dawn" über den Ozean zu steuern. Es koste auch bald den Dauerweltrekord wiederzuerlangen.

Thea Rasche hat Frau Grayson telegraphisch ihre Dienste als Pilotin angeboten.



## Neubestellungen

auf das in allen Schichten der Einwohnerchaft von Niela und Umgegend gern gelesene Riesen-Tagesschatt zum Bezug nehmen jederzeit eingezogen für  
 Boberken: L. Hörl, Boberken Nr. 6  
 Glaubig: Frau Hesse Nr. 6  
 Göhls: I. verm. Schreiter, Nr. 54 b  
 Gröba: A. Daubold, Strehlaer Str. 17  
 M. Heidenreich, Alleestr. 4  
 M. Kulte, Alleestr. 19  
 O. Niedel, Oldauer Str. 2  
 Gebbel: Frau M. Hofmann, Moritz  
 Jahnshausen-Böhla: F. Steinberg, Pauls Str. 3  
 Langenberg: Otto Scheuer, Badermeister  
 Leutewitz bei Niela: M. Nehle, Nr. 8  
 Mergenbor: F. Straube, Poppitz Nr. 14 b  
 Merzbort: O. Thiele, Gröba, Oldauer Str. 19  
 Moritz: Frau M. Hofmann  
 Riedrich: F. Steinberg, Pauls Str. 3  
 Rünrich: C. Schwandtke, Weißner Str. 11  
 Seiff: M. Schwarze, Nr. 41  
 Pauls: M. Schwarze, Oelsch Str. 41  
 Poppitz bei Niela: F. Straube, Nr. 14 b  
 Granitz: F. Steinberg, Pauls Str. 8  
 Niela: Alle Zeitungsträger und zur Vermittlung an diese die Tagesschatt-Geschäftsstelle Goethestr. 50 (Telefon Nr. 20)  
 Röberau: M. Schöne, Grundstr. 16  
 Götzen: Frau Hesse, Glaubig Nr. 6  
 Gerthsen: F. Steinberg, Pauls Str. 3  
 Weida (Alt): F. Kluge, Lange Str. 115  
 Weida (Neu): F. Pöge, Langestr. 20.  
 Seithain-Dorf: F. Sandholz, Leichtstr. 18  
 Seithain-Boger: Richard Schmitz, Buchhändler

# Die Erklärung Schacht-Reinhold.

**Berlin. (Selunion.)** Nach einer Rednung der sozialen Partei hat am Dienstag die Befreiung des früheren Reichsfinanzministers Dr. Reinhold mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht über die Krise stattgefunden, wie weit die Reichsbank bei der Auslegung der 500-Millionen-Umliehe des Reiches herangegangen und über die Einzelheiten der Umliehe unterrichtet worden ist. Die Belebung war dadurch notwendig geworden, daß Dr. Schacht in seiner Rede vor dem Haushaltsausschuss des Reichstages erklärt hatte, er sei von der damaligen 5% Reichsbankelei völlig überzeugt worden. Wie die soziale Zeitung hörte, hat sich bei der Befreiung bestätigt, daß die Reichsbank von dem Bewußtsein des Umliehe unterrichtet gewesen ist, wie sie dann ja auch bei der Auslegung der Umliehe die Führung des Umliehensortiments übernommen hat. Der Zeitpunkt über die damaligen Verhandlungen zwischen Reichsbank und Reichsfinanzministerium wurde in einem Communiqué festgestellt und von Dr. Schacht und Dr. Reinhold gescheitert. Es soll alsbald der Öffentlichkeit übergeben werden.

**Berlin. (Kunstschau.)** Reichsfinanzminister a. D. Dr. Reinhold und Reichsbankpräsident Schacht veröffentlichten gemeinsam folgende Erklärung:

„Zu den Ausführungen, die der Reichsbankpräsident am 17. v. M. vor dem Haushaltsausschuß des Reichstags über die soziale Reichsbankelei gemacht hat, stellen wir gegenüber liegenden Ausdruckungen in der Presse gemeinsam fest:

„Es ist richtig, daß die Reichsbank, als sie am 11. Januar den Diskontak ermäßigte, von der Absicht der baldigen Begebung einer Reichsbankelei keine Kenntnis haben konnte, da zu jener Zeit die Regierung selbst sich nicht mit einer solchen Absicht trug. Als inzwischen die sich häutenden Umliehepläne von Ländern und Gemeinden nach Ansicht des Reichsfinanzministeriums befürchtet liefen, daß der Markt sich erschöpfen würde, ehe das Reich mit seiner Umliehe heranstamme, entschloß ich die Regierung zur sofortigen An-

legung einer Umliehe, zumal der Markt der teilweise niedrigen Werte eine lebhafte Nachfrage zu beobachten zeigte. Wie diese Marktlage damals in der Öffentlichkeit aufgezeigt wurde, illustriert ein beständiger Herausgeber des Dr. Reinhold im Handelsblatt einer großen Zeitung, wo es wörtlich steht: Unter diesen Umständen scheinen die Möglichkeiten einer Reichsbankelei gerade in demjenigen Augenblick besonders günstig. Die Bedingungen, zu denen die Umliehe aufgenommen wird, lassen deutlich in Erinnerung treten, in wie großer Entfernung sich der Landesbankenbau wieder dem normalen Maß nähert.“

Nach vor einem halben Jahre wäre die Auslegung einer Reichsbankelei mit 5 Prozent Nominalverzinsung bei einem Kapitalbetrag von 92 Prozent unbewältigbar gewesen. Heute, wie spätere Umliehensandbriebe zeigen, ist 93% bis 97% Prozent, sprichliche Städteausleihen zu 88 bis 95 Prozent notieren, erscheint der Ausgabenkurs nicht mehr gefährlich.

Allerdings ist an berücksichtigt, daß bei den genannten Verlieren die Kursbildung wesentlich dadurch beeinflußt ist, daß es sich um Amerikanischem handelt. Trotzdem ist anzunehmen, daß die Reichsbankelei, von der 200 Millionen Mark bei öffentlichen Stellen mit Spezialsicherung fest untergeschlagen und auch die restlichen 800 Millionen Mark seit von den Banken übernommen sind, statt im Publikum bloß finden wird.

Diese Benutzung der Marktlage war im Reichsfinanzministerium für die Auslegung eines sozialen Typus maßgebend, denn die Reichsbank, die am 20. Januar von der Reichsbankelei informiert worden war, zustimmt, während sie finanziell den Beitrag eine niedrigere Summe erwartet. Nachdem aber das Reichsfinanzministerium die vom Konsortium gewünschte Marktfreiheit von weiteren Reichsauflagen bei einem niedrigeren Betrag nicht ablehnen zu können, haben weder die Konsortialmitglieder noch die Reichsbank Einwendungen erhoben.

Dr. Reinhold fügt hinzu, daß er der heute frisch in der sozialen Zeitung veröffentlichten Notiz völlig kontrahiert und ihrer Inhalt nicht billygt.

## Hindenburgs Donat an die freie Wohlfahrtspflege.

600 Freiplätze

für gründliche Kur in den Erholungsheimen.

Reichsvorsitzender von Hindenburg hat den in der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege vereinigten Sozialverbänden in einem besonderen Schreiben seinen Dank dafür ausgedrückt, daß sie ihm an Stelle einer Zuwendung zur Hindenburgsiedlung in ihren Erholungsheimen 600 Freiplätze für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, sowie für sonstige Kriegsopfer und Opfer der Kriegsfolgen zur Verfügung stellten.

Diese dem Charakter der freien Wohlfahrtspflege entsprechende Hindenburgsiedlung hat sich inzwischen auf 800 Freiplätze erhöht. Die Auswahl der Erholungsbedürftigen und die Zuweisungen die einzelnen Heime wird unter Beratung der Verteilung der freien Wohlfahrtspflege erfolgen. Wie die Ausskunft der Eltern der Freiplätze zeigt, kann dabei den mannschaften fürsorgerischen Bedürfnissen Rechnung getragen werden. Heime der verschiedenen Richtungen, konfessionell und interkonfessionell, in allen Gegenden des Deutschen Reiches am Meer und im Gebirge, bald mit diesen, bald mit einen besonderen Geißelstellen ausgestattet, haben sich zur Aufnahme bereit erklärt. Es sind Freiplätze gewidmet für tuberkulöse Kinder, Jugendliche und Erwachsene, für Kriegswaffen und Kinder von Kriegsbeschädigten, für veremte Rentner und Rentnerinnen, für bedarfsschädigte des gebildeten Mittelstandes, für erwerbsfähige Frauen, für erholungsbedürftige Mütter und Hausfrauen u. s. m. Die Mehrzahl der Plätze ist — neben solchen für 6 Wochen — für die Dauer von 8 Monaten gestiftet. Auf diese Weise wird eine auf alle Fälle gründliche Kur ermöglicht, aber es kann ein Freizeit mehrerer Wochen anstreben, daß die Spende der freien Wohlfahrtspflege ihrer Auswirkung das wird, als was sie der Reichspräsident bestimmt hat: eine wertvolle Ergänzung der für Unterstützungsarbeiten bestimmten allgemeinen Hindenburgsiedlung.

Es ist zu hoffen, daß die Spende der freien Wohlfahrtspflege ihrer Auswirkung das wird, als was sie der Reichspräsident bestimmt hat: eine wertvolle Ergänzung der für Unterstützungsarbeiten bestimmten allgemeinen Hindenburgsiedlung.

## Die Ausfuhr-Beratungen wieder aufgenommen.

**Berlin. (Kunstschau.)** Nach mehrjähriger Pause nahm die Ausschüsse des Reichstages heute Mittwoch ihre Sitzungen wieder auf.

Der Handelsaufschluß sieht die allgemeine Ausschreiber die Finanz- und Wirtschaftslage, die mit der Bekämpfung der Besoldungsbürokratie verbunden worden ist, vorstoß fort.

Dr. Lucke (Wirtschaftl. Vo.) kritisierte den Optimismus des Reichsfinanzministers und des Reichswirtschaftsministers. In dem Übernehmen von Auslandsanleihen erblickt er eine Gefahr für die Wirtschaft, namentlich für den Mittelstand. Lediglich kommt es beim Reichsbankpräsidenten zu, daß eine neue Inflation nicht zu befürchten sei, er kommt aber mit einer schweren Todesurteil und einer Verordnung der großen Massen. Deshalb müsse mit der sozialen Finanzpolitik Schluss gemacht und die Initiative wieder der freien Wirtschaft überlassen werden. Den Ingenierern müsse Einhalt geboten werden.

(Die Sitzung dauert noch an.)

## Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion

trat in Einmessenheit des Reichsaußenministers von Neudorf, des Reichsjustizministers Döring und des Reichsverteidigungsministers Dr. Koch zu einer Sitzung zusammen, in der sich mit laufenden Angelegenheiten und zwar hauptsächlich mit der Besoldungsbürokratie beschäftigte.

## eine Verschönerung der Lage in Rumänien.

Die Ablehnung einer Koalitionsgouvernierung durch die nationale Bauernpartei hat in Regierungskreisen große Sorge hervorgerufen. Außer dem Verdikt des für den 20. November nach Karlsburg einberufenen Vertretungskoalitionen Bauernpartei sollen weitere schwere Maßnahmen gegen die nationale Bauernpartei geplant sein. So wollen ausformierte Kreise wissen, daß die Reichsregierung auf Ged des letzten Tarifinterviews, wonach dieser von verschiedenen Mitgliedern der nationalen Bauernpartei unterstützt sei, seine Tarifansprüche wieder geltend zu machen, gegen diese Verhältnisse vorgehen werde. In dem Zusammenhang wird die Verhaftung des Generalsekretärs der Partei Madru für möglich gehalten.

Auch die Regierungspresse führt eine schwere Sprache im die nationale Bauernpartei, welche nicht darauf hinzu schlämmen.



Walther Rathenau in Washington.  
Botschafter von Pröttwitz und Gaffron.

Anschrift des vor kurzem verunglückten Botschafters von Walther soll der Botschafter von Pröttwitz und Gaffron, der jetzt der deutschen Botschaft in Rom angehört zum Botschafter in Washington ernannt werden. Botschafter von Pröttwitz gehört dem schlesischen Urteil an und war bereits früher in Washington und dann in Petersberg diplomatisch tätig. Er ist 48 Jahre alt.

dab die Regierung Maßnahmen zum Schutz der bestehenden konstitutionellen Ordnung treffen werde. „Independentes Roumaine“ fordert die nationale Bauernpartei auf, eine kategorische Erklärung abzugeben, ob sie für oder gegen die bestehende Ordnung sei. Andererseits fordert überall sowohl die Regierung wie auch die nationale Bauernpartei angesichts der gegenwärtigen Situation auf, daß zu eingehen. Das Blatt will wissen, daß Rattmann auch weiterhin die Bekämpfung sucht und im Falle einer vorbehaltlosen Anerkennung der Thronregelung durch die nationale Bauernpartei bereit sei, auf das Minnertpräsidium zu verzichten, zugunsten einer neutralen Verbindlichkeit. Es hofft, daß auf diese Weise eine Koalitionsregierung gebildet werden könnte. Wie der Korrespondent der Tll. erfährt, entspricht diese Erklärung des Abwehrs jedoch nicht den Tatsachen. Von der Leitung der nationalen Bauernpartei wird dem Vertreter der Tll. mitgeteilt, daß eine Vereinigung mit Rattmann ausgeschlossen sei.

## Schwerer Betriebsunfall in Gisela.

**Gisela. (Selunion.)** Auf dem Eisenbahnwacht der Mansfeld-W.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Gisela ereignete sich am Dienstag durch den explosionsartigen Ausbruch nichtstahlerner Gase ein schwerer Betriebsunfall. Von den neun am Unglücksort beschäftigten Bergleuten gelang es sechs außer Lebensgefahr zu dringen. Die übrigen drei konnten trotz aller Hemmungen nicht mehr ins Leben zurückgezogen werden.

## Bermischtes.

**Schwerer Bauunfall in Königsberg.** Am Neubau des Postamtes 9 in der Hindenburgstraße auf den Dänen ereignete sich gestern nachmittag ein schwerer Bauunfall. Vermischlich infolge von Witterungseinflüssen hatte sich eine Versteifung der Betondecke in der Höhe des 2. Stockwerks gelöst. Die Betondecke brach in sich zusammen und riß dabei einen Teil der Umfassungsmauer und das Gerüst mit sich. Von den auf dem Bau befindlichen Arbeitern wurde einer getötet, ein zweiter starb auf dem Transport zum Krankenhaus; außerdem wurden ein Arbeiter schwer und mehrere leicht verletzt.

**Eisenbahngüterschiff in England.** Bei einem Güterschiff zweier Personenzüge bei Wore in Herfordshire wurden gestern morgen durch Großfeuer vier Wohnhäuser mit sämtlichen Wirtschaftsgebäuden eingeebnet. Durch das Feuer sind fünf Familien mit 20 Personen obdachlos geworden. Über die Entstehungsursache des Feuers ist noch nichts bekannt.

**Eisenbahngüterschiff in England.** Bei einem Güterschiff zweier Personenzüge bei Wore in Herfordshire wurden gestern morgen durch Großfeuer vier Wohnhäuser mit sämtlichen Wirtschaftsgebäuden eingeebnet. Durch das Feuer sind fünf Familien mit 20 Personen obdachlos geworden. Über die Entstehungsursache des Feuers ist noch nichts bekannt.

**Schwerer Verkehrsunfall in Florenz.** In Florenz wurden zwei Radfahrer von einem Auto überfahren und getötet. Ein dritter Radfahrer erlitt bei diesem Unfall leichte Verwundungen und eine weitere Person wurde schwer verletzt.

**Schweres Flugzeugunglück im Fernen Osten.** Nach Meldungen aus Singapur ist dort ein Flugzeug im Nebel abgestürzt. Sechs Passagiere und der Führer standen den Tod.

**Sturm-Probesfahrt der „Cap Arcona“.** Der längste Schnelldampfer der Hamburg-Süd, die 27.000 Tonnen verdrängende „Cap Arcona“, hat seine Probesfahrt gemacht. Unter strömendem Wind und Gewitter wurde die kontraktlich vereinigte Geschwindigkeit von 20 Knoten erreicht und überschritten. Der geplante Verlauf einer Zusammensetzung zwischen Dampfer und Großschiffboot wurde wegen des schlechten Wetters ausfallen.

**Unfall der finnischen Barka Ingomar.** Am 20. Januar wurde die finnische Barka Ingomar, die in der Nordsee gesunken war, in Finnland eingetroffen. Wunderbare Lebensrettung. Wie der Märkte berichtet, stürzte aus einem Fenster im 3. Stock eines Hauses ein Kind auf die Straße. Ein Radfahrer, der vorüberkam, sah das Kind herunterstürzen und konnte es auffangen, so daß dem kleinen nichts passierte.

**Selbstmordversuch aus Spieleret.** In Scheunen bei Burg schloß ein Arbeiter mit seinen Kollegen eine Wette ab, er werde Selbstmord begehen, wenn sie vorher eine halbe Tonne Bier zum besten gäben. Es ging dann nach Hause und erhängte sich. Sein Vorhaben war aber von Leuten beobachtet worden, und es gelang, ihn wieder ins Leben zurückzurufen.

**Selbstmordversuch dreier Schüler.** In Straßburg bei Weißenburg erhängten sich drei Primarschüler im Alter von 6 und 7 Jahren nach der Rückkehr von der Schule mit Taschenführern an einem Baum. Weitere Schüler konnten die drei noch loslösen und mit Hilfe Erwachsener wieder ins Leben zurückzurufen. Durch vor Strafe scheint der Grund zur Tat zu sein.

**Tauben ohne Flügel.** Ein 16-jähriger Burgher in Weinheim brach Tauben die Flügel ab und ließ die armen Geschöpfe nach Abnahme der Ringe wieder fliegen. Der Burgher soll in die Fürsorge kommen.

**Schreckensjagde am Bärenhäusig.** Im Schönbrunner Tierpark ließ ein 52 Jahre alter Handelsangestellter über das Gitter des Bärenhäusig, um dem sonst zahmen Bären ein Stück Brot zu reichen. Der Bär biß aber nach dem Brot des Mannes. Da die Zuschauer das Tier beobachten konnten, hatte es ihm bereits drei Finger zerknabbert und die Schenkel der Beugemuskulatur zerstochen.

**Eigenartige Motive einer Brandstiftung.** In dem Methodisten-Hospital in Brooklyn brach am Sonntag unbekannter Ursache ein Brand aus, der mehrere hundert Punkte zerstörte. Infolge der starken Rauchentwicklung mußten viele aus dem Hauptgebäude getragen werden. Bei dem Rettungswerk tat sich ein Helden durch besondere Heldenmut hervor. Später teilte sich heraus, daß dieser Heldenmutter habt, später wurde klar, daß der verschwendet wegen Brandstiftung vorbereitet ist und auch das Feuer angelegt hat, um durch Beweise von Heldenmut die Bewunderung einer Soldatengruppe zu gewinnen, in die er verliebt war.

**Rad am Tag freigesprochen.** In Bob Homburg wurde das Wiederannahmeverfahren eines in Frankfurt a. M. wohnenden Direktors verhandelt. Es handelt sich um eine im Dezember 1908 abgeurteilte Diebstahlstrafe. Der Verurteilte, damals Bärmeister bei seinem Eltern, soll einem Raub in einem Senatortum ein silbernes Tafelbesteck entwendet haben. Die kommissarische Vernehmung eines in Amerika weilenden Geschäftsmannes wurde damals vom Gericht abgelehnt. Der Verurteilte war nun seit bald 20 Jahren auf seine Rehabilitierung bedacht und konnte in der jetzigen Verhandlung auf Grund der Einstellung die Freilösung erzielen.

**Giftmordprozeß in Koblenz.** Das weitere Verfahren der Verhandlung gegen die Stenotypistin Oberholz, die angeklagt ist, ihren Arbeitgeber, den Fabrikanten Bergbau durch Gift vergiftet zu haben, um in dem Besitz des ihr testamentarisch vermachten Lebens zu gelangen, widerlegt zunächst der Bruder der Vergifteten die Aussage des Angeklagten Blatz, er sei während der Nacht im Keller gewesen. Der Zeuge Heinrich Baum, der bei dem Eltern der Angeklagten im Hause wohnte, sagt aus, daß Blatz ihm bei Gelegenheit gesagt habe, Oberholz hätte ihm einmal einen Streich gespielt, wann wurde er ihm und einem vielen Freunden erzählt, daß sie die Beleidigungen ihrer Tochter zu Bergbau erzählt hätten, während Blatz erfahren habe. Bei der Vernehmung des Vaters der Angeklagten als Zeuge kommt es zu einem Zwischenfall, als er dem Staatsanwalt vorwirkt, daß er mit dem Hauptbelastungsszeugen Otto Bergbau, dem Bruder der Angeklagten, „gelaufen“ habe, und daß es deshalb von ihm als beweiswert betrachtet werde. Der Oberlandesgericht erläutert schließlich, daß kein Anlaß vorliege, in die Unparteilichkeit des Staatsanwalts Zweifel zu legen. Die Vertheidigung gibt dann im Einverständnis mit der Angeklagten und deren Vater zu, daß auch von ihrer Seite die Unparteilichkeit des Staatsanwalts nicht mehr bezweifelt werde. Darauf wird die Röchin vernommen, die seit 1911 bei Bergbau tätig war. Der Verurteilte sei ein ferngezogener Mensch gewesen. Es sei Bergbau einmal eine Säge und am 24. Januar sei ihm auch eine Torte zugeschoben worden. Der Bruder Bergbau ist ebenfalls bestrebt, daß Blatz habe ihm im Juli 1924 ein Testament gemacht habe, wodurch er die Angeklagte zur Alleinerbin eingesetzt. Als Rechtsanwalt habe er ihm über den Beifall des Allererbens aufgelistet, worauf jener ihm um Entzerrung eines anderen Testaments gebeten habe, durch das neben der Angeklagten auch verschiedene Neffen des Bergbau bedacht werden sollten. In den folgenden Tagen werden die Beugenvernehmungen noch fortgesetzt.

**Der Wurst in die Frankfurter Würstchen.** Die Wurstfabrikanten in Neu-Isenburg wenden sich gegen die Absicht der Frankfurter Würstchen, sich den Begriff der „Frankfurter Würstchen“ schützen zu lassen. Es wird darauf hingewiesen, daß die meisten Frankfurter Würstchen in Neu-Isenburg gemacht würden. Diese Fabrikation wurde seit fast 4 Jahrhunderten dort ausgeübt; sie habe somit einen Anspruch auf die Bezeichnung „Frankfurter Würstchen“ zwangsläufig erworben.

**Eine ganze römische Badevilla wieder freigelegt.** Aus Boos wird gemeldet: Bei Kanalisationsarbeiten wurden die gut erhaltenen Überreste einer großartigen römischen Badevilla freigelegt. Die weitläufige Anlage wird so blockiert werden, daß sie als Sehenswürdigkeit erhalten bleiben kann. Außer in Trier hat man bislang in Deutschland gleichartige Badeanlagen nicht gefunden.

**Ein Esel.** Ein Mann trieb zwei Esel zur Stadt. Ein junger Mann, der ihm begegnete, fragte: „Wohin ist dies?“ „Am vierten vorbei!“ antwortete der Esel.

## Der Bildungsausschuß zum Reichsschulgesetz.

Berlin. (Funkspur.) Der Bildungsausschuß des Reichstages, der heute um 11 Uhr zusammentrat, setzte die allgemeine Aussprache über das Reichsschulgesetz fort.

### Ministerrat über die Reparationspunkte.

Berlin. (Funkspur.) Ein Ministerrat beschäftigte sich, wie angekündigt, heute mit dem Gesamtkomplex der Reparationsfragen. Zunächst wurde die Stellungnahme zu dem letzten Memorandum des Reparationsagenten erörtert. Diese Antwort auf das Memorandum wird dem Reparationsagenten vorzugsweise in den nächsten Tagen zugehen. Ferner erörtert das Kabinett den Vorfall, die Densitheit des Reparationsagenten gemeinsam mit der deutschen Stellungnahme zu veröffentlichen. In politischen Kreisen wird angenommen, daß diese Veröffentlichung im Laufe der Woche erfolgt, sobald nämlich die deutsche Densitheit Herrn Pastor Gilbert übergeben worden ist.

### Ortslobnzuschläge für die Eisenbahnerarbeiter zunächst in Königsberg, Cottbus und Halle.

Berlin. (Funkspur.) Um gestrigen Montag sandten zwischen der Hauptverwaltung der Reichsbahn-Gesellschaft und den Eisenbahnergewerkschaften die ersten Verhandlungen über die Gewährung von Ortslobnzuschlägen für die Dienstorte Königsberg, Cottbus und Halle eine Regelung getroffen wurde. Für Königsberg und Cottbus, die bisher keine Ortslobnzuschläge hatten, wurde ein 5 prozentiger Zuschlag festgestellt, während der Auszug für Halle von 7 auf 12 % heraufgesetzt wurde. Die Verhandlungen für die übrigen Orte werden in der nächsten Woche fortgesetzt.

### Letzte Funkspur-Meldungen und Telegramme

vom 2. November 1927.

#### • Zug-Märkte und Eisenbahnbüro.

Berlin. (Funkspur.) In der vergangenen Nacht fand es Beamten des Eisenbahnbüroverwaltungsdienstes auf dem Anhalter Bahnhof, 2 Mitglieder einer Bande von internationalen Taschendieben, 2 Argentiner und auf dem Lehrter Güterbahnhof zwei berüchtigte Eisenbahnräuber zu verhaften.

#### Deutsches Opfer der Malalda-Katastrophe.

Berlin. (Funkspur.) Das D. A. meldet aus Pforzheim: Bei dem Untergang der Prinzessina Malalda hat der Pforzheimer Bürger Richard Kopus den Tod gefunden. Bei seiner Familie ist neuer ein Telegramm eingelaufen mit der Mitteilung „Unauflösbar“.

#### Die deutsch-rumänischen Verhandlungen.

Berlin. (Funkspur.) Nachdem der Reichsausßenminister in Genf mit rumänischen Staatsmännern Verhandlungen gepflogen hat über eine Wiederaufnahme von Verhandlungen zwischen Deutschland und Rumänien, wurden diese Besprechungen auf diplomatischem Wege fortgesetzt. Wie den Plöttern mitgeteilt wird, ist wohl damit zu rechnen, daß vielleicht in nächster Zeit ein Unterhändler nach Rumänien reisen wird, um dort die Verhandlungen fortzuführen.

#### Holzverschwendes Spiel mit dem Feuer.

Landeshut. (Funkspur.) Wie jetzt einwandfrei festgestellt wurde, ist der gestern bei der Firma Kintel A.-G. ausgebrochene Speicherbrand, bei dem 12 000 Rentner-Säcke vernichtet wurden, von 2 sieben Jahre alten Knaben verursacht worden. Die Knaben, Söhne des Fabrikwächters der geschädigten Firma, hatten in dem Speicher mit Bündzöllern geplündert.

#### Keine Hotelzwangsvorläufe in Borkum.

Borkum. (Funkspur.) Die Gemeinde- und Badeverwaltung teilt mit: Die Nachrichten von mehreren Zwangsvorläufen und Hotelzusammenbrüchen im Norderbad Borkum sind unwahr.

#### Selbstmord im Polizeigewahrsam.

K. Bad Salzelmen. In der Dienstag-Nacht erhängte sich in der Untersuchungszelle des Polizeiviertels der Landwirt Hake aus Rocklingen bei Braunschweig, der zusammen mit seinem Verwalter am Montag unter Verdachtsverdacht verhaftet worden war. Hake, der in Rocklingen eine eigene Landwirtschaft besaß, hatte in Großrode a. E. noch eine Wirtschaft gepachtet, deren mit Gefüre gefüllten Scheinen vor einigen Tagen verbrannten. Der Wert des verbrannten Betriebs betrug ca. 80 000 Mark. Im ganzen stand Hake bis 120 000 Mark Schulden nachgewiesen.

#### Direktor Jungbans gestorben.

Stuttgart. (Funkspur.) Der Direktor der Uhrenfabrik Gebrüder Jungbans A.-G. in Schramberg Dr. Jungbans ist auf einer Geschäftsreise in Mailand im Alter von 50 Jahren an einem Herzschlag gestorben.

#### Ein bessischer Regierungsbürger unter dem Verdacht des Landesvertrags.

Darmstadt. (Funkspur.) Regierungsrat Fuchs, Beamter im bessischen Ministerium des Innern, wurde unter dem Verdacht des Landesvertrags seines Amtes entbunden. Der Anschuldigung liegt die Tatfrage zu Grunde, daß man bei der Festnahme einer Frau in Mainz, die mit Franzosen in intimen Beziehungen stand, wichtige Akten fand, die nach der Aussage der Verhafteten von Regierungsrat Fuchs stammten. Fuchs hatte zuletzt im Ministerium des Innern das Rieserat für Polizeiweisen. Der Fall erregt in ganz Hessen größtes Aufsehen.

#### Die Gemeindewahlen in England.

London. (Funkspur.) Nach den heute mittags veröffentlichten Zahlen haben bei den Gemeindewahlen in England und Wales die Arbeitspartei einen Gewinn von 110, die Konservativen von 7, die Liberalen von 8 und die Unabhängigen von 15 Sitzen zu verzeichnen. Dagegen verloren die Arbeitspartei 11, die Konservativen 69, die Liberalen 31 und die Unabhängigen 27 Sitze. Die Arbeitspartei hat besonders in den industriellen Bezirken neue Sitze gewonnen.



### Sprechsaal.

(Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernehmen wir nur die preisgeehrtete, nicht die ideelle Verantwortung.)

### Zur Erwiderung auf das Eingefandene des christlichen Elternvereins.

Der christliche Elternverein will in seinem Eingefandene von mir veröffentlichten Zahlen und die daraus gezogenen Schlüssefolgerungen widerlegen. Er versucht dabei nach dem sehr einfachen aber sehr unglücklichen Rezepte: Die Ausführungen des Herrn G. gefallen mir nicht, also sind sie falsch.

Anfang an der Hand der amtlichen Zahlen Reichsbahnstatistik, Ergebnis der Elternratswahlen, des Reichsschulgesetzeswurfs und der sächsischen Schulgesetzegebung den Kern meiner Behauptungen zu entkräften, daß nach der Geschwörerung dieses Entwurfes in Stelle 10 bez. 18 Schulen aus bisher 5 werden können, klammert er sich an Nebensachen, wie z. B. die Verteilung der Kinder auf die verschiedenen möglichen Schularten. Ich beharrte nach wie vor, daß Verschiebungen in der Besitzergabe der einzelnen Schularten gar nichts an der Tatsache ändern, daß nach der Zusammenlegung der Fleißer-Befreiung und auf Grund dieses Gesetzesentwurfes aus den bisherigen 5 Volkschulen 10 bez. 18 werden können. Diese Tatsache widerlegt man nicht damit, daß man in unsachlicher, unchristlicher Kampfweise einfach behauptet, meine Zahlen seien — unzutreffend — „auf unsicheren Grundlagen aufgebaut“, „aus lehr durchsichtigen Gründen“ errechnet, „um die Dessenlichkeit zu schreddern“. An Stelle sachlicher Überlegung der mißlungene Versuch, den Gegner verächtlich zu machen!

Der Raum für soziale Auseinandersetzungen ist im Rahmen einer Zeitung natürlich sehr beschränkt, ich möchte aber dem christlichen Elternverein in einer öffentlichen Diskussion unter einem unparteiischen Vorsitzenden gern Gelegenheit geben, meine Zahlen und Behauptungen zu widerlegen. Nach den starken Worten seines pädagogischen Sachberaters wird es diesem ja sicher ein Leichtes sein, die aufgestellten Behauptungen mit Tatsachen zu belegen. Ich sehe also einer genauen Antwort entgegen, wann und wo das geschehen soll. Einen Fehler meiner Darlegungen möchte ich allerdings vor aller Dessenlichkeit richtig stellen, den hat der christliche Elternverein anscheinend übersehen: Ich habe nämlich meine Berechnungen ausschließlich zugunsten der weltlichen Schule und der Gemeinschaftsschule gemacht, um nicht in den Verdacht der einseitigen Stellungnahme zu geraten. In Wirklichkeit bin ich überzeugt, daß diese Schulen einen viel stärkeren Zulauf finden werden. Aber auch diese sehr wahrscheinlichen Verschiebungen werden nichts an den entstehenden 10 bez. 18 Schulen ändern, wenn der Entwurf, was ich bestimmt nicht annehme, Gesetz werden sollte. Der Hinweis des christlichen Elternvereins auf den geordneten Schulbetrieb, der geistlich noch nicht gefüllt sei, ist besonders bemerkenswert. Ich habe nach der geltenden Rechtslage die 2-klassige Volkschule als Mindestform angenommen. Der christliche Elternverein will diese Mindestförderung aber noch weiter herabsetzen. Aus einer Notiz im Niederrheinischen Tageblatt geht hervor, daß die christl. Elternvereine von Niederrhein, Westfalen auch die einklassige Volkschule als geordneten Schulbetrieb anstreben wünschen wollen. (Warum haben sie die gleiche Forderung nicht für die höhere Schule erhoben, in die die meisten ihrer Anhänger doch die eigenen Kinder schicken?) Ich bitte die Peier, das zu handhaben: Für die Volkschule soll nach diesen Forderungen, auf deren Verwirklichung man rechnet — sonst wäre ihre Erziehung sinnlos —, auch die Schulform geordneter Schulbetrieb sein, in welcher derselbe Lehrer in einer Klasse gleichzeitig 8 Jahrgänge unterrichtet von den WiGeschülern bis zu denen, die Eltern die Schule verlassen, in der, um nur ein Beispiel zu nennen, im Niederrhein etwa in der gleichen Stunde die einen von 1—10 jähren lernen, die anderen malvolumen im unbestreitbaren Schulraum, die dritten die Bruchrechnung und die vierten das Berechnen von Brünen. Wenn diese Forderung erfüllt wird, wird die Verspätung im Niederrhein Schulwesen natürlich noch größer.

Besonders hart aber der pädagogische Beirat des christlichen Elternvereins mit seinen Ausführungen über die Wirkung der räumlichen Entfernung auf die Bildung von Schulen daneben. Hier steht nämlich jedes Schulennetz im allerfeindlichsten Lichte. Vielleicht läßt er einmal im Schulgesetz nach, dort steht klar und deutlich, daß die Entfernung eines Drittes von der Schule den Regel nicht mehr als drei Kilometer betragen soll. Vielleicht rechnet sich der Verfasser einmal die Ausdehnung des Schulbezirks aus, der von Poppelsdorf bis Merzdorf und Ziegelsee, Oppisch reicht. Es bleiben also nach der Gesetzgebung dieses Entwurfes nur zwei Möglichkeiten: Entweder Bildung jeder möglichen Schulart in allen drei Stadtteilen oder Bau einer Zentralschule in der Bahnhofsgegend.

Bei dem Ausflug ins Politische, den der christl. Elternverein zur Frage der Bildung des zusammengefügten Schulbezirks Niederrhein unternimmt, entschließt dem Verfasser überzeugt ungern das Gefüllnis, daß er an seine eigenen Behauptungen nicht glaubt; denn mit einer eleganten Wendung versucht er die unangenehmen finanziellen Wirkungen des Reichsschulgesetzeswurfs plötzlich denen auszuweichen, die Einverleibungen von politischen Gemeinden und Schulgemeinden mit allen Mitteln betrieben hätten. Wenn der christliche Elternverein meint, es sei nicht seine Sache zu untersuchen, wer das gewesen sei, so müssen wir ihm völlig Recht geben, weil das natürlich jedes Kind weiß: die Einverleibung von Gröba th. auf einschlämigen Besluß des Niederrhein-Stadtverordnetenkollegiums erfolgt und die Einverleibung von Poppelsdorf und Mergendorf gegen den Willen des Schulbezirks auf Verordnung des Ministeriums. (Ich persönlich habe mich damals gegen diesen Zwang in einer öffentlichen Sitzung des Schulbezirkvorstandes gewandt!) Obendrauf beweist der Hinweis auf die Einverleibungen usw., daß erneut das Gegenteil von dem, was der christliche Elternverein beweisen will. Wenn nämlich die Zusammensetzung dieser Gemeinden zu einem Schulbezirk nicht erfolgt wäre, dann würde die Zahl der Schulen für die gleiche Zahl von Schülkindern noch größer; dann bestünde noch je eine Schule in Mergendorf und in Poppelsdorf, deren Verschmelzung in je zwei Schulen nach dem Rendellen-Kriterium mit Leichtigkeit erfolgen kann, dann hätten wir auf dem gleichen Platz, bei gleicher Kinderszahl nicht nur 5 Schulen, sondern 12 bez. 13 und im ungünstigsten Falle 14 bez. 17 Schulen!

Die Meinung des christlichen Elternvereins, daß der Schulweg der, die räumliche Entfernung auf die Bildung der Schulen keinen Einfluß hat, wird man sich merken müssen für den ziemlich höheren Fall, daß in Sachsen die Gemeinschaftsschule Regelschule bleibt. Der Schulbezirk wird schon jetzt gern davon Kenntnis nehmen, daß die konfessionelle Elternschaft keinen Anstoß nehmen wird, wenn ohne Rücksicht auf den Schulweg nur eine Bekennnisschule eingerichtet wird.

Der Bedeutung des christlichen Elternvereins, die sächsische Regierung habe eingesehen, daß ihr Standpunkt, die sächs. Volkschulen seien Gemeinschaftsschulen, unhaltbar ist, muß ich die bürgerliche sächsische Regierung gegen die Behauptungen ihrer eigenen Parteifreunde in Schuß nehmen. In welcher demagogischen Art auch gegen sie in diesem Punkte der Kampf geführt wird, geht daraus hervor, daß die Dinge im Eingefandene ausgedauert auf den Kopf gekreist werden. In der Erklärung der sächsischen Regierung in der Staatszeitung Nr. 239 vom 12. Oktober 1927, aus der das Eingefandene ein Stück zitiert, und zwar unvollständig und darum finneinfachend, steht wörtlich: „Es kann daher nicht bezweifelt werden, daß diese allgemeinen Volkschulen (Sachsen!) gemäß § 18 Abs. 1 des Entwurfs nach Bekennnis nicht getrennte Schulen mit Religionsunterricht sind und demnach als Gemeinschaftsschulen im Sinne des § 8 gelten müssen.“ Der wörtlich altierte Satz des Eingefandene die bestehenden allgemeinen Volkschulen in Übereinstimmung mit § 8 des Entwurfs zu bringen“ hat im übrigen einen entscheidenden Vorfall, dessen Bedeutung beweist, daß der Schreiber des Eingefandene den Artikel entweder nicht verstanden hat, oder daß er den Sinn der Regelungsberichtigung absichtlich einkalkuliert wollte. Ich nehme zu seinem Gunsten das letztere an. Der Satz lautet nämlich als ganzer Satz: „Aus § 18 Abs. 1 des Entwurfs (und nicht weil die sächsische Regierung die Unhaltbarkeit ihres Standpunktes eingesehen hat!) folgt, daß die bestehenden allgemeinen Volkschulen in Übereinstimmung mit § 8 des Entwurfs zu bringen sind.“ Der § 18 spricht aber ausdrücklich von allen drei Schularten (Bekennnis-, Gemeinschaftsschule und Religionsunterrichtsschule). Nach der Vogel des christlichen Elternvereins sind demnach die preußischen Volkschulen keine Bekennnisschulen, weil sie den Bestimmungen dieses Gesetzesentwurfs angepaßt werden müssen. Es füllt einem schwer, angeholt solcher Verdröhung wie fast sämtlichen Sachverhalten nicht schärfer Worte zu gebrauchen.

Der christliche Elternverein tritt bei dieser wie anderen Gelegenheiten als Anwalt der christlichen Eltern auf. Ich bestreite ihm dieses Recht nachdrücklich, denn er umfaßt nur die kirchlich orientierten Eltern, die adveniatisch nur einen geringen Teil der christlichen Eltern überhaupt ausmachen. Man kommt mir, bitte, nicht mit dem Hinweis auf die Ergebnisse der Elternratswahlen; denn er findet ja nach der eigenen Meinung des christlichen Elternvereins „unsichere Grundlagen“ und Folgerungen, die aus ihnen gezogen werden, haben keinen Anspruch auf Richtigkeit. Die große Mehrheit des deutschen Volkes, die mit dem deutschen und sächsischen Lehrerstande, der 92 Prozent aller sächsischen Volkschullehrer umfaßt, das Reichsschulgesetz ablehnt, wünscht die Gemeinschaftsschule mit getrenntem Unterricht in Religion, Leben und Kunst. Will der christliche Elternverein etwa behaupten, daß die über 150 Hochschullehrer, die nachfolgende Erklärung unterschrieben haben, alle Nichtchristen oder Gegner der christlichen Schulbildung? Das kann ja im Ernst selber nicht glauben. Diese Erklärung lautet:

„Angesichts der schweren Gefahren, welche aus dem vorliegenden Entwurf eines Reichsschulgesetzes dem Frieden und dem Gemeinschaftsbewußtsein der Nation zu erwachsen drohen, sehen sich die unterzeichneten deutschen Hochschullehrer und Professoren zu wenden:

Der Entwurf gibt das Hochstetrecht des Staates in Schulfragen bei aller ausdrücklichen formalen Anerkennung der Sache nach Preis und unterwirkt die Schule in ihrer Gemeinschaftskonfessionellen und weltanschaulichen Gesichtspunkten. Er trifft in aufdringlicher Weise auf die christliche Elternverein, dessen Wohlwollen die Gemeinschaftsschule mit getrenntem Unterricht in Religion, Leben und Kunst verhindert. Will der christliche Elternverein etwa behaupten, daß die über 150 Hochschullehrer, die nachfolgende Erklärung unterschrieben haben, alle Nichtchristen oder Gegner der christlichen Schulbildung seien? Das kann ja im Ernst selber nicht glauben. Diese Erklärung lautet:

„Angesichts der schweren Gefahren, welche aus dem vorliegenden Entwurf eines Reichsschulgesetzes dem Frieden und dem Gemeinschaftsbewußtsein der Nation zu erwachsen drohen, sehen sich die unterzeichneten deutschen Hochschullehrer und Professoren zu wenden:

Der Entwurf gibt das Hochstetrecht des Staates in Schulfragen bei aller ausdrücklichen formalen Anerkennung der Sache nach Preis und unterwirkt die Schule in ihrer Gemeinschaftskonfessionellen und weltanschaulichen Gesichtspunkten. Er trifft in aufdringlicher Weise auf die christliche Elternverein, dessen Wohlwollen die Gemeinschaftsschule mit getrenntem Unterricht in Religion, Leben und Kunst verhindert. Will der christliche Elternverein etwa behaupten, daß die über 150 Hochschullehrer, die nachfolgende Erklärung unterschrieben haben, alle Nichtchristen oder Gegner der christlichen Schulbildung seien? Das kann ja im Ernst selber nicht glauben. Diese Erklärung lautet:

Unter den 1500 (fünfhundert) Hochschullehrern, die diese Erklärung unterzeichnet haben, sind Gelehrte aller Parteien, die von der Kirche oder der Kirche angehören.

Der christliche oder besser wohl kirchliche Elternverein will sich in seinem Kampf um die konfessionellen Schulen nicht breiten lassen. Er nennt diesen Kampf einen Kampf um die christliche Schule. Wie wäre es dann, wenn auch dieser Kampf in kirchlichem Geiste geführt würde, ohne Durchführung der öffentlichen Meinung und nicht blauer verschlossener Türen unter Ausbluff der Öffentlichkeit? Wer meinen nämlich, daß an den christlichen Lehrern, die doch wohl nicht nur auswendig gelernt, sondern auch in die Praxis eingebettet werden sollen, das § 8 Gebot mit der Lutherischen Erklärung gehöre.

Gerhard Günther.

### Wasserstände der Moldau, Eger und Elbe.

Stadt	Moldau		Eger		Elbe					
	Na-	Mos-	Laun	Rim-	Brand-	Mel-	Wei-	Auf-	Dres-	
	ma-	dran		burg	eburg	ritz-	sig		Ries-	
1.	—	58	+ 14	— 2	— 2	— 30	— 56	— 9	— 156	— 104
2.	—	4	— 14	— 3	— 2	+ 32	+ 56	— 19	— 159	— 96

### Marktberichte.

Großenhainer Schweinemärkte

## Gemeindekammer.

**Dresden.** Die Gemeindekammer hat am 24. Okt. ihre 28. Sitzung abgeschlossen. Abgesehen von einer großen Anzahl von Fällen, in denen wieder Meinungsverschiedenheiten zwischen Gemeindevorordneten und Gemeinderat über die Höhe des Aufschlagssteuer auf Gewerbe- u. Grundsteuer entstanden werden mussten, sind insbesondere folgende Fälle zu erwähnen:

An dem freilich schon mehrfach eingenommenen Standpunkt, daß die Wirtschaftssteuer nicht als unbedingt anerkannt werden könne, wurde festgehalten.

Der früher vom Ministerium des Innern gehabten Entschluß wurde begetreten, nach der es, wenn ordnungsgemäß die Aufschlagssteuer auf Gewerbe- und Grundsteuer auf den gesetzlichen Höchsttag festgestellt sind, ausläßlich ist, in diesem Ortsgesetz die Heraussetzung des Steuersatzes einem Beschlusse der Gemeindevorordneten mit nachfolgender öffentlicher Bekanntmachung solche ordnungsgemäß Form vorzuhaben.

Wie schon früher wiederholt ausgeschlossen wurde, daß im Einkunftsverfahren zwischen Gemeindevorordneten und Körperschaftlichem Gemeinderat nach § 34 Abs. 3 der Gemeindeordnung die Aufrufung der Gemeindekammer dann nicht ausläßlich sei, wenn die gemeinhafte Sitzung beider Körperschaften nicht stattgefunden habe. Dies gilt auch für den Fall, daß im Einkunftsausbau ein Einigungsvorschlag nicht anstande gekommen ist.

Im ländlichen öffentlichen Recht ist die Wiedereinführung in den vorigen Stand nur in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen zugelassen. Ein solcher Fall liegt nicht vor, wenn die Beschwerdestift nach § 172 Abs. 3 der Gemeindeordnung verstreut ist.

Der Stadtrat einer Großstadt hatte, um einer Verringerung der Schlachtungen auf dem südlichen Schlachtfeld vorzubeugen, den Stadtverordneten eine Erhöhung der Schlachtfeldsteuer für eingeführtes frisches Fleisch vorgeschlagen. Die Stadtverordneten hatten die Zustimmung abgelehnt, weil sie sich von der Einführung des Fleisches eine allgemeine Preiserhöhung für Fleisch versprachen. Die Gemeindekammer ist dem Stadtrat des Stadtrates beigetreten, weil sie die bei Nichterhöhung der Gebühr zu erwartenden Nachteile in ihrer Gesamtheit, d. h. auf finanziellem und künstlerischem Gebiet und für den Arbeitsmarkt der in Betracht kommenden Berufskreise, für so schwerwiegend betrachtete, daß sie anstammengenommen einen schweren Nachteil für die Stadt im Sinne § 30 der Gemeindeordnung durchsetzen.

Nach § 46 Abs. 1 Satz 2 der Gemeindeordnung hat der Gemeindeverordnetenvorsteher eine Sitzung der Abteilung auszuberufen, wenn ein Vierter der Mitglieder es verlangt. Die Gemeindekammer hat es abgelehnt, die Ausnahmewilligung zu befürworten für ein Ortsrecht, in dem dieses Recht auf ein Viertel der Gemeindevorordneten ausgedehnt werden sollte.

Eine ordnungsgemäßliche Bestimmung, nach der im Falle des Ausscheidens eines Mitglieds eines gemischten Ausschusses die Partei des frischgewordenen Ausschüffs bestimmt, der der Ausscheidende angehört, dat ist ungültig.

Eine ordnungsgemäßliche Bestimmung, nach der ein Ausschüßmitglied, das seine Fraktion wechselt, trotz des Ortsgerichtes seiner Mitgliedschaft verlustig geht, ist ungültig.

Die Bestimmung in § 80 Satz 2 der Gemeindeverordnung steht einer ordnungsgemäßlichen Vorschrift nicht im Wege, nach der auch der erste Stellvertreter des Bürgermeisters aus dem Wahlkreis der Gemeindevorordneten gewählt ist.

Dadurch, daß einem Steuerordnungsamt rückwirkende Kraft beigelegt wird, wird an dem allgemeinen Grundsatze nichts geändert, daß das Ortsrecht solche Steuervölle, die bei seiner Veröffentlichung schon rechtsträgig veranlaßt waren, nicht mehr ergreifen kann.

Die Gemeindevorordneten einer Landgemeinde hatten einstimmig die Aufhebung der unentiglichen Totenbestattung beschlossen. Die Schlußbehörde hatte die Gemeindemaßnahme dazu verlaut. Die Gemeindekammer hat entschieden, daß ein Grund zur Verkündung nicht vorhande sei, weil der Beschluss weder gesetzwidrig sei noch eine schuldhafte Vernachlässigung einer Gemeindeaufgabe darstelle.

Mitglieder eines Gemeindevorordnetenkollegiums, die bei der Abstimmung über ein Ortsrecht in der Minderheit geblieben sind, können eine ihren Widerstand zurückweisende Entscheidung der Beschlussbehörde nicht durch Beschwerde bei der Gemeindekammer anfechten, da sie nicht als "beteiligt" im Sinne von § 7 Abs. 5 Satz 2 der Gemeindeordnung angesehen werden können. Eine anders geartete Stellungnahme würde schon deswegen nicht möglich sein, weil es mit dem Grundgedanken der parlamentarischen Abstimmung nicht vereinbar ist, daß die in der Minderheit gebliebenen Mitglieder einer Körperschaft den Mehrheitsbesluß durch Anfechtung vor einer überordneten Stelle wieder zur Aufhebung bringen könnten.

## Sitzertagung der christlichen Elternvereine.

Von Ursdorf und Radeberg bis hin nach Pirna, vom Elbgange und von jenseits der Elbe hatten sich in Sachsen die Führer der christlichen Elternbewegung zu einer arbeitsreichen Nachmittagssitzung zusammengefunden, um zum Reichsschulgesetz und zur Lage in Sachsen Stellung zu nehmen.

Der Verbandsvorsitzende, Oberlandesgerichtsrat Dr. Herling berichtete über den Stand des Reichsschulgesetzes. Der Verbandsgeschäftsführer Neumann erhielt Bericht über die Lage im Bezirk. Diese Entrüstung löste die Mitteilung aus, daß der Bericht gemacht worden sei, Sachsen als sogenanntes Simultanland zu behandeln, d. h. das schwere Urrecht des Übergangsschulgesetzes von 1919, welches uns die evangelische Schule nahm, noch auf lange Zeit zu verwirken.

## Gegenseitige

## Geschäfte

wurden angenommen:

1. Die Förderung der christlichen Elternvereine des Schulausbildungsbüros Dresden III begrüßt das Streben des Volksbildungministeriums, durch einen Landeslehrplan die Einheitlichkeit des ländlichen Volksschulwesens zu fördern und seine Leistungsfähigkeit zu heben. Sie hält es aber für geboten, daß unbedacht der Fortführung der Vorarbeiten — mit der Einführung des Landeslehrplans gewarnt wird, bis das Reichsschulgesetz erlassen ist. Der christlichen Bekennnischule wird der jetzt vorliegende Entwurf nicht gerecht. Im Gefangenunterricht der Bekennnischule muß auch die Pflege des Choralgottes und des christlichen Volksliedes eine entsprechende Stütze finden. Der Beitrug für den Religionsunterricht bedarf der Zusammenwirkung von Volksbildungministerium und Religionsgesellschaft. Die Bestimmungen des Entwurfs über den evangelischen Religionsunterricht sind ungünstig. Bibel, Katechismus und Gesangbuch gehören auch in die deutsche evangelische Schule, nicht nur in die wendische oder gehennische Sprache und in die katholische Volksschule! Die Zahl von 2 oder im 9. und 10. Schuljahr gar nur einer Religionsstunde wöchentlich ist unzureichend. Die christliche Elternschaft ist zur Mitarbeit bereit.

2. Die Förderung der christlichen Elternvereine des Schulausbildungsbüros Dresden III dankt dem Volkskirchlichen Dienstbund für seinen Bannruf gegen den Berlisch. Sachsen als Simultanland zu behandeln. Sachsen evangelische Schulen sind vernichtet. Seit länger als 8 Jahren hat die evangelische Elternschaft Sachsen nicht mehr die Möglichkeit, ihre Kinder in Schulen ihres evangelischen Glaubens zu schicken. Wenn Sachsen als Simultanland behandelt würde, so bedeutet dies, daß in Sachsen das Reichsschulgesetz erst 5 Jahre nach seiner Verkündigung in Kraft treten wird und daß dem Landestrecht noch auf weitere 5 Jahre die Auslösung von Aufnahmen zugunsten der Gemeindeschule überlassen bleiben würde. Da nach § 19 des Gesetzes mit der Durchführung des Reiches zweitens zwei Jahre nach seiner Verkündigung begonnen werden muss, würde somit die Wiedererrichtung evangelischer Schulen in Sachsen frühestens von Oster 1940 an möglich werden, bis Oster 1940 aber noch erschwert werden können. Die evangelische Schulnot, welche seit 1918/19 besteht, soll also länger als 20 Jahre auf dem evangelischen Sachsen lasten! Die Förderung versteht es nicht, wie überhaupt auch nur der bloße Gedanke aufkommen könnte, Sachsen, welches bis 1918 nur kirchliche Schulen evangelische oder katholische hatte, die Wiedererrichtung evangelischer Schulen in solcher Weise zu erzwingen!

Die Aussprache ergab, daß auch in dem hier fraglichen

**Beim Gastwirt  
Beim Kaufmann**

verlangt man  
ausdrücklich

**Radeberger Pilsner**

das erstklassige,  
überall bevorzugte  
Spezialbier.

## Erfämpftes Glück.

Roman von A. Below.

14. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Er nahm das Brachtfäß und erwiderte den sagenhaften Trinkspruch einer alten Überlieferung mit einem herzlichen: „Ihr Heil Ottoline!“ Er trank in tiefen Zügen und gab alsdann den Falken weiter an Leila, deren Gluthaß auch nicht einen Moment von seinem Gesichte wich; als zuletzt auch Philipp getrunken hatte, war der Falke leer, und der Juwelenfalk wanderte wieder in seine weichgefütterte Ledershülle. Noch kurze Zeit verweilte Ludwig Günther in der Halle, um Ottoline das Abenteuer mit Lars Hansen zu erzählen. Die Stirn der schönen Frau furchte sich bereits bei der bloßen Nennung des Namens. „Dieser giftige, abschreckende Molch,“ grüßte sie dann, „überall treffe ich ihn auf meinen Wegen; in das Vertrauen meines Gatten hat er sich eingeniht und das Gemüt des sonst so Edelfinnigen ganz umstritten, mein Wort gilt weniger bei Wilhelm Gustav Friedrich als seine verderblichen Einschlüpfungen. Oh, daß doch ein guter Gott dieses schädliche Gemürm von der Erde vertilgen wollte! Was er mir sonst noch angetan, ich mag es fast nicht sagen, selbst Ihnen nicht, Günther. Die Tochter eines Landmanns aus Bodhorn, Sara Gerdes — nein,“ unterbrach sie sich selbst, es will mir nicht über die Lippen, und es ist vielleicht gut so. Aber wenn ich damals gefehlt habe, als ich mehr als verwandtschaftliche Gefüße für Sie in meiner Brust nähte, ich muß es jetzt bühnenfaß — doch genug hier von und von mir überhaupt! Sie müssen fort, Bette; Leila wird Ihnen den sichersten Weg zeigen, allen etwaigen Nachstellungen meines Gatten zu entgehen; vertrauen Sie sich getrost ihrer Führung an.“

„Run, so dankt ich Ihnen noch einmal von ganzem Herzen für alles, was Sie für mich getan haben, Ottoline. Wie sagen Sie mir, wird Ihr Gemahl nicht Verdacht schöpfen? Auch bin ich nicht sicher, daß der bänische Molch vorhin nicht Ihre Stimme gehört hat und morgen dem Grafen Wilhelm verrät, daß seine eigene Gemahlin die so sorgsam verwahrten Gefangenen bestreit hat. Was dann?“

Die Reichsgräfin richtete sich hoch emporn und schlüpfte mit einer entschiedenen Bewegung die goldene Haut ihres Haars in den Nacken: „Graf Wilhelm soll sich nicht über Mangel an Offenheit von meiner Seite zu beschlagen haben; ja, freiwillig werde ich ihm mitteilen, was geschehen ist.“

Ludwig Günther blieb voller Bewunderung auf die schöne, rothaarige Frau: „Aber Ihr Gemahl wird außer sich geraten, wird Sie jagen — ich sehe ja seinen leicht aufzumittenden Döhern — Sie kränken und beleidigen, und dies um meinest Willen. Der Gedanke bereitet mir Pein, Ottoline!“

„Bemerkungen Sie sich deswegen doch nicht, Cousin,“ entgegnete die Gräfin, „der Alte, der durch unsere Ehe geht, ist bereits unheilbar, am Ende wäre es ein Segen, eine Erlöschung für mich aus unerbittlicher Lage, wenn der völlige Bruch erfolgte. Und eines Tages, seien Sie davon überzeugt, mein Freund, wird Reichsgraf Wilhelm von Barel es mir danken, daß ich ihn vor einer so unedlen und unverbündigen Handlungswise Ihnen gegenüber bewahrt habe.“

Bevor der junge Graf seiner Verwandten hierauf etwas entweder konnte, trat Leila, die sich bisher beschleunigt im Hintergrunde gehalten und kein Wort gedurftet hatte, hervor und wahlte aus das Dringeblute zum Aufbruch. Die für denselben festgesetzte Stunde sei längst verstrichen, schon müsse es im Osten zu dämmern beginnen. Es sei die allerhöchste Zeit. Ein inniger Ruf brüllte Ludwig Günther auf die weiße, schlanke Hand Ottolines, die sich ihm zitternd entgegenstreckte,

dann folgte er mit Philipp dem Bigeunermaiden ins Freie, während die Gräfin ihren Gemächern aufschritt.

Trauben standen die Reitpferde angebunden, leicht schwang sich Leila nach Männerart in den Sattel, indem sie Herrn und Diener aufforderte, ihrem Beispiel zu folgen. Als bald ging es auf und davon, zuerst langsam und möglichst geräuschlos, später in flottem Trabe. Die Tiere erwiesen sich als vorzülfliche und ausdauernde Rennner; sie stammten übrigens aus dem gräflichen Stalle zu Barel, wie Leila auf Befragen fund gab. Sie selber habe sie auf Geheiß der Reichsgräfin heimlich herausgeholt und für die Flucht bereit gestellt.

„Über wo eilen wir hin, Leila?“ fragte Ludwig Günther bei einer Biegung des Weges, „irre ich nicht, so sind wir bisher stets in nördlicher Richtung geritten. Du weißt doch, daß ich nach Amsterdam will.“

„Aber nicht von hier aus, Graf Günther,“ entgegnete die Bigeunerin, „ritten wir der holländischen Grenze zu, verdoppelte sich die Gefahr für Dich.“

Ludwig Günther schlüttelte ein wenig unwillig den Kopf, doch ehe er antworten konnte, fuhr Leila fort:

„Zweifle nicht, o Herr, daß der Reichsgraf alles aufzubieten wird, Deiner wieder habhaft zu werden. Lars Hansen weiß ihn zu lenken wie ein Füllen an der Seine, ohne daß der stolze Herr es merkt, und daß der verschlagene Däne voller Wut und Galle gegen Dich ist, brauche ich Dir nicht erst zu sagen. Noch mehr wird es dem Herrn von Barel und Kniphausen austringen, daß seine eigene Gemahlin auf einmal für Dich Partei nimmt, nachdem sie Jahre lang den Zorn und Groll ihres Gatten gegen Dich geführt und bei jeder Gelegenheit Del in das Feuer gegossen hat. Sei gewiß, Herr, sobald Deine Flucht in Barel bemerkt wird, sendet Graf Wilhelm auf seinen schnellsten Pferden Dir an Verfolgern nach, was er auszubüten vermag, ja seit Dir vielleicht sogar in Person nach. Unterschäfe die Gefahr nicht, Herr!“

Ludwig Günther mußte der jungen Bigeunerin in allen Punkten Recht geben und wunderte sich nur im stillen, wieslug sie die Verhältnisse durchschaut und die Lage beurteilt.

„Du haft Recht, Leila,“ erwiderte er. „Werwohin sollen wir fliehen, wenn der Weg nach Holland uns verlegt ist?“

„Kenne Du die kleine Insel Wangerooge, Graf Günther, an der Küste des Jeverlandes? Dorthin will ich Dich bringen. Dort bist Du sicher. Das Inselvolk von Schiffen und Fischern würde sich wie ein Mann zu Deinem Schutz erheben, falls der Geibster von Schloß Barel es wagen sollte, Dich bis dahin zu verfolgen.“

Ludwig Günther kannte das kleine Eiland recht gut, welches wie alle friesischen Inseln im Laufe der Jahrhunderte immer mehr vom Meer aufgezehrt worden war, sodoch es vielleicht jetzt nur noch des einstigen Umlanges ein Drittel besäß.

„Meinst Du aber auch,“ fragte er Leila, „daß von Wangerooge Gelegenheit sein wird, nach Amsterdam zu gelangen? Mich versehnen die Schäze, welche ich mit mir führe, in Unruhe und Besorgnis, und ich werde nicht eher erleichtert aufzutreten, als bis ich den Juwelenfall und diese Kassette mit den Edelsteinen im feuer- und diebstächerlichen Gewölbe des Baushaußes von der Balck geborgen weiß.“

„Darum brauchst Du Dich wirklich nicht zu sorgen, Herr,“ erwiderte die Bigeunerin. „Mit jenem Wahrschau an Deinem Hut wirst Du auf Wangerooge empfangen werden, halb wie ein alter, weiser Freund, halb wie ein König. Nur eines Winkes bedarf es, und jeder der Fischer wird sich beeilen, Dir sein Fahrzeug zur Meerfahrt nach Holland anzubieten. Du kannst Dir das beste Fahrzeug, den stützigsten Fischer aussuchen, um sicher nach Amsterdam zu gelangen.“

„Run, so erklärt mir noch eins, Mädchen,“ bat der Graf alsbald, „wie kommen mein Bette und seine Gemahlin nebst

dem ganzen Dienertross auf einmal von Hamburg nach dem stillen Schloß zu Barel? Als ich vor mehreren Wochen von dem waderen Verdi Abtschied nahm, versicherte er mir, die Herrschaften blieben noch längere Zeit in Hamburg und würden auf alle Fälle vor Monaten nicht nach Barel oder Anspach zurückkehren. Daher war ich so sicher und begab mich täppisch in die Falle, welche der tollpäfige Däne mir gestellt hatte. Erzählte auch Leila, wie Du auf einmal wieder nach Barel kommst und wo Du die ganze lange Zeit über gestellt hast, die seit dem Abend, wo der braune Hanse jenen Ueberfall ausgeführt, verstrichen ist.“

„Förchte nicht nach mir, Graf Günther. Was kann Dir an dem Schicksal der armen Leila liegen, daß der Sturmwind wie eine geöffnete Blume auf Deinen Lebensweg geweht hat? Warum der Reichsgraf so plötzlich von Hamburg nach Barel kam, solltest Du besser wissen als ich. Alles Land, so heißt es, bis zur Wehr oder noch weiter soll holländisch werden, und Graf Wilhelm ist schnell nach seinen Schlössern geilzt, um von seinem Eigentum noch allerlei zu retten, bevor man ihm Land und Leute nimmt. So erklärte es mir die gute Herrin Ottoline.“

„Wie die Mediatisierung schwebt also wirklich wie ein Damolleschwert ob meines Peiters Haupt!“ rief Ludwig Günther ganz bestürzt. So tief auch die Angst war, welche ihn von Wilhelm Gustav Friedrich trennte, in diesem Augenblick fühlte er sich ganz als Sohn des alten Reichsgrafen, dem er entsprochen, und als Schmerzte ihn tief, daß seinem Hause die Sonnenräte verloren gehen sollten. „Ja, ja,“ fuhr er dann mehr zu sich selbst als zu der Bigeunerin sprechend fort, „die Ereignisse der letzten Zeit drängten auf diese Wendung der Dinge hin, und nach dem kleinen, weltabgesiedelten Heidedorf, wo ich mit meinem Philipp gesund pflegte und lange Wochen verbrachte, drang natürlich keine Runde von den Vorgängen auf der großen Bühne der Weltgeschichte. Gut, daß Du das nicht mehr erlebt hast, alte stolze Großmutter! Es würde Dir das Herz gebrochen haben.“

Er verzog in schmerzliches Grünen, daß weder Leila noch Philipp zu föhlen wagte. Indes ging es ununterbrochen in dem gleichen schlanken Trabe vorwärts. Die Bigeunerin war der Gegend offenbar in seltener Weise fundig. Mitunter lenkte sie vom Wege ab, wenn dieser anstieg, beschwichtig zu werden, und sprangte querfeldein auf ebenem, festem Terrain. Auf diese Weise kamen die drei verhältnismäßig rasch vorwärts, trotzdem wandte Leila des öfteren den Kopf zurück und spähte nach etwaigen Verfolgern aus; einmal hielt sie sogar an, lehnte sich aus dem Sattel gleiten und legte das Ohr auf die Erde, um zu hören. Befriedigt sprang sie dann auf, und fortan ging es, sehr zur Zufriedenheit Phillips, der Parforcehunden nichts weniger als zugetan war, in langsamem Tempo vorwärts. Dabei mußten die beiden anderen aber immer wieder den Ortssinn der Bigeunerin bewundern. Während sie von der Landstraße abbiegten, bald jede Richtung verloren hatten, wußte Leila jeden Augenblick genau, wo sie sich befanden, und lenkte mit unfehlbarer Sicherheit im gegebenen Moment auf den Weg zurück. Der Morgen dämmerte, als sie die Küste erreichten. Es war eine einfame Stelle, nicht allzu fern der heutigen Dampferstation Karolinenhof; keine Niederlassung war zu erblicken; nirgends wirkte der Rauch aus den Schornsteinen menschlicher Wohnstätten; den ganzen Strand entlang braute der Nebel, und nur leise raunte und flüsterte es in dem Wiesenwald am Ufer wie von Geistern, die bald aufwänderten, bald warnend Ludwig Günther in das Ohr flüsterten. Jetzt konnten sie in dem jungenigen Terrain nicht weiter; Leila sprang vom Pferde und die beiden anderen folgten ihrem Beispiel. Dann legte die Bigeunerin die Hände an den Mund und ließ ein lautes Hallob erklingen.

Gebiet die Christ. Elternbewegung im rüttigen Aufsteigen verlassen ist. Die Tagung war ein Beweis dafür, wie die christliche Elternbewegung auch innerlich immer fester zusammenwächst.

## Erläuterungen

Verfolgt man die Ausflüsse herziger und unverdrossener Kenner des wirtschaftlichen Lebens, so findet man immer wieder auf Anhieb, die von Anhieben auf anderer Seite als unrichtig hingestellt werden. Teils spricht man sehr öffentlich von einer Besserung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland, teils versichert man wiederum, daß unsere Verschuldung an das Ausland Vormen angenommen habe, die äußerst bedenklich anzusehen sind. Feststehende Zahlen aus unserer Einführung und Ausfuhrbilanzen sind allein die zuverlässigen Pole, an die man sich halten kann. Vergleichen wir diese Zahlen und schließen die notwendigen Folgerungen aus ihrer Gegenüberstellung, so kommt man in der selbstverständlichen Überzeugung, daß die Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland an einer Förderung der Ausfuhr und an einer Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugungen schließlich auch an einer großen Sparfunktion in den öffentlichen Ausgaben, sowie an einer Verkürzung der Auslandsanleihen gebunden ist. Eine nicht abweichende Tatsache ist es, daß wie in den letzten neun Monaten dieses Jahres für angeführte 3 Milliarden Goldmark mehr Waren eingeführt als ausgeführt haben. Da nennenswerte Einkünfte aus dem Auslande nicht zu verzeichnen sind, so deutet dies, daß wir für die Bezahlung dieser enormen Einführung große Schulden gemacht haben. Wir haben zu beachten, daß die Einführung nach Deutschland allein an Getreide, an Obst, Kartoffeln, Fleisch, Bier, Butter und Milch einen Gesamtwert in den letzten neun Monaten von rund 1,8 Milliarden Goldmark beträgt. Würde man die deutsche Landwirtschaft in die Lage versetzen, diese Werte, die wir jetzt vom Ausland beziehen müssen, selbst hervorzubringen, würde dies nicht nur eine Erparnis an Schulden von 1,8 Milliarden Mark betragen, sondern auch ein Anwachsen des tatsächlichen deutschen Volkswertes um 1,8 Milliarden Mark. Wie haben also für eine Mehreinführung in den letzten neun Monaten rund 3,5 Milliarden Mark Schulden machen müssen. Man beachte, daß der Gesamtwert unserer privaten und öffentlichen Unleib-Verschuldung an das Ausland die Summe von 5,8 Milliarden Goldmark erreicht.

Rechnet man hierzu noch die Summe der kriegszeitigen Auslandsfonds, so kommt man zu einer Gesamtsumme Deutschlands an das Ausland von rund 10 Milliarden Goldmark. Setzt man für diese Riesenschuld den aktuellen Aktienkurs von 7 %, so kommt man zu der Summe von allein 700 Millionen Goldmark als jährliche deutsche Ratenleistungen an das Ausland. Diese Zahlen sprechen für sich. Sie beweisen mit hinreichender Sicherheit, wo heute der Fehler in unserem wirtschaftlichen Geschäftsaufgaben liegt. Sie zu befreien, heißt, zu der Erkenntnis kommen, daß es so nicht weiter geht.

## Reichstagung der Volksrecht-Partei in Stuttgart.

Die Volksrecht-Partei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung) verband Sachsen, Leipzig) schreibt uns:

Von der Reichstagung der Volksrecht-Partei in Stuttgart im Gustav-Siegle-Haus am vergangenen Sonnabend und Sonntag dürften besonders die erzielten Referate weiteste Kreise interessieren. Dabei sei ein kurzer Überblick über die Tagung gegeben. Als Vorsitz der Partei bezeichnete Prof. Bauer-Ragols die Forderung: Innere Friedensmachung und äußere Wiederherstellung des Reichs, das zum Unglück und Verderben Deutschlands schwer verlegt worden sei. Redner wies auf die Bevölkerungsverlagerung hin und betonte, daß der Mehrzahl der Beamten weit besser mit einer Wiederherstellung ihrer alten Vermögens und einer Verstärkung der Kaufkraft des Reichs gedenkt wäre, als mit einer Erhöhung des Nominalgehalts, die durch die damit verknüpfte Steuerung absorbiert würde. Nachdem Prof. Bauer noch die Forderungen der Geschädigten zum Kriegsschadensgefecht behandelt hatte, referierte Ministerialrat Spindler-Stuttgart in eingehender Weise und mit grohem statistischen Material über den Dawesplan und seine Lasten. Er schilderte den ganzen Entwicklungsgang, der zum Dawesplan führte und gab Hinweise für die Frage der Verantwortlichkeit. Eine Entschließung der Reichstagung hierzu fehlt; Die Voraussetzung der dem deutschen Volke durch das Londoner Abkommen ausgebildeten unerträglichen Lasten bildet die von der deutschen Regierung ausgesetzte Erklärung, daß durch die Inflation Deutschland von inneren Schulden frei geworden sei. Diese Voraussetzung ist falsch. Die Volksrecht-Partei fordert daher, daß die deutsche Regierung

in alter Form diese Erklärung richtig stellt und auf eine grundlegende Wiederherstellung des Londoner Abkommens drängt. Die Reichstagung fordert die Prüfung der Verantwortlichkeit hinsichtlich der Unterstellung rechtseitiger Währungskontrolle, hinsichtlich des Industriebelebungsbundes vom 7. Juli 1928 sowie hinsichtlich der Erklärung der inneren Entschuldung beim Londoner Abkommen.

Der lädtliche Politologe Dr. v. Harnett sprach über das Problem der Haushaltsteuer, worüber im nächsten Monat der Reichstag verhandeln soll. Die völlige Befreiung der Steuer erscheine wohl als die beste Lösung, wobei natürlich die hierdurch bedachte Entlastung des Haushaltshauses nicht diesem allein aufladen dürfe, sondern allen Berechtigten, besonders den alten Hypothekengläubigern und Inflationsveräußern. Einen Gesetzentwurf zum allmäßlichen Abbau der Haushaltsteuer brachte der Redner ausführlich.

Der Vorsitzende des Rentnerbundes Hessen-Nassau, Herr von Colomb-Kassel nahm dann das Wort zu ungemein fehlenden Ausführungen über das Rentnerleben, die er mit reichem Zahlenmaterial belegen konnte, und über die Wege, welche zu dessen Wiederherstellung und Abänderung geeignet erscheinen. Die Rentner wollen keine Almosenempänger sein, sondern haben einen Rechtsanspruch als Kriegsbeschädigte und Inflationsleidende. Die Regierung bewege sich häufig im Kreis; Reichsarbeitsminister Dr. Brauns habe dem Redner einmal erklärt, für eine im Absterben begriffene Schicht könne man keine Extrageschäfte schaffen; und als Redner darauf hinwies, daß diese Schicht angestossen der bisherigen Entwicklung wohl auch in Zukunft nicht ganz aussterben werde, habe Dr. Brauns erklärt, dann könne man erst recht kein Gesetz machen, weil eine bestätigte allgemeine Verförderung den Kommunismus bedenken würde. Als ob die durch die Inflation herbeigeführten Verhältnisse nicht schon eine recht wesentliche Stütze auf diesem Wege bildeten. Nebenwegen wies der Redner die Notwendigkeit eines Rentnerverlängerungsgefechtes nach. Herr Oberregierungsrat Kraut, Vorsitzender des Landesverbandes der Württembergischen Rentnervereine, legte in fehlender Weise das Rentenproblem und die Notwendigkeit der Fortdauer des Rentenproblems dar. Herr Dipl.-Ing. Steinheil-Heidenheim sprach über Arbeitnehmerfragen, in recht erstaunlicher Weise auch über die Zusammenhänge des Volkslebens und der Lebenshaltungskosten. Den Abschluß der Reichstagung brachte eine öffentliche Kundgebung im großen Siegle-Saal, die überfüllt war. Stuttgart soll selten eine so wuchtige Kundgebung erlebt haben. Kein Wunder, denn die Vortragenden waren Graf Solodowitsch und Senatorpräsident am Reichsgericht Dr. Lobe, die mit ihren Ausführungen reichsten Beifall ernteten.

# Kombella

gegen rauhe, rote, spröde Haut  
und das lästige Auftreten der Hunde beizulegen zu verwenden, ist ein  
Gebot der Klugheit. Die seit 20 Jahren erprobte Heilkraft bringt die  
vollendete, unerreichte Wirkung. Kombella ist die beste, daher für Sie  
die einzige Hautcreme

Tube 25, 60, 100 Pfg., dazu Kombella-Seife 60 Pfg.



Ueberall  
erhältlich

das weithin über die bleigrau dämmige Flut holt. Die Antwort ließ keinen Augenblick auf sich warten; taftmäßige Stabschläge erschallten und aus dem Morgennebel tauchte ein Boot auf, in welchem drei Schiffer saßen. Naß genug war dasselbe heran und einer der Männer sprang ans Ufer. In devote Haltung näherte er sich dem Junter, fuhr aber, dicht vor ihm stehend, zurück und richtete sich im Augenblick straff empor. Das war einer jener stolzen Freiennachten, die sich von jeher vor seiner Autorität zu beugen vermöht hatten und lieber brachen, als sich bogen. "Den Meister dachten wir hier zu finden," grollte er, "feinetwegen sind wir hier, nicht jedes beliebigen Fremden willkommen. Ihr habt uns hintergangen!"

Bevor der Graf auf diese sonderbare Ansrede etwas entwidern konnte, sprang Leila hervor, riß ihm den Hut vom Haupt und rief, ohne ein Wort zu sprechen, die silberne Agraße dem ausgebrachten Schiffseigentümer dicht unter die Nase. Im Augenblick wandelte sich das trohige Wesen und Benehmen desselben um in die tiefste Ehrerbietung und Devotion.

Ludwig Günther sah die Wirkung, welche das unscheinbare Schmuckstück an seinem Hute auf den Mann ausübte, und schüttelte den Kopf. "Wann endlich," rief er aus, "werde ich die Bedeutung dieser sonderbaren Agraße erfassen, und wann wird überhaupt all das Dunkle und Geheimnisvolle aus meinem Leben verschwinden, daß mich gequält hat, seitdem ich zum Bewußtsein meiner selbst gelangte, und mich peinigt bis auf den heutigen Tag."

"Der Meister wird Dir sicher eines Tages das Rätsel lösen, o Herr," bemerkte Leila, "mir dienen ihm alle und gehorchen seinen Befehlen, ohne daß ein einziger seine Pläne kennt und in seine Absichten eingeweiht ist."

Kennt Ihr denn wenigstens den Meister, weiß Ihr seinen Namen, seine Herkunft?"

Niemand weiß seinen Namen oder kennt den Ort, wo er wohnt," antwortete die junge Bigeunerin ernst, "aber er ist groß und gewaltig, und sein Arm reicht weit, er sendet seine Boten und wir folgen diesen; er spukt uns seine Besiele zu und wir führen dieselben aus, ohne zu fragen, zu grübeln und zu zweifeln, und so muß es sein, soll das große Werk gelingen."

"Welches große Werk, Leila?" fragte Graf Ludwig Günther interessiert.

Prüfend blickte das Bigeunerndädchen einem Augenblick in die edle Füße ihres Begleiters, ehe sie antwortete: "Ich weiß es ja nicht genau, aber die Großenratten hat mir erzählt, daß es einmal auf der Erde eine Zeit gegeben hat, wo alle Menschen wie Brüder und Schwestern zusammenlebten, wo es kein oben und kein unten, kein reich und kein arm, nicht vornehm noch gering gab; und diese Zeit muß einmal wiederkehren; dafür, so glaube ich, arbeitet der Meister und wir alle, die wir ihm dienen. Wenn diese neue, glückliche Zeit ankommt, dann wird man auch die arme Bigeunerin nicht mehr mißachten und die braune Leila wird sich neben dem stolzen Junter von Barel stellen dürfen, ohne daß er sie wegschickt." "Das tut er auch jetzt nicht, Mädchen," rief Ludwig Günther, indem er die kleine braune Hand ergriff und die zarte Gestalt an sich zog. "Verdanke ich Dir doch unendlich viel. Du gute, aufrichtige Leila, und ich möchte wohl einmal Gelegenheit finden, Dir meinen Dank und zu tun."

Kurze Zeit ruhte die junge Bigeunerndädchen einen Augenblick an der Schulter des Mannes, dem ihr Herz heimlich in leidenschaftlicher Liebe entgegenschlug, dann raffte sie sich entschlossen auf und sagte: "Hier nehme ich Abschied von Dir, Herr. Diese Männer bringen Dich sicher nach der Insel hinüber und dort befreist Du meiner wahrscheinlich nicht mehr. Klopfst an, wo Du willst, man wird die Tür breit vor Dir öffnen und sich vor Dir beugen, als trügest Du unsichtbar eine Fürstenkrone auf Deinem Cappe."

"Und dies alles dieser Silberflocke wegen, für welche mir ein Trödelhude kaum ein paar Groschen geben würde!" rief Ludwig Günther. "Aber wo willst Du hin, Leila? Zum Ich

Dir Deine Dienste gar nicht lohnen, Kind? Sieh, ich bin jetzt reich; wünsche Dir, was Du willst, Mädchen. Soll ich Dir ein eigenes Heim bereiten, wo Du geborgen vor allen Stürmen am eigenen Herde wältest? Steh Dein Sinn nach Geld und Gut, nach blinkendem Schmuck, sage es, Mädchen; mich drückt auch keine Dankeschuld gegen Dich."

Die Bigeunerin lächelte unendlich wehmäßig und blickte den Grafen mit einem rätselhaften Blicke lange an, bevor sie entgegnete: "Gut und Geld und glitzernden Schmuck reizen mich niemals; nach einem sicheren Dache hat sich die arme Leila schon oft gesucht, wenn der Winterfluss über die Heide segte und der Frost seine krallenartigen Brüder über See und Fluß schlingt, aber auf dem braunen Volle der Bigeunerin ruht der schlimme Fluch von alters, daß sie ratslos wandern müssen über die Erde, bis der heilige König erscheint, das große Bigeunerreich aufzusticht, und jene Zeit anbricht, von der ich Dir eben sagte, o Herr. Also würde es Leila gar nichts nützen, bautest Du ihr ein eigenes Haus; der Fluch, der unselige Fluch würde sie auf und davontreiben in die Welt hinaus."

Wo aber willst Du denn zunächst hin, armes Kind?" fragte Ludwig Günther mit warmer Teilnahme.

"Die Pferde müssen zurück, Herr, und dann weiß ich noch nicht, wohin. Fragst Du das Blatt, das der Herbststurm vom Baum reißt, wohin es treibt, den Weidenzweig, welchen ein Buaal in den Bach geschleudert, mohin sein Weg führt? Leila trat sie nach diesen Worten an den Junter heran, noch ehe dieser eine Antwort geben konnte, drückte ihre Arme um seinen Hals schlingend, einen heißen Kuß auf seinen Mund und saß dann im Ru im Sattel. Die beiden ledigen Pferde nebten sich, sprengten sie denselben Weg zurück, welchen die Flüchtlinge soeben gekommen waren. Geräumige Zeit lag der Graf der Eiszellen nach, bevor er in das Boot stieg, daß ihn nach der Insel bringen sollte, und allerlei ersatzschermütige Gedanken zogen dabei durch sein Hirn."

Während das kleine Fahrzeug mit dem Grafen, seinem getreuen Philipp und dem Jungen in das Watt hinaussteuerte, an dessen anderer Ende wie ein durchbrochener, schmaler grauer Rand die Inselreiche Wangerooge, Spiekeroog, Wangeroog aus dem Wasser emportauchte, war die Sonne aufgegangen und warf ihre hellen Strahlen auf die leicht bewegte Flut, so daß die goldenen Räder hin und wieder spielten. Frisch wehte der Wind und jaulte an dem kraulen Gelsoc an den Gähnen des jungen Grafen, der hochaufgerichtet im Boote saß, den Blick auf das kleine Eiland gerichtet, dessen Umrisse immer deutlicher aus dem feuchten Element emportauchten. Wie lange wohl würde er dort still vor Unser liegen müssen, und wie langsam würde ihm die Zeit verstreichen? Er seufzte, tief auf in Voraussicht einiger ereignisloser Tage, deren Langeweile er um so mehr empfinden mußte, als es ihn mit aller Gewalt fort und nach Amsterdam trieb. Kurzsichtige Menschenfinber, denen auch die allerdämlichste Zukunft verschleierte, und denen zumeist keine Ahnung kommt von dem Guten oder Schlimmen, was selbst der nächste Tag ihnen bringt! Mit welchen anderen Bildern würde der Sproß des alten Grafenhauses die Dienstboten von Wangerooge betrachtet haben, welche sich langsam vor seinen Augen emporhob, wenn er hätte wissen können, daß ihm auf dieser kleinen Insel das Glück seines Lebens erfüllen würde, daß dort die Mutter über sein Schicksal fallen sollten.

### zu Wangerooge.

Soem auf Wangerooge gelandet, sollte Ludwig Günther erfahren, daß Leila richtig prophezeite hatte. Seit dem Augenblick, wo die Schiffe die Agraße am Hut des jungen Herrn bemerkten, behandelten sie ihn mit ausgesuchter Hochachtung, ja förmlicher Ehrfurcht, und das Gleiche war auf der Insel selbst der Fall. Mit ehrerbietiger Scheu in Blick und Stimme näherte sich ein alter Bewohner Wangeroogs dem Junter gleich nach der Landung und bot ihm Unterkunft in seinem Hause an, da dieses das beste und geräumigste sei, möglich auf der Insel existiere. Gern nahm der Graf

das Anbieten an und hielt abhalb, von Philipp, der den kostbaren Juwelenkoffer stets fest in seinen Armen gepreßt hielt, gesagt, seinen Einzug in das nette Häuschen, womit es ihm Philipp bald wohnlich mache.

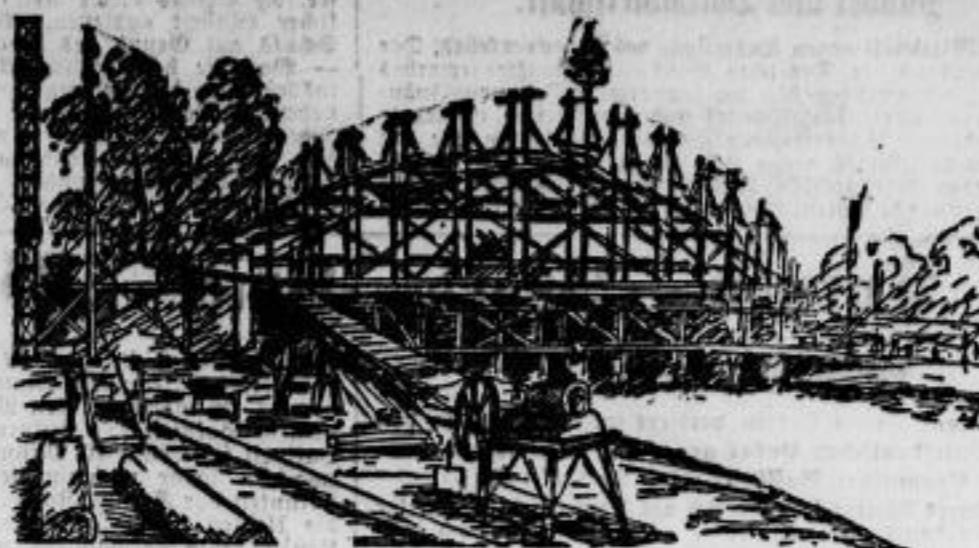
Ludwig Günther hatte die Absicht gehabt, fogleich oder doch möglichst bald wieder Wangerooge zu verlassen, um nach Amsterdam zu eilen, allein der eigentümliche Zauber der kleinen, weltverlassenen Insel fesselte ihn mit jedem Tage mehr, wie er noch jeden in seinem Bann gezogen, der das Eiland entdeckt. Der junge Edelmann hatte auf weiter Reise fast ganz Europa durchquert, hatte das Mittelmeer in seiner laphirten Bracht gefahren und sonnige Tage auf den blütenreichen Inseln des Lago Maggiore verlebt, allein dieses kleine, rauhe Nordseeland schien ihm Reize zu bieten, die denen jener geprästen Landschaften auf keinen Fall nachstanden. Stundenlang konnte der Enkel Sophie Charlottens von Barel an windgeschüttelter Stelle in den Dünen liegen und auf das Donnen der Wogen lauschen oder zur Zeit der Ebbe den Strand entlang wandern vom Westen der Insel, wo das kleine Dorf sich befand, hin zum Osten, wo völlige Einsamkeit herrschte und außer der brausenden Stimme der Flut, dem Raunen des Windes und dem heiseren Schrei der Möve kein Laut zu hören war. Auf diesen Spaziergängen, bei dem einsamen Rasten in den Dünen ließ Ludwig Günther die Vergangenheit an seinem geistigen Auge vorüberziehen und zog gewissmaßen das Facit aus den Rechnungen seines bisherigen Lebens. Mancherlei, was ihn bis dahin bedrückt und bedrängt hatte, verarbeitete er innerlich und kam darüber zur Klarheit. Er schloß ab mit der Vergangenheit und machte Pläne für seine Zukunft. Der Mund, welcher ihm das Geheimnis seiner Herkunft hätte enthüllen sollen, war verstimmt für ewig. So wollte er denn dem Fingerzeig seiner dämingeschiedenen Großmutter folgen und selber nach der Forschen, die ihm das Leben gegeben. Sobald er in Amsterdam seine Schäfe in Sicherheit gebracht hatte, wollte er hinüber nach England, wo aller Wahrscheinlichkeit diejenige lebte, der er sein Dasein verdankte.

Schon hatte Ludwig Günther nach mehrmonatlichem Aufenthalt auf Wangerooge seine Abreise festgesetzt und ein Fahrzeug gemietet, das zwar nur klein war, aber durchaus feuerfest erschien, mit dem er die Fahrt nach der Hauptstadt Hollands antreten wollte. Allein im Rate der hohen Macht, welche die Geschichte der Menschen leitet, war es anders bestimmt, und der junge Graf sollte der kleinen Insel sobald noch nicht Valet sagen. Als er eines Tages von einer langen Wanderung rings um die Insel, welche ihn viele Stunden lang von dem kleinen Dorf entfernt gehalten hatte, dahin zurückkehrte, fiel ihm logischer die lebhafte Bewegung auf, die unter den Bewohnern herrschte. Er fragte eine Frau, die ihm entgegenkam, nach der Ursache. "Das Fräulein ist angekommen," lautete die Antwort, welche der Junter nicht eben viel flügeln machte, als er vorher gewesen war, und nur seine Neugierde noch mehr reizte. Er beüßte sich nach Hause zu kommen, um von seinem wackeren Hauswirt Rücksicht zu erhalten. Da er aber noch seine bescheidene Behausung, die am Abhange einer hohen Düne, gegenüber dem trostigen, altertümlichen Turm lag, erreicht hatte, begnügte ihm in Begleitung einer älteren Diennerin eine junge Dame, welche ohne Zweifel das Fräulein sein mußte. Er wollte, höflich den Hut zum Gruss ziehend, an ihr vorüber, als die Dame, ganz unwillkürlich, wie es schien, ihren Schirm hemmte und aufmerksam sein Gesicht und seine Gestalt musterte. Sie war offenbar eine kleine Welle zwieschalt, als jedoch ihr Blick auf die Agraße am Hut Ludwig Günthers fiel, ging mit Eins ein sonntiges Lächeln über ihre schönen Züge, und sie streckte mit flüssiger Bewegung dem jungen Edelmann beide Hände entgegen, indem sie mit einer Stimme, die gleich einer Gilberglocke voll und rein thut, dem Fräulein zuwinkte.

(Fortsetzung folgt.)



**Aufkunft Ruth Eberle und des Pilotes Halbemann in Paris.**  
Stürmische Begrüßung auf dem Flughafen Le Bourget.



**Richtfest im Schwabenlande.**  
Eine 40 Meter lange Eisenbetonbrücke wird bei Göttingen über die Enz gebaut.



**In Paul de Lagardes  
100. Geburtstag.**  
Am 2. November 1827 wurde der Orientalist Paul de Lagarde zu Berlin geboren. Er hat neben vielen philologischen Werken und Gedichten auch Flugschriften über religiöse, politische und Erziehungsfragen veröffentlicht.



**Gründung des Maas-Waal-Schiffahrtskanals.**  
Im Beisein der Königin von Holland und des Prinzen Heinrich wurde in diesen Tagen der Schiffahrtskanal eröffnet, der Maas und Waal miteinander verbindet und für Schiffe bis 2000 Tonnen befahrbar ist. Die Königin bei der Gründung, neben ihr der Minister für Wasserwesen, v. d. Vugte, hinter ihr Prinz Heinrich der Niederländer.



**Zur Wiederaufnahme  
der Verhandlungen mit Polen.**  
Der polnische Gesandte Olszewski, der mit der deutschen Regierung über den Abschluß eines Handelsvertrages verhandelt. In politischen Kreisen hat man den Eindruck, daß noch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden sind, ehe diese Angelegenheit in wünschenswertem Maße in Gang gebracht werden kann.



**Der griechische Staatspräsident  
Kondirotis,**  
auf den von einem dreißigjährigen  
Kommunisten ein Attentat verübt  
wurde. Der Staatspräsident ist  
an der Schläfe getroffen.



**Schmiedewerk ohne Modell.**  
Während man bisher die Stahlbleche roheln mußte, kann man sie jetzt mit einem Plaster ausbessern. Dieses Plaster ist ein in allen Gardeinen erhältliches Stoffgewebe, dessen summierte Seite man mit einem heißen Eisen auf die schwächste Stelle aufsetzt.



**Ein deutsches Plakat in Amerika preisgekrönt.**  
In einem amerikanischen Preiswettbewerb hat das Plakat der Kurverwaltung Bad Kreuznach nach einem Entwurf von Prof. Höhlwein-München den ersten Preis erhalten.



**Die Diebin „arbeitet“.**  
Eine Diebin, die mit bestem Erfolg angewendet wird: Die Diebin hat eine künstliche Hand und eine Hand auf dem Ladentisch, während die andere damit beschäftigt ist, wertvolle Gegenstände in eine im Stock befindliche Tasche漫漫 zu legen.

## Handel und Volkswirtschaft.

Die Wirtschaft gegen Auswüchse des Schiedsgerichts. Der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes zählt mit, daß zwischen den Sozialvertragsvereinigungen von Industrie, Großhandel, Einzelhandel und Bankenweisen in letzter Zeit wiederum Verträge eingegangen seien, die den gemeinsamen Kampf gegen die Vordärtigung von Schiedsgerichten auswüchse der Ausstellung ungedeckter Schiedsentscheidungen zum Gegenstand hatten. Bezuglich der Vordärtigung wurde

zurzeit auf die Richtlinie eingewiesen, denen so Berücksichtung ausüben. Besonders sind ja vorbereitete Schiedsentscheidungen auf Grund des Wechselseitengesetzes vertraglich. — Was die deutscherische Ausstellung ungedeckter Schiedsentscheidungen betrifft, so war man überwiegend der Ansicht, daß es zur Bekämpfung dieses Unwesens nicht neuer Strafbestimmungen, sondern lediglich einer schriftlichen Handhabung des geltenden Strafrechtes bedarf. Geeignete

Gesetze zur Fixierung auf eine entsprechende Praxis seien bereits eingeplant. — Die früher nicht leiteten Klagen über häufige Einlösung am Kapital durch ungenannte ordnungsmäßig gebildete Schiedsgerichte durch die betroffene Stelle haben sich in letzter Zeit in erheblichem Maße vermehrt. Dies wird darauf zurückgeführt, daß Paragraf 7 des Gesetzes über Depot- und Depositen geschäfte die Möglichkeit gab, der betroffenen Firma beim Vorliegen eines bestätigten Laufstandes die Schuld zur Bedeutung von Depot- und Depositen geschäften zu entziehen.

Am Berliner Börse trat am Dienstag nach der Börsenabschließung vom Montag eine Erholung ein. Die Räume röhren allerdings fast ausschließlich von der Berliner Börsenplattform her. Einige läßtrenne Papiere, insbesondere die Aktien der Eisenbahngesellschaften erzielten. Erst im späteren Verlauf der Börse wurde die Tendenz wieder etwas schwächer. Am Montagmorgen notierte Börsenabschluß 50,82, welche ohne Abschließungsreichtum 52,80, Schuhfabrikanteile 7,19 Prozent. Im einzelnen ist zu erwähnen, daß Käufle ihre Kurie wesentlich ausdehnen konnten. Auch die Münzen der Eisenbahnindustrie waren höher an. Von den Elektropapieren sind insbesondere Unternehmungen zu nennen, die fünf Prozent gewannen. Von den Maschinen und Metallwerken verlor Schubert u. Salier etwa 2½ Prozent. Vereinigte Glasmstoff stieg um 19 Prozent. Schüßler gewann acht Prozent, fanden aber den Gewinn nicht bedeckt. Der Tag für tägliches Geld war 8½ bis 8¾ Prozent, für Monatsgeld 8–9½ Prozent. Der Bruttostand blieb, da auch die Reichsbank eine Herabsetzung der Zeit nicht für ratsam hielte, für beide Sichten mit 6,87 Prozent unverändert.

Konkurse und Geschäftsaufnahmen im Monat Oktober. Nach Mitteilungen des Statistischen Reichsamtes wurden im Oktober 1927 durch den "Reichsanzeiger" 446 neue Konkurse — ohne die wegen Ressourcenmangels abgelehnten Anträge auf Konkurseröffnung — und 4 angeordnete Geschäftsaufnahmen und 35 Vergleichsverfahren bekanntgegeben. — Die entoregenden Tabellen für den November stellen sich auf 360 Konkurse und 87 Geschäftsaufnahmen.

Die Dresdner Industrie zu der von Herrn Oberbürgermeister Blüher angekündigte Erhöhung der Gemeindeaufschläge auf die staatliche Grund- und Gewerbeuer.

Der Vorstand des Ortsgruppe Dresden des Verbandes Sächsischer Industrieller trat am 25. Oktober zu einer Sitzung zusammen und beschloß sich nach einem Bericht des Vertreters seiner Steuerstelle, Herrn Regierungsrat a. D. Beda, mit den Ausführungen, die Herr Oberbürgermeister Dr. Blüher in Magdeburg über die Notwendigkeit der Erhöhung der Gewerbeuer gemacht hat und mit den Vorlagen, die der Rat der Stadt Dresden über die Erhöhung der Gemeindeaufschläge auf die staatliche Grund- und Gewerbeuer sowie über die Erhöhung der Werksteuer für die Entnahme von Wasser, Gas und Elektrizität jetzt vorbereitet.

Das eingehende Ausprächen wurde von dem Vorstand der Ortsgruppe Dresden des Verbandes Sächsischer Industrieller nachstehender Beschluss gefaßt:

Dem Vernehmen nach beschloß der Rat zu Dresden, die Gemeindeaufschläge auf die staatliche Grund- und Gewerbeuer von 125 v. H. auf 150 v. H. festzuhalten und die Werksteuer für die Entnahme von Wasser, Gas und Elektrizität zu erhöhen, um durch die Mehreinnahmen, die sich aus diesen Maßnahmen ergeben, gewisse Verbrauchswendungen zu decken, die sich in letzter Zeit als notwendig erwiesen haben.

Damit wird der Wirtschaft erneut eine stärkere Belastung auferlegt, obwohl die Gewerbeuerbefreiung bereits jetzt über das tragbare Maß weit hinausgeht. Die Ortsgruppe Dresden des Verbandes Sächsischer Industrieller lehnt deshalb die Erhöhung der Werksteuer und der Gemeindeaufschläge auf die staatliche Grund- und Gewerbeuer als für die Wirtschaft untragbar ab.

Diese Erhöhung der Gemeindeaufschläge steht überdeß mit den Vorschriften des § 4 a des Finanzausgleichsgesetzes in Widerspruch. Sie wird nach den gesetzlichen Vorschriften nur dann zulässig sein, wenn nachgewiesen wird, daß von den Betrieben nichts auf Dresden entfallen ist, die aus den Einnahmen an Einkommensteuer, Körperverfassungssteuer und Umlaufsteuer über die Jahressumme von 2,4 Milliarden RM. hinaus an die Länder überwiesen werden.

Es kommt dagegen, daß eine Beschlusshaltung über die Erhöhung der Werksteuer und der Gemeindeaufschläge auf die staatliche Grund- und Gewerbeuer auf Zeit als verfrüht bezeichnet werden muß. Es schwelen augenblicklich Verhandlungen über die Erhöhung der Uebermelbungskosten aus dem Aufkommen an Einkommensteuer, Körperverfassungssteuer und Umlaufsteuer von 75 v. H. auf 85 v. H. Solange diese Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, läßt sich auch noch nicht behaupten, daß die erforderlichen Maßnahmenungen ohne die beabsichtigte Erhöhung der Werksteuer und der Gemeindeaufschläge auf die staatliche Grund- und Gewerbeuer nicht gedeckt werden können.

## Jagd und Fischerei im November.

Rot- und Damwild haben mit Ausnahme von Bayern noch Schutzzeit. Das Raubwild der beiden Arten dagegen untersteht auch in diesem Staate noch dem Abschluß, der sich auch auf Wildfälber erstreckt. Im Laufe des Monats kommt, wie der "Deutsche Jagd", München, mitteilt, die Sammeljagd in Gang. Die Raubzeit der Sauen beginnt. Die Rehe, auch weibliche Stücke und Kühe können in den meisten deutschen Staaten unter Bayern, Sachsen, Thüringen nur bis 15. erlegt werden. Wildschweinjäger wechseln bereits mit Wildschweinjägern. Der Durchgang der Wildschweine naht seinem Ende, doch werden verirrte oder zurückgebliebene zeitweise noch angetroffen. Der Zug der Gnade und Gnaden nimmt zu und es ist das Erkennen nordischer Güte, die den Fall oder die Hirsch interessant gestalten können, zu gewürdigen.

Das Pelzwerk des Haartrauwildes gewinnt an Schönheit und Wert. Der Durchgang der Raubwild bringt Wilder- und Zwergfälfen aus nordischen und östlichen Brügebieten, sowie den Raubwildfälber. Wo es nicht schon erfolgt ist, ist mit dem Beschildern der Hüttungen unverzüglich zu beginnen und das Aufstellen der Hüttenschilder vorgunstigen. Dem Wilderextum ist erhöhte Aufmerksamkeit auszuwenden und besonders sind die Umfriedungen im Gelbe und am Waldrande gelegene Gebäude zu überwachen.

Renzen haben mit Ausnahme der Kölne und Maronen Schonzeit. See- und Bachsäuble, See- und Bachsorellen laichen. Reihe, Steigendogenforelle, Seicht, Schleiß und Bartl beißen noch. Die Haupthangszeit des Buchen nimmt ihren Anfang.

## Großfeuer in Barnstedt.

Bürenburg. (Dunkelpunkt.) Gestern abend gegen 11 Uhr entstand in der Bauschmiedischen Maschinenfabrik in Barnstedt Großfeuer. Die umfangreiche Fabrik wurde bis auf ein Stallgebäude ein Raub der Flammen. Boblreiches Arbeitsmaterial ist mit verbrannt. Der Schriftsteller Dr. Staby, der im Fabrikhause lebte, sich aber infolge Krankheit nicht allein retten konnte, wurde noch im letzten Augenblick von 2 Feuerwehrleuten unter eigener Lebensgefahr gerettet. Die Ursache des Brandes ist noch nicht geklärt.

## Turnen — Sport — Spiel — Wandern.

### Niesaer Sport-Verein e. V.

Der Niesaer Sport-Verein verlor im Kampf um den Mitteldeutschen Pokal gegen den Verteidiger Chemnitzer Ballspiel-Club 2:5 (1:2).

Schönnes Wetter konnten sich am Sonntag die Sportler nicht wünschen und so war es kein Wunder, daß nach dem 1. V. Wahl in Chemnitz an der Peterstr. von 14,30 Uhr eine wahre Volksfeier einsetzte. Auch die Blaskapelle war dabei waren als sehr gut zu nennen. Punkt 15,00 Uhr rief der Unparteiische Eisel, Rückhaltung Dresden die beiden Spielerführer zur Mitte. EBC. hat Wahl und nimmt sich die Sonne als Bundesgenosse. Beide Mannschaften standen wie folgt:

EBC.	Weigel	Müller	Florenz
Östreich	Gürtler	Otto	Wittig
Mücke	Weidner	Aßlinger	Born
Eitel	Gürtler	Mücke	Hofmann
		Gundermann	Sitte
NSB.		Ehrlert	Blaha

Die Elf des Pokalmeisters hat körperlich ein gewaltiges Blas, besonders der Angriff war weit kräftiger als der unfrige. Bei EBC. fehlte Fronte, welcher aber sehr gut erlegt wurde, während beim NSB. für Knapp Gundermann diesen Posten ausfüllte. In Punkt 1. Schnelligkeit war der NSB. seinem großen Gegner von Anfang bis Ende jederzeit im Vorteil, aber im Endspiel hörte es im NSB.-Angriff. Die eingeleiteten Aktionen waren viel zu durchsichtig, sodass der beste Mannschaftsteil des Pokalmeisters, die Hintermannschaft, immer noch rechtzeitig klären konnte. Die beiden Verteidiger waren sich gleichwertig, doch muß zugegeben werden, daß besonders die des NSB. nicht ihren besten Tag hatten. Ausfälle gut war Eitel, der nach der Pause auch auf halblinks angenehm überraschte, dafür war Weidner als Stürmer recht möglich, um dann weit besser Eitel Posten zu vertreten. Die Verteidiger der Chemnitzer war schußreudiger, aber sonst kann diese bei einem tatsächlich richtig spielenden Gegner, wenig Vorbeeren ernten. Besonders das Innentrio

Gürtler Weidner Niederer machte mitunter einen hilflosen Eindruck, denn Ehrlert hatte nicht allzuviel Geschick, wenngleich nicht mehr als sein Gegenüber. Der Angriff des NSB. konnte zwar auch nicht beeindrucken, aber es gab sich wenigstens jeder Mühe, sodass auch öfters auf Kombinationsanläufe zu sehen waren. Die linke Seite mit Mücke-Eitel war die gefährlichere, aber auch Hofmann wußte, allein durch sein von ihm nicht gehobenes Pfostenhalten, zu gefallen. Die Verteidigung des NSB. Gundermann-Blaha, hatte zwar alle Hände voll zu tun, mehrte auch gefährliche Gefahr ab, aber tatsächlich verteidigte sie in den alten Fehler, den Ring um den Torhüter viel zu eng zu ziehen. Der Torwächter muß Luft und Atem haben. Dadurch fielen auch mindestens 2 Tore. Es fehlt scheinbar beiden das Vertrauen zum Tore, jedenfalls konnte man von einem Sieg-Berichtchen nicht sprechen. Außerdem gesellten sich noch des öfteren die beiden Außenläufer dazu. Anders beim EBC. hier beherrschte Müller das Feld und Weigel besorgte das Überige.

Der Spielverlauf brachte besonders in der 1. Halbzeit einen interessanten Kampf, durch die Schnelligkeit wechselten mitunter viel zu rasch die Kampfbilder. Der Anstoß NSBs bringt bereits in der ersten Min. einen Eckball ein. Weigel führt glänzend. Auf der Gegenseite dasselbe Bild. Ein Schuß von Blaha verfehlt knapp das Ziel. Der EBC. ist glücklicher; nach einem Strafstoß springt der Ball vom Torpfosten noch ins Tor. Solomon bringt den EBC. mit 1:0 in Führung. 15 Min. später segt Niederer einen scharfen Schuß aus dem Tor, auch hier greift der Posten noch mit ein. In der 22. Min. holt Mücke aus dem Hinterhalt für Weigel unhalbar ein Tor auf.

2:1 für EBC. zur Pause.

Alles glaubt ans Auholen des Verlusttors, aber Weidert macht eine Waffe vor dem NSB.-Tore gefährlich aus, so dass beim 3:1-Stand in der 48. Min. die NSB.-Elf stark in Kurs. Wieder ist es Blaha in der 33. Min., welcher durch eine seine Leistung das Resultat auf 3:2 stellt. Der NSB. spielt jetzt mit verstärktem Druck. Über die Schwäche des Gegners wurde nicht ausgenutzt. Alles rechnet mit einem noch möglichen Unentschieden, da passiert in der 43. und 44. Min. das Unglaubliche, Ehrlert ist 2 mal geschlagen. Trotz der Niederlage hat sich der NSB. in Chemnitz glänzend geschlagen und besonders durch seine anständige Spielweise den besten Endruf hinterlassen. Die Niederlage unseres Meisters in Chemnitz ist dem Spielverlauf nach entschieden zu hoch und für den EBC. der Sieg zu glücklich ausgefallen.

Wg.

### Niesaer Sportverein e. V.

#### Abteilung für Jugendspiele.

##### NSB. 1. Junioren — Spieltag, Dresden 1. Junioren 1:7 (1:3) !!!

Wie schon erwartet, verloren die 1. Junioren gegen die in der Dresdner Juniorenlösse führenden Spielvereinigung Junioren. Doch sehr überraschend kommt die Niederlage in dieser Höhe, wenn man die beiden letzten Spiele in Betracht sieht. In diesem Spiele waren die NSB.-Junioren sowohl von vorneberein körperlich sowie technisch unterlegen. Möchten sie auch in der ersten Hälfte noch ein gleichwertiger Gegner sein, in der zweiten Hälfte müssten sie sich aber durch die Umstellungen zurückdrängen lassen.

Aber trotzdem, was sie in der letzten halben Stunde für ein lust- und systemloses Spiel zeigten, war mehr als Schande und feines Meisters würdig.

Ungewöhnlich dagegen enttäuschte die Mannschaft in Dresden gegen die verstärkten 1. Junioren des Dresdner Sportvereins 06.

##### NSB. 1. Junioren — Dresdner Sportv. 06 1. Junioren 4:4 (1:3).

Dieses Spiel war eigentlich das Gegenstück vom Vor- tag. Mit welchem Elan und welcher Kraft die NSB.-Junioren ins Treffen gingen war einzig. Waren sie auch wie am Vorabend körperlich unterlegen, doch technisch und

mentalis auf die Richtlinie eingewiesen, denen so Berücksichtung ausüben. Besonders sind ja vorbereitete Schiedsentscheidungen vertraglich. — Was die deutscherische Ausstellung ungedeckter Schiedsentscheidungen betrifft, so war man überwiegend der Ansicht, daß es zur Bekämpfung dieses Unwesens nicht neuer Strafbestimmungen, sondern lediglich einer schriftlichen Handhabung des geltenden Strafrechtes bedarf. Geeignete

Gesetze zur Fixierung auf eine entsprechende Praxis seien bereits eingeplant. — Die früher nicht leiteten Klagen über häufige Einlösung am Kapital durch ungenannte ordnungsmäßig gebildete Schiedsgerichte durch die betroffene Stelle haben sich in letzter Zeit in erheblichem Maße vermehrt. Dies wird darauf zurückgeführt, daß Paragraf 7 des Gesetzes über Depot- und Depositen geschäfte die Möglichkeit gab, der betroffenen Firma beim Vorliegen eines bestätigten Laufstandes die Schuld zur Bedeutung von Depot- und Depositen geschäften zu entziehen.

Am Berliner Börse trat am Dienstag nach der Börsenabschließung vom Montag eine Erholung ein. Die Räume röhren allerdings fast ausschließlich von der Berliner Börsenplattform her. Einige läßtrenne Papiere, insbesondere Aktien der Eisenbahngesellschaften erzielten. Erst im späteren Verlauf der Börse wurde die Tendenz wieder etwas schwächer. Am Montagmorgen notierte Börsenabschluß 50,82, welche ohne Abschließungsreichtum 52,80, Schuhfabrikanteile 7,19 Prozent. Im einzelnen ist zu erwähnen, daß Käufle ihre Kurie wesentlich ausdehnen konnten. Auch die Münzen der Eisenbahnindustrie waren höher an. Von den Elektropapieren sind insbesondere Unternehmungen zu nennen, die fünf Prozent gewonnen. Von den Maschinen und Metallwerken verlor Schubert u. Salier etwa 2½ Prozent. Vereinigte Glasmstoff stieg um 19 Prozent. Schüßler gewann acht Prozent, fanden aber den Gewinn nicht bedeckt. Der Tag für tägliches Geld war 8½ bis 8¾ Prozent, für Monatsgeld 8–9½ Prozent. Der Bruttostand blieb, da auch die Reichsbank eine Herabsetzung der Zeit nicht für ratsam hielte, für beide Sichten mit 6,87 Prozent unverändert.

Konkurse und Geschäftsaufnahmen im Monat Oktober. Nach Mitteilungen des Statistischen Reichsamtes wurden im Oktober 1927 durch den "Reichsanzeiger" 446 neue Konkurse — ohne die wegen Ressourcenmangels abgelehnten Anträge auf Konkurseröffnung — und 4 angeordnete Geschäftsaufnahmen und 35 Vergleichsverfahren bekanntgegeben. — Die entorenden Tabellen für den November stellen sich auf 360 Konkurse und 87 Geschäftsaufnahmen.

Die Dresdner Industrie zu der von Herrn Oberbürgermeister Blüher angekündigte Erhöhung der Gemeindeaufschläge auf die staatliche Grund- und Gewerbeuer.

Der Vorstand des Ortsgruppe Dresden des Verbandes Sächsischer Industrieller trat am 25. Oktober zu einer Sitzung zusammen und beschloß sich nach einem Bericht des Vertreters seiner Steuerstelle, Herrn Regierungsrat a. D. Beda, mit den Ausführungen, die Herr Oberbürgermeister Dr. Blüher in Magdeburg über die Notwendigkeit der Erhöhung der Gewerbeuer gemacht hat und mit den Vorlagen, die der Rat der Stadt Dresden über die Erhöhung der Werksteuer für die Entnahme von Wasser, Gas und Elektrizität jetzt vorbereitet.

Das eingehende Ausprächen wurde von dem Vorstand der Ortsgruppe Dresden des Verbandes Sächsischer Industrieller nachstehender Beschluss gefaßt:

Dem Vernehmen nach beschloß der Rat zu Dresden, die Gemeindeaufschläge auf die staatliche Grund- und Gewerbeuer von 125 v. H. auf 150 v. H. festzuhalten und die Werksteuer für die Entnahme von Wasser, Gas und Elektrizität zu erhöhen, um durch die Mehreinnahmen, die sich aus diesen Maßnahmen ergeben, gewisse Verbrauchswendungen zu decken, die sich in letzter Zeit als notwendig erwiesen haben.

Damit wird der Wirtschaft erneut eine stärkere Belastung auferlegt, obwohl die Gewerbeuerbefreiung bereits jetzt über das tragbare Maß weit hinausgeht. Die Ortsgruppe Dresden des Verbandes Sächsischer Industrieller lehnt deshalb die Erhöhung der Werksteuer und der Gemeindeaufschläge auf die staatliche Grund- und Gewerbeuer als für die Wirtschaft untragbar ab.

Diese Erhöhung der Gemeindeaufschläge steht überdeß mit den Vorschriften des § 4 a des Finanzausgleichsgesetzes in Widerspruch. Sie wird nach den gesetzlichen Vorschriften nur dann zulässig sein, wenn nachgewiesen wird, daß von den Betrieben nichts auf Dresden entfallen ist, die aus den Einnahmen an Einkommensteuer, Körperverfassungssteuer und Umlaufsteuer über die Jahressumme von 2,4 Milliarden RM. hinaus an die Länder überwiesen werden.

Es kommt dagegen, daß eine Beschlusshaltung über die Erhöhung der Werksteuer und der Gemeindeaufschläge auf die staatliche Grund- und Gewerbeuer auf Zeit als verfrüht bezeichnet werden muß. Es schwelen augenblicklich Verhandlungen über die Erhöhung der Uebermelbungskosten aus dem Aufkommen an Einkommensteuer, Körperverfassungssteuer und Umlaufsteuer über die Jahressumme von 2,4 Milliarden RM. hinaus an die Länder überwiesen werden.

Es kommt dagegen, daß eine Beschlusshaltung über die Erhöhung der Werksteuer und der Gemeindeaufschläge auf die staatliche Grund- und Gewerbeuer auf Zeit als verfrüht bezeichnet werden muß. Es schwelen augenblicklich Verhandlungen über die Erhöhung der Uebermelbungskosten aus dem Aufkommen an Einkommensteuer, Körperverfassungssteuer und Umlaufsteuer über die Jahressumme von 2,4 Milliarden RM. hinaus an die Länder überwiesen werden.

Es kommt dagegen, daß eine Beschlusshaltung über die Erhöhung der Werksteuer und der Gemeindeaufschläge auf die staatliche Grund- und Gewerbeuer auf Zeit als verfrüht bezeichnet werden muß. Es schwelen augenblicklich Verhandlungen über die Erhöhung der Uebermelbungskosten aus dem Aufkommen an Einkommensteuer, Körperverfassungssteuer und Umlaufsteuer über die Jahressumme von 2,4 Milliarden RM. hinaus an